

POLITIK

Strauß-Honecker: Eine Begegnung findet Ende Juli auf Vorschlag Honeckers in der „DDR“ statt. Bonn verbürgt erstmals einen Kredit von einer Milliarde DM an die „DDR“ ohne Zweckbindung in der Erwartung von Erleichterungen im Zins- und Währungs- und Güterverkehr. Auch für Genf sei „keine Tür zugeschlagen“ worden. Die Moskauer Tagung empfahl Einfrieren von Atomwaffen und versprach „entsprechenden“ Abbau im Osten bei Nicht-Nachrüstung der NATO. Ceausescu soll sich einer schärferen Sprache widersetzen haben.

Reagan: Der US-Präsident erwartet ein Wirtschaftswachstum von real 5,5 Prozent. Die dritte Einkommensenkennung von zehn Prozent (insgesamt 25) tritt in Kraft. - Reagan verteidigt seine Mittelamerikapolitik und bestritt Einsatzpläne für US-Truppen. - Einige Sanktionen gegen Polen könnten aufgehoben werden, falls dort freie Gewerkschaften zugelassen würden.

Spanien: Premier Gonzales betont NATO-Abkehrung durch seine Regierung. Eine Volksabstimmung über NATO-Mitgliedschaft Spaniens findet im Februar 1985 statt.

Bomber: Der Verteidigungsausschuss des US-Senats bewilligte 165 Milliarden Dollar für Verteidigung, darunter für den Langstreckenbomber B-1B.

CSU über Genscher: Scharfe Kritik der CSU an Genscher-Fernschreiben an Botschafter mit Sprachregelung zur Ost-Neiße-Frage: „Auf uns ist Verlaß, das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht.“

ÖTV: Der 2. Vorsitzende Merten will Chef beim gewerk-

schaftseigenen ACE (Autoclub Europa) werden. Seine Nachfolge in der ÖTV ist noch offen.

Warschauer Pakt: Das „Fehlen von Drohungen“ im Kommuniqué des Warschauer Paktes hat Staatsminister Merles hervorgehoben. Auch für Genf sei „keine Tür zugeschlagen“ worden. Die Moskauer Tagung empfahl Einfrieren von Atomwaffen und versprach „entsprechenden“ Abbau im Osten bei Nicht-Nachrüstung der NATO. Ceausescu soll sich einer schärferen Sprache widersetzen haben.

Kabinett: Der Bundeshaushalt 1984 soll auf 258 Milliarden anwachsen bei sinkender Neuverschuldung (37 Milliarden). Das Kabinett beschloß weitere Finanzhilfen für Arbed Saarstahl (180 Millionen), die Hälfte von Bund und Saarland aufgebracht werden. Außer: Neue Programmplanung und Entlassungen.

Vatikan-Polen: Der Vatikan bildet eine Stiftung, die fünf Milliarden Dollar an Polens Landwirtschaft vermittelt. - In Polen demonstrierten mehrere hundert Menschen zur Erinnerung an den Aufstand 1956.

Heute: Kohl gibt Rechenschaft über deutsche EG-Präsidentenschaft vor Europa-Parlament. - In Vorbereitung seines Moskauer Besuchs empfängt Kohl Nitze und Kampelman (KSZE). - Pri- mas Glomp heute in Rom erwartet. - Der Deutsche Bauernrat in Freiburg geht weiter (bis Samstag). - Hauptversammlung der Volksbank AG. - Zentralbanktag: keine Pressekonferenz.

ZITAT DES TAGES

„Auf jeder Tonne Rohr, die wir auf dem Weltmarkt anbieten, lasten rund 65 DM Kosten für den Umweltschutz.“

Der scheidende Mannesmann-Chef Egon Overbeck auf der Hauptversammlung des Unternehmens.

FOTO: JUPP DÄRCHINGER

WIRTSCHAFT

US-Handel: Das höchste Bilanzdefizit der US-Geschichte im Mai: 6,9 Milliarden Dollar.

Preisanstieg: Der Anstieg von 6,4 Prozent in der Bundesrepublik ist die niedrigste seit November 1978.

Verkaufsschuld: Frankreichs Auslandsschuld erreichte Ende 1982 insgesamt 295,4 Milliarden Franc.

UdSSR: Die beste Getreideernte seit 1978: mit 200 Millionen

Tonnen erwarten US-Experten für die UdSSR. Im September beginnen neue Getreidekaufverhandlungen Moskau-Washington.

Börse: Bei sehr ruhigem Geschäft erwiesen sich die Aktienkurse als sehr widerstandsfähig. Der Rentenmarkt war etwas freundlicher. WELT-Aktienindex 139,8 (139,7). Der Dollarkurs schwächte sich auf 2,5398 (2,5547) Mark ab. Goldpreis pro Feinunze 414,85 (416,00) Dollar.

KULTUR

Luft: Der früheste gedruckte Luft-Text (1517) wurde in Wolfenbüttel entdeckt.

Krebs: Bessere Diagnose und Therapie erhoffen Forscher (laut Deutsche Krebsstiftung) von „monoklonalen“ Antikörpern.

Girgensehn: Der Düsseldorfer

Kultusminister war auch in der Waffens-SS. Dies wurde in der Diskussion um WDR-Chef-Redakteur Theo M. Loch bekannt.

Filmförderung: Mehrere Filme erhielten bis zu 250 000 DM. Zimmermann lehnt Förderung eines neuen Achternbusch-Films ab.

SPORT

Tennis: Billie Jean King (USA, 39), die innerhalb von 21 Jahren in Wimbledon 20 Titel gewann, hat das Halbfinale erreicht und spielt heute gegen Andrea Jaeger.

Turnen: Jürgen Geiger (23) aus Herbolzheim wurde zum zwei-

ten Mal deutscher Meister im Zwölfkampf der Kunstturner.

Bayer: Verstärkte Kritik am Aufwand für die Fußballclubs Leverkusen und Uerdingen wird wegen Schmälerung der Dividende aus Aktionärskreisen laut.

AUS ALLER WELT

Schnitzler: Marta v. Schnitzler, (siebente) Ehefrau des „DDR“-Chefschmentors Eduard v. Schnitzler („Der schwarze Kanal“), wurde in einem Westberliner Kaufhaus beim Diebstahl von Damenstrümpfen (Wert: 13,40 DM) ertappt. Sie hatte einen „DDR“-Paß und einen ungarischen Paß.

Entführung: Fünf in Sudan entführte Missionare, darunter ein Deutscher, sind wohl auf die Entführer, eine „Befreiungsbe-

wegung“, fordern Kleidung, Geld und eine Erklärung im Fernsehen.

Abtreibung: Der US-Senat hat eine Verfassungsänderung abgelehnt, die Abtreibungs-Beschränkungen gestattete hätte.

Wetter: Der Sommer macht weiter Pause; dennoch sind die Schweizer Alpenpässe wieder befahrbar. Im Norden: Wolken und Schauer, im Süden zunächst noch Aufgeheit.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Leitartikel: Peter Gillies über Bonns Pläne zur Sanierung der Renten S. 2

Großbritannien: Die Gegenwart klopft auch an die Türen von Wimbledon S. 3

Unterhaus: Stürmische Debatten über Margaret Thatchers Außenpolitik S. 4

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 5

Galopper-Gestirte: diskutieren die künstliche Besamung in Deutschland S. 6

Fernsehen: Als Surfragetten sich gegen die Herrschaft des Fernsehens S. 6

WELT-Report: Baskenland: Zwischen Utopien von gestern und heutigen Zwängen S. 7 bis 9

Forschungsbericht: Der Export bringt keine Konjunkturimpulse S. 11

WELT-Porträt: Pascal Moreché im Gespräch mit Schauspielers Walter Schmidinger S. 17

Schallsekunde: Die Verspätung der Erde und die „Arbeit der Zeitmacher“ S. 18

Strauß trifft Honecker Ende Juli in der „DDR“

Einladung übermittelt/Bonn beschließt Milliardenbürgschaft für Ost-Berlin

MANFRED SCHELL, Bonn
Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wird Ende Juli in der „DDR“ mit SED-Generalsekretär Erich Honecker zusammentreffen. Nach Informationen der WELT ist die Begegnung im Anschluß an einen Privatbesuch von Strauß in Dresden vorgesehen. Honecker hat als er von dem Wunsch des CSU-Vorsitzenden hörte, den Zwingen zu besichtigen, über einen Mittelsmann das Angebot für ein solches Treffen unterbreitet. Strauß hat in Absprache mit Bundeskanzler Helmut Kohl diese Offerte Honeckers angenommen.

Um den Kreis der Mitwisser möglichst klein zu halten, wurden die Vorbereitungen für diese Begegnung in direktem Kontakt zwischen Strauß und Kohl sowie dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, Janniger, erörtert. Strauß selbst hat allerdings vor einigen Tagen „DDR“-Journale, so war zu hören, hat den Ständigen Vertreter in Bonn, Moldt, nicht eingeschaltet.

Strauß will Mitte Juli zu einem Privatbesuch nach Warschau fahren, wo der Bruder seiner Frau an

der deutschen Botschaft tätig ist. Er wird mit dem Auto über Prag nach Warschau fahren und von dort dann über Dresden zurückreisen. Die „DDR“ hat vorab dazu bereits die Genehmigung erteilt.

Nach WELT-Informationen hat sich im Zuge des Antrags von Strauß auf ein entsprechendes Visum der Kontakt mit Honecker entwickelt. Ost-Berlin signalisierte, wenn Strauß in der „DDR“ sei und dies wolle, stehe Honecker zu einem Gespräch zur Verfügung. Dies hat nicht nur bei Strauß, son-

der auch im Bundeskanzleramt große Überraschung ausgelöst, zumal Strauß seit vielen Jahren von der SED-Propaganda zum Feindbild gestempelt worden war. Der CSU-Vorsitzende will jetzt, nachdem das Gespräch mit Honecker konkret in Aussicht genommen ist, drei bis vier Tage in der „DDR“ bleiben.

Über einen hochrangigen Mittelsmann hatte Strauß nach dem

Tod des Transitreisenden Rudolf Burkert im April bei der Vernehmung durch „DDR“-Beamte an Honecker appelliert, die Kontrollen „menschlicher“ zu machen. Der CSU-Vorsitzende hatte danach gesagt, es habe eine gewisse Entspannung in diesem Bereich gegeben.

Das geplante Treffen zwischen Strauß und Honecker muß im Zusammenhang mit der Zusage der Bundesregierung gesehen werden, einen Kredit über eine Milliarde Mark für die „DDR“ durch Bürgschaften als Kreditsicherung. Als Kreditgeber tritt ein Konsortium westdeutscher Banken unter der Führung der Bayerischen Landesbank in Erscheinung. Dazu gehören auch die rheinland-pfälzische und die hessische Landesbank. Die Summe soll in zwei Raten und zwar in vierteljährlichem Abstand an Ost-Berlin zu normalen Zinskonditionen gezahlt werden.

Politisch wurde für diese finanzielle Transaktion erst in den letzten Tagen grünes Licht gegeben. Nach Informationen der WELT hat es ein abschließendes Telefongespräch in dieser Sache zwischen

SEITE 2:
Milliarden-Bürgschaft
SEITE 4:
Gute Beziehung zu Bonn

Fortsetzung Seite 10

Bonn: Kaum Neues aus dem Osten

Ziel bleibt Verhinderung der westlichen Nachrüstung / Streit auf Ostblock-Gipfel?

DW/Co. Bonn
Die Bundesregierung neigt wie die Regierungen der übrigen NATO-Staaten zu der Einschätzung, daß das Kommuniqué der Moskauer Gipfelkonferenz des Warschauer Paktes wenig neue Gesichtspunkte enthält. Als positiv wurde von Regierungssprecher Peter Boenisch und dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, vermerkt, daß die Erklärung von Moskau auf Drohungen verzichte und die Tür zu einer Verhandlungslösung offenhalte.

Der Warschauer Pakt hatte seine Anstrengung wiederholt, die Rüstungsausgaben vom kommenden Jahr an „einzufrieren“ und später beiderseitig zu reduzieren. Die Verhandlungen darüber sollten unverzüglich beginnen. Die dadurch freizumachenden Mittel, so der Text, sollten insbesondere der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugute kommen. Diesem Passus sahen westliche Beobachter gern eine Anspielung auf die wirtschaftlichen Probleme des Ostens.

Das östliche Militärbandis erneuerte auch den Vorschlag für ein Einfrieren der atomaren Rüstung auf ihrem derzeitigen Stand. Die Sowjetunion und die USA sollten sich über den Verzicht auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einigen. Dieses Abkommen könne auch eine angemessene Reduzierung der bereits in Europa stationierten Mittelstreckenraketen enthalten.

Daß in dem Kommuniqué auf Drohungen im Zusammenhang mit der geplanten Stationierung neuer US-Waffen verzichtet wird, führen politische Beobachter auf Differenzen über die Haltung des Ostblocks gegenüber der NATO-Nachrüstung zurück. Auf der Konferenz hat sich offensichtlich der auf Mäßigung bedachte Einfluß Rumäniens durchgesetzt. Es wurden gestern nicht ausgeschlossen, daß es auf dem Treffen unter strenger Geheimhaltung zu offenen Auseinandersetzungen des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceausescu mit den anderen Füh-

ren kommunistischer Staaten gekommen ist. Ceausescu reiste in auffälliger Eile nach Bukarest zurück.

Brüsseler NATO-Kreise erklärten, ungeachtet aller Zurückhaltung in der Wortwahl handle es sich bei dem Kommuniqué um eine kaum geänderte Zusammenfassung des bisherigen sowjetischen Standpunktes. Ziel Moskaus sei es nach wie vor, die westliche Nachrüstung zu verhindern und dabei nur auf einen Teil der im Westen der UdSSR stationierten SS-20-Raketen zu verzichten. Für die CDU/CSU sagte Jürgen Todenhöfer, der Vorschlag bewiese, daß Moskau nicht auf seine „Hegemonialwaffe“ SS-20 verzichten wolle.

Das Interesse konzentriert sich jetzt auf die geplante Moskauer-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl. US-Präsident Reagan zeigte sich bereit, über die gründliche Vorbereitung und würdige engen Kontakte zwischen Bonn und Washington.

Seite 2: Gipfel-Bremser

Hilfsprogramm für Polen bestätigt

Reagan nennt Bedingungen für Lockerung der Sanktionen gegen Warschau

DW, Washington
US-Präsident Ronald Reagan hat die Aufhebung einiger Sanktionen gegen Polen für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Warschauer Führung doch noch eine freie, keiner staatlichen Kontrolle unterworfenen Gewerkschaft erlaubt.

Reagan wies auf einer Pressekonferenz ausdrücklich darauf hin, daß Papst Johannes Paul II. während seines Polen-Besuchs die Forderung nach Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft bekräftigt habe. Der amerikanische Präsident ließ jedoch die Frage unbeantwortet, ob der Vorsitzende der verbotenen „Solidarität“, Lech Walesa, auf eine aktive Rolle in einer künftigen freien Arbeitnehmerorganisation verzichten solle. In den vergangenen Tagen hatte es Meldungen des Inhalts gegeben, der Papst habe Walesa aufgefordert, sich künftiger aktiver Gewerkschaftstätigkeit zu enthalten, um so den Weg für die Aufhebung des Kriegsrechts zu bereiten. Die amerikanische Rundfunkgesellschaft

CBS hatte am Montag gemeldet, der Papst und die polnische Führung hätten eine Vereinbarung über eine kirchliche Bank und eine neue Gewerkschaft ohne Walesa unter der Schirmherrschaft der Kirche getroffen.

Die Meldung über ein neues Hilfsprogramm für Polen wurde von Kardinal John Krol (Philadelphia) bestätigt. Der Kardinal, der Johannes Paul II. auf der Polen-Reise begleitet hatte, sagte, der Vatikan werde mit Billigung der polnischen Führungsspitze eine Stiftung ins Leben rufen, durch die der polnischen Landwirtschaft rund fünf Milliarden Dollar zufließen sollen. Die Mittel sollten über fünf Jahre verteilt in Polen investiert werden. Die Hälfte der Summe wird nach direkten Angaben von verschiedenen Regierungen bereitgestellt werden, ein Viertel solle von Stiftungen finanziert werden, das letzte Viertel werde die katholische Kirche beisteuern.

Nicht bestätigt wurde von Kardinal Krol, daß der Papst Walesa

auffordert habe, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Der amerikanische Kardinal äußerte sich allerdings zuversichtlich, daß die polnische Regierung den Reformprozeß wiederaufnehmen wolle. Er vertrat - unter anderem gegenüber dem amerikanischen Präsidenten - die Auffassung, einer Lockerung der Beschränkungen durch die Warschauer Führung sollte durch eine Lockerung der amerikanischen Sanktionen entsprechen werden. Krol verwies dabei auf Berichte, nach denen das Kriegsrecht am polnischen Unabhängigkeitstag (22. Juli) aufgehoben werden könnte. Andeutungen in dieser Richtung hatte in der vergangenen Woche Jaruzelski-Berater Gornicki gemacht. Eine Bestätigung Warschaws steht aber noch aus.

Der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glomp, wird heute in Rom erwartet. Glomp wird von den Bischöfen aller Diözesen, die der Papst vom 16. bis 23. Juni besucht hat, begleitet.

DER KOMMENTAR

Stoltenbergs Rezept

HEINZ HECK

Kann Stoltenberg mit dem bisherigen Ergebnis der Haushaltsberatungen zufrieden sein? Sicher nicht. Allein die Verschuldung des Bundes erreicht mit rund 37 Milliarden Mark eine Höhe, die kein Finanzminister mit Gelassenheit hinnehmen kann. In seinen eigenen Bewertungen ist auch immer wieder von der „viel zu hohen Verschuldung“ die Rede.

Entscheidender aber ist die Frage, ob der Abbau schneller hätte vonstatten gehen können. Hier fällt die Antwort schon schwerer. Zwar sind den letzten Wochen zahlreiche Empfehlungen für weitere Einsparungen gegeben worden. Ihnen standen jedoch auch handfeste Forderungen nach zusätzlichen Milliarden spritzen gegenüber.

Über das Paket zur Steuerentlastung - eine Kombination aus Senkung der Vermögenssteuer und Abschreibungserleichterungen - kann man lange diskutieren. Mit Sicherheit wäre die Verwen- dung der Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung (welche die Koalition zur Finanzierung dieses Pakets beschlossen hatte) für eine noch drastischere Senkung der Schulden die schlüssigere Entscheidung gewesen. Das

hätte ein deutlicheres Entwarnungssignal an den Kapitalmarkt mit erwünschten Rückwirkungen auf die Zinsentwicklung bedeutet.

Jedoch am politischen Konsens - also dem mehr oder weniger offen ausgetragenen Grabenkrieg in der Koalition - kommt auch ein Minister mit der Autorität Stoltenbergs nicht vorbei. Hier werden auch die politischen Grenzen der Union als Volkspartei erkennbar. Der eigentliche parlamentarische Hürdenlauf beginnt aber erst. Es handelt sich dabei um einen Härtestest der Parlamentarier, die in den Sommerferien im Wahlkreis und anderswo begründen müssen, warum gerade hier und nicht an anderer Stelle gekürzt wird.

Erschwerend kommt hinzu, daß es sich um eine Daueraufgabe handelt. Schon Ende letzten Jahres hatte der Bund - also wir alle - rund 300 Milliarden Mark Schulden. Allen Sparbemühungen zum Trotz kommen in den nächsten Jahren jeweils zweistellige Milliardenbeträge hinzu. Daher sind Konsolidierungserfolge in den achtziger Jahren nur an der von Jahr zu Jahr geringeren Zunahme der Neuverschuldung zu erkennen. Ungeduld ist verständlich, aber nicht am Platz, wenn auch die Hypotheken der Vergangenheit drücken.

Neuer Konflikt zwischen CSU und Genscher

MANFRED SCHELL, Bonn

Zwischen der CSU-Führung und Bundesaußenminister Genscher (FDP) ist ein neuer Konflikt entstanden, über den die CSU bald ein klärendes Gespräch mit Bundeskanzler Kohl führen will. Ursache der Verstärkung ist ein Fernschreiben Genschers, das verschlüsselt an zwölf Botschaften, hauptsächlich in osteuropäischen Ländern, geschickt wurde und in dem der Bundesaußenminister die Haltung der Bundesregierung „zur Westgrenze Polens“ erläuterte.

Genscher bezieht sich dabei auf jüngste öffentliche Diskussionen, mit denen Reaktionen unter anderem auf Aussagen von Bundesinnenminister Zimmermann und anderen Unions-Politikern gemeint sein dürften. Die Diplomaten werden an eine Rede Genschers vom 1. Februar in Prag erinnert. Auf einer Pressekonferenz hatte Genscher zugleich darauf hingewiesen, daß in der neuen Koalition die Politik der guten Nachbarschaft auf der Grundlage der Ostverträge verankert worden sei, in diesem Zusammenhang werde der Aussöhnung mit Polen besondere Bedeutung beigemessen. Genscher: „Auf uns ist Verlaß, das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht.“

Die CSU spricht von einer „einseitigen, nicht akzeptablen Darstellung“. Der Bundesaußenminister habe wesentliche Teile der deutschlandpolitischen Position der Bundesregierung nicht dargestellt. Zum Beispiel habe Genscher die Rechtsposition hinsichtlich der Grenzen von 1937 und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts unbeachtet gelassen.

Neue Hilfe für Arbed aus Bonn und Saarland

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung und das Saarland wollen Arbed-Saarstahl mit einer neuen Überbrückungshilfe von zusammen 180 Millionen Mark aus den akuten Schwierigkeiten herausführen. Darauf verständigten sich gestern die zuständigen Minister in einem Gespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl vor der eigentlichen Kabinettsberatung über den Bundeshaushalt 1984. Dieser sieht für das nächste Jahr Ausgaben von 257,75 Milliarden Mark vor, 1,8 Prozent mehr als in diesem Jahr. Angesichts der zuspitzenden Finanzlage beschloß die Bundesregierung, weitere 90 Millionen Mark für Arbed-Saarstahl bereitzustellen, wenn das Saarland sich in gleicher Höhe beteiligt. Ministerpräsident Werner Zeyer kündigte einen entsprechenden Nachtragshaushalt für die nächsten Tage an.

Am 8. Dezember waren aufgrund eines Umstrukturierungskonzepts des Unternehmens, das in den nächsten Jahren zur Sanierung führen sollte, für dieses Jahr bereits Hilfen von Bund und Land von 380 Millionen Mark beschlossen worden. Dieses Konzept wurde nach Ansicht der Bundesregierung nicht realisiert. Daher wurde die neue Hilfe an die Bedingung geknüpft, daß die Geschäftsführung bis Mitte Oktober ein neues Anpassungsprogramm vorlegen müsse. Neben Rationalisierungsmaßnahmen soll ein Schwerpunkt dabei auf Schritten zu einer rascheren und nachhaltigen Senkung der Arbeitskosten liegen. Der Belegschaftsstand müsse so schnell wie möglich an die Marktgegebenheiten angepaßt werden.

Von Weizsäcker plädiert für Treffen Shultz-Gromyko

„Mehr Vertrauen“ für Genfer Verhandlungen bilden

F. DIEDERICHS, Berlin
Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) hat sich gestern dafür ausgesprochen, daß US-Außenminister Shultz noch vor Wiederaufnahme der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammentreffen sollte, um auf beiden Seiten „mehr Vertrauen zu bilden“. Von Weizsäcker setzt sich als Bilanz seiner USA-Reise für einen Besuch von Shultz in Moskau ein, da „ein Treffen zwischen Andropow und Reagan derzeit sicher auf Schwierigkeiten stößt“.

Weizsäcker betonte, er sei in seinem Gespräch mit US-Präsident Reagan, dessen Stellvertreter Bush sowie Senatoren und Kongreßabgeordneten, von ernsthaften Absichten, die USA zu überzeugen worden. Er sei sich mit allen Gesprächspartnern darüber einig, daß für den Westen ein Monopolanspruch der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenraketen „nicht annehmbar“ sei. Im Bereich der taktischen atomaren Kurzstreckenraketen hält von Weizsäcker „eine weitere beachtliche Reduzierung für möglich“. An eine

Kompromißbereitschaft des Ostens bei den Verhandlungen über die Mittelstrecken-Raketen könne aber „ohne eine Stationierungsbereitschaft des Westens nicht gedacht werden“.

Bei den im Herbst wieder anstehenden Genfer Verhandlungen gehe es „um das Kernstück der Ost-West-Beziehungen“, sie hätten deshalb auch einen entscheidenden Einfluß auf die innere und äußere Lage Berlins. Für ein mögliches Scheitern der Genfer Verhandlungen habe er seinen Gesprächspartnern im Westen Haus zu verstehen gegeben, daß als Folge „deutliche Unterschiede in der Meinungsbildung der deutschen Bevölkerung zu erwarten“ seien. Berlin werde jedoch „weder scharfmachen noch den Rat geben, bei den in der NATO getroffenen Vereinbarungen nicht zu bleiben“.

Zur Wirtschaftspolitik: Die USA meinte von Weizsäcker, die Qualität der Bündnispartnerschaft hänge wesentlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Die andauernden Defizite im US-Handel machten derzeit eine Arbeitsmarktsbehebung in der Bundesrepublik „schwierig“.

سكوت من الاملا

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gipfel-Bremser

Von Carl Gustaf Ströhm

Das Moskauer Gipfeltreffen der Parteichefs des Warschauer Pakts hat zumindest eine Überraschung beschert: Die allgemein erwartete massive Drohung gegen die westliche Nachrüstung blieb aus. Es war keine Rede von der Stationierung zusätzlicher sowjetischer Raketen in der „DDR“ und der Tschechoslowakei. Statt dessen ergingen sich die Parteichefs in allgemeinen Abrüstungs-Forderungen.

Man muß annehmen, daß das Ergebnis des Gipfels weniger neuen Überlegungen oder gar einer Wandlung sowjetischer Politik entspringt, als vielmehr Resultat des Kräfteverhältnisses innerhalb des Warschauer Paktes ist. Die Rumänen und ihr Parteichef Ceausescu machten von vornherein klar, daß sie unter gar keinen Umständen eine Erklärung unterstützen könnten, die Drohungen gegen den Westen enthalte. Eine Ostblock-Deklaration, bei der es durch rumänischen Widerstand keine Einstimmigkeit gegeben hätte, wäre aber eines guten Teils ihrer Wirkung beraubt worden. Hinter den Kulissen mögen auch andere Mitglieder des Warschauer Paktes – man denke etwa an die Ungarn – mitgebremst haben. Denn die Stationierung neuer sowjetischer Waffen in den Vorfeld-Staaten des Ostblocks bringt auch gewaltige Kosten, die zu Lasten der kleinen osteuropäischen Länder gehen müssen.

Für den Westen ist das Resultat von Moskau kein Grund zu voreiligem Jubel. Wohl aber trägt es zur Erkenntnis bei, daß auch drüben mit Wasser gekocht werden muß. Wenn dieser Umstand die Sowjets doch noch zu einem konstruktiveren Verhalten veranlassen sollte, so könnte es allen Beteiligten und den von Moskau Mittelstreckenraketen Bedrohten nur recht sein.

Bilanz ohne Glanz

Von Ulrich Lücke

Die Bundesregierung hat es ihren Kritikern leichtgemacht. Vor Antritt ihrer sechsmonatigen Präsidentschaft im EG-Ministerrat hat sie Erwartungen geweckt, die auch die finanzkräftigste und am meisten proeuropäische Regierung nicht hätte erfüllen können. Hans-Dietrich Genscher, der Ratspräsident, der gestern Abend in Straßburg den Europa-Abgeordneten Rechenschaft ablegte, wird sich heute vor den Parlamentariern manch hartes Wort gefallen lassen müssen.

Parlamentspräsident Piet Dankert ist mit seiner Kritik bereits vorgeprescht. Doch der niederländische Sozialist macht es sich ebenfalls zu leicht. Von einer Ratspräsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft wird seit Jahren zuviel erwartet. Auch Genscher kann keine Wunder vollbringen, wenn seine Partner nicht wollen.

Der Ruck, der nach Bonns vollmundiger Ankündigung durch die EG gehen sollte, ist ausgeblieben. Dem Bundeskanzler ist es auf dem Stuttgarter Gipfel aber immerhin gelungen, alle zentralen EG-Streitfragen im Paket zu halten. Damit ist gewährleistet, daß jede nationale Regierung ein eigenes Interesse an einer Verabschiedung dieses Gesamtpaketes behält. Das ist im Europa des Jahres 1993 nicht wenig. Es ist jedoch bei weitem weniger, als die Pro-Europäer in Straßburg erwartet hatten.

Belastet durch die eigene und durch Wahlen in Großbritannien und Italien, ist der deutschen Präsidentschaft der Erfolg verwehrt geblieben, den die Gemeinschaft so dringend gebraucht hätte. Bonn zog die europäischen Zügel erst Ende März an. Die Uneinigkeit in den eigenen Reihen über die Erhöhung der EG-Finanzien führte überdies zu Irritationen im europäischen Ausland.

Wenn die Griechen, die heute die europäische Stafette übernehmen, jedoch den Fleiß aufbringen, den Genscher und seine Beamten in den letzten drei Monaten gezeigt haben, dann könnte sich auch die deutsche Präsidentschaft im nachhinein als erfolgreich herausstellen.

Von Pinseln und Federn

Von Enno von Loewenstern

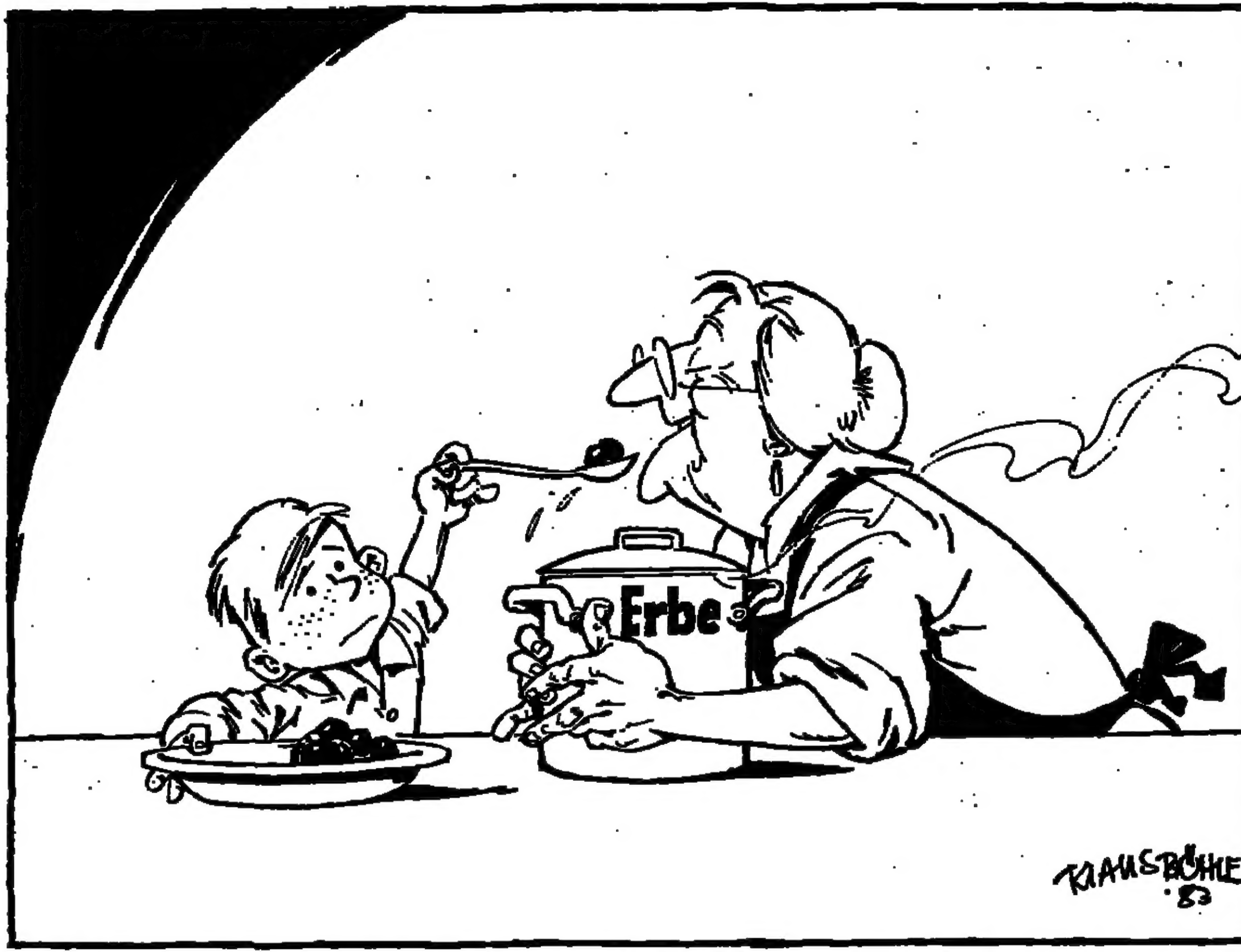
Kann man den Frieden zur Karikatur machen? Bestimmte Kreise können das hervorragend. Nachdem man Physiker, Psychiater, Ärzte, Juristen usw. „für den Frieden“ zu mobilisieren verstand, wurde nun auch ein „Wettbewerb Cartoon 83 – Krieg und Frieden“ ausgeschrieben.

Die Initiatoren, ein „Informationsbüro für Friedenspolitik, München“, erklären sich als „politisch blockfrei“ und nennen unter den Kriterien für die Preisverleihung als erstes: „Gesamtaussage“. Wie hat die zu sein? Das Begleitschreiben gibt einen taktvollen Hinweis: „... Widerstand gegen die NATO-Nachrüstung ... Cartoonisten könnten auf ihre Weise einen Teil dazu beitragen.“

Es gibt auch prächtige Preise: Die ersten fünf bekommen „eine friedenspolitische Reise nach Polen oder in die UdSSR (Gewinner aus osteuropäischen Ländern erhalten nach Absprache einen Preis im Wert von DM 500,-)“.

Wir brauchen uns nicht den Kopf über die eventuellen „Gewinner aus osteuropäischen Ländern“ zu zerbrechen: ob ihr Preis nun DM 500,- West oder DM 500,- Ost wert sein wird und ob ihnen nicht doch auch eine friedenspolitische Reise tief in die UdSSR hinein winkt, falls ihre Cartoons die falsche Gesamtaussage enthalten. Gerade die östlichen Künstler wissen den Hinweis der Veranstalter „Der Rechtsweg ist ausgeschlossen“ zu schätzen.

Westliche Teilnehmer hingegen dürfen wohl auf alle Fälle damit rechnen, daß ihre Namen auf gewissen Listen des Veranstalters festgehalten und daß die Kontakte fortgesetzt werden. Aber sie können dafür auf interessante friedenspolitische Begegnungen mit östlichen Kollegen hoffen. Vor einigen Jahren fragte ein westlicher Cartoonist die Künstler des Moskauer Sozialistischen „Krokodil“, warum man im Osten, anders als im Westen, nie die Machthaber karikiert. Längere Beratung, dann die Auskunft: „Wir karikieren sie, wenn sie es verdienen!“ – „Und wann verdienen sie es?“ – „Wenn sie abgesetzt werden!“ So, lieber Leser, dient man dem inneren Frieden.



Der Generationenvertrag

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Es wird eingesammelt

Von Peter Gillies

Der Bundesregierung scheint es eine Lust zu sein, das Rentensystem im Gerede zu halten – so jedenfalls muß es vielen Versicherten und Rentnern vorkommen. Tatsächlich mischen sich in der Rentenpolitik jedoch törichte mit vernünftigen Debattenbeiträgen. Dabei geht manchmal der Blick für den wesentlichen Kern verloren: eine langfristige, stabile und vertrauensstiftende Konstruktion der Altersversicherung, die alle Generationen mittragen.

Gefahren für das Rentensystem drohen aus mehreren Gründen. Kurz- und vielleicht mittelfristig sind es die konjunkturellen Bedrohungen mit der hohen Arbeitslosigkeit, langfristig ist es der kopflastige Lebensbaum mit den vielen Alternativen und den wenigen Alternativen. Hinzu kommt eine strukturelle Komponente: In den Zeiten des Wachstums wurde das Rentensystem mit Aufgaben überfrachtet, für die es nicht zuständig ist und die es auch nicht zu lösen vermag.

Die Sanierungsmaßnahmen der Bundesregierung beschränken sich nicht auf die tägliche Feststellung am Bildschirm, die Renten seien sicher. Sie gehen durchaus an die Substanz, schleifen Besitzstände und fordern deshalb Kritik heraus.

Das Versprechen der Regierung, auch Mitte 1994 die Renten zu erhöhen, ist ein Erfolg Norbert Blüms, die überflüssige Diskussion über die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen das Gegenteil. Aber die Stetigkeit der Rentenerhöhung wurde mit verdeckten Beitragserhöhungen erkauft, die den Kostendruck der Unternehmen verschärfen.

Mehr als ein Schönheitsfehler ist es auch, daß die Mehreinnahmen von heute zu höheren Rentenansprüchen in der Zukunft führen – in einer Zukunft zumal, die wegen der ungünstigen Altersstruktur eine Verdoppelung der Beitragslast oder eine Halbierung der Renten als finanzielle Logik erscheinen läßt. Wenn keine gleichzeitige Lösung dieses Problems erreicht wird, dürfte der Generationenvertrag zerbrechen.

So stellt sich immer wieder die Frage von Glaubwürdigkeit



Generationenvertrag am Ende? – Minister Norbert Blüm
FOTO: FRANK DÄRCHINGER

und Verlässlichkeit. Die alte Bundesregierung hat dagegen verstanden, die neue ist den gleichen Anfechtungen ausgesetzt. So hatte der Vorgänger Blüms durch die Neubewertung der Ausfallzeiten die Rentenansprüche breiter Schichten empfindlich verringert, ohne daß diese es freilich merken. Ihre Kalkulationsbasis gegenüber dem Eintritt vor vielen Jahren hat sich entscheidend verschlechtert.

Gleiches geschieht jetzt bei den freiwillig Versicherten, also vor allem Selbstständigen, Hausfrauen und Beamten. Viele von ihnen streben ins Alter und nutzen dabei eine großzügige Frührente (wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit) aus. Trotz vergleichsweise spärlicher Eigenbeiträge erreichen sie mit Tricks und Attentaten eine vergleichsweise üppige Rente.

Das will die Regierung korrigieren, weil es weder sozial noch finanziell erträglich ist, wenn sich Teile der Versicherten eine Frührente zu Lasten der anderen genehmigen. Die Zahl der Frührentner hat auf eine für die Rentenfinanzen bedrohliche Weise zugenommen, das Durchschnittsalter der Rentner sinkt ständig; nur noch 19 Prozent gehen als „Normalrentner“ mit 65 Jahren auf den Ruhestand. Der Rest verbleibt in der Altersversicherung auf eine oder andere Weise.

Aber die Sache hat eine Kehrseite. Die Hausfrauen und

IM GESPRÄCH Moshe Levy

Haudegen mit kühlem Kopf

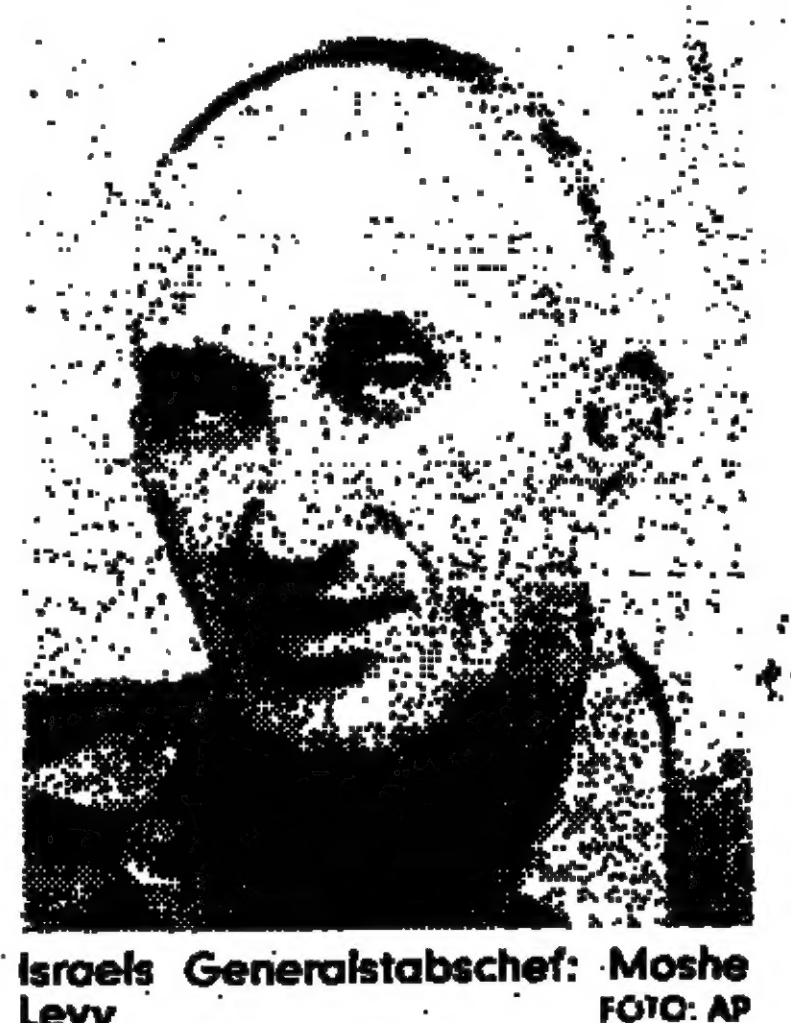
Von Rafael Seligmann

Daß es in Libanon trotz angespannter Lage und fast täglicher Zwischenfälle seit zwei Monaten nicht zu direkten Zusammenstößen zwischen israelischen und syrischen Truppen gekommen ist, wird von vielen dem Generalstabschef der israelischen Armee, Moshe Levy (47), zugeschrieben. Wie zufällig ist er eben seit dieser Zeit im Amt.

Israels oberster Soldat sieht mit seiner wuchtigen Figur und gut zwei Metern Höhe wie der Idealtypus eines Haudegens aus, und so konnte der – mittlerweile verstorbenen – General Yoffe witzeln: „Moshe Levy muß irgendwann Israels Generalstabschef werden, damit die Welt sieht, daß wir nicht nur tüchtige Soldaten haben, sondern auch Männer, die wie Soldaten aussehen.“ Aber, wie das oft so geht: Der Augenschein trügt. Levy ist eben kein Eisenfresser, sondern er gilt vielmehr als der versierteste Stabschef der israelischen Armee. Ganz anders als sein Vorgänger, Rafael Eytan, der Büros und Kommandozentralen mied wie der Teufel das Weihwasser und der sich lediglich bei der Truppe wohlfühlte, gilt Levy als Mann der sorgfältigen Planung und peinlichen Vorbereitung.

Ein Bürohengst ist Israels neuer Generalstabschef dennoch nicht. So war „einmalig Moshe“, wie Levy wegen seiner Körpergröße genannt wird, zwischen 1968 und 1970 Kommandeur einer Fallschirmjägerbrigade. Vier Jahre später wurde er Chef einer Panzerdivision. Aber diese Kommando-posten waren stets Ausnahmen in seiner stillen Karriere. Die Regel waren Stabsarbeit und Theorie. Immerhin: Während Levy die Stäbe in wechselnden Positionen leitete, fand er zwischen 1963 und 1968 Zeit, ein Studium der Wirtschaftswissenschaften und der islamischen Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem zu absolvieren.

Einen wichtigen Kommando-posten nahm Levy erst 1977 ein: Der damalige Verteidigungsminister



Israels Generalstabschef: Moshe Levy
FOTO: AP

Peres übertrug ihm die militärische Verantwortung für die vorwiegend von Arabern bewohnten Gebiete Judäa und Samaria. Levy erledigte sich dieser diffizilen Aufgabe trefflich. Seine Einheiten erhielten den Befehl, so wenig wie möglich in Erscheinung zu treten, aber dennoch die Sicherheit für Araber und Juden zu gewährleisten.

Levys stetige Arbeit wurde im Vorjahr mit der Ernennung zum Leiter der Stabsabteilung belohnt. Der neue Verteidigungsminister Moshe Arens fand an dem intellektuellen, vorsichtig agierenden Levy Gefallen und setzte dessen Minimierung durch. Die Ernennung fand in Israel weitgehende Zustimmung. Als Sohn irakischer Einwanderer gehört der neue Armeechef der Bevölkerungsmehrheit der orientalischen Sephardim an. Als Mitglied des Kibbutz Beit Alpha steht der General der Arbeiterpartei nahe, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Basis diese Kollektivbewegungen bilden. Als ruhiger, bedachtvoller Befehlshaber, der mit allen Mitteln versuchte, die Verluste der Armee in Libanon zu begrenzen, errang er schnell die Zuneigung der Soldaten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Über die SPD und die neuerdings parteipolitisch festgelegte Verankerung der Bundesbewegung schreibt das Blatt:

Da wäre zuerst einmal die von Strauß ohnehin nicht sonderlich geliebte FDP, die nun, so wurde im Klostern Banz hinter barocken Mauern beschlossen, zum zweitenmal Kniefall betreten muß. In der Deutschlandpolitik hat es, gelinde gesagt, Verwirrung gegeben, als Außenminister Hans-Dietrich Genscher einigen wichtigen Botschaften im Ausland durchaus mißverständliche Depeschen zugesandt ließ. „Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht“, hieß es darin als Antwort auf die Feststellung von CSU-Innenminister Friedrich Zimmermann, die neue Regierung werde es nicht zulassen, daß die deutsche Frage nur auf die Bundesrepublik und die DDR beschränkt werde. Für die CSU hat Genscher damit einmal mehr den Fehdehandschuh hingeworfen, und sollte denn wirklich alles so in den Depeschen stehen, dann kann das durchaus wieder zur Koalitionsoffensive werden. Ebenso das Demonstrationsrecht. Abgesehen von der publikumswirksamen Forderung nach Rücktritt des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor hat die CSU zu Zeit mit ihrem Drängen, die Gesetze der sozial-liberalen Ära wieder zu verschärfen, des Volkes Meinung auf ihrer Seite. Nach den Kravallen von Krefeld wird es für die FDP schwerer, sich dem Kreuz aus dem Süden zu widersetzen.

Offizier Zeitung

Über die SPD und die neuerdings parteipolitisch festgelegte Verankerung der Bundesbewegung schreibt das Blatt:

Die Partei ist die eine Sache, und die Friedensbewegung die andere. Die saloppe Aussage Hans Apels, des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, in ei-

nem Rundfunkgespräch kann die Schwierigkeiten nicht kaschieren, in die die SPD durch die Friedensbewegung geraten ist. Immer mehr Sozialdemokraten reihen sich gefühllos an die buntscheckigen Demonstrationen ein und tun so, als ob die anderen, die nicht mitmarschieren, keine Friedensfreunde wären. Der frühere Bundesverteidigungsminister, der einst den NATO-Doppelbescheid mannschaft verteidigte, der in der Zwischenzeit mit einer Parteikommision unter Egon Bahr, Horst Ehmke und Peter Glotz, die die Haltung der SPD zu den Protestbewegungen umschrieb. Die Grenzlinie soll nach dem Willen der Friedensbewegungen zwischen gewalttätigen und gewaltfreien Demonstrationen gezogen werden. Annehmbar ist auch für die SPD, was friedlich verläuft, ohne daß sie selbst dabei in Erscheinung treten will. Doch diese Markierungslinie ist nichts wert. Die Ereignisse in Krefeld haben bewiesen, daß sie jederzeit übertreten werden kann.

Nordwest Zeitung

Das Oldenburger Blatt befaßt sich mit dem Ostblock-Gipfel:

Der sowjetische Vorschlag wäre im Falle seiner Realisierung geeignet, neben dem konventionellen militärischen Übergewicht der Staaten des Warschauer Paktes in Europa auch noch die nukleare Überlegenheit der Sowjetunion festzuschreiben. Wenn demnach die neue Initiative aus dem Osten nicht gleich vom Tisch gefegt werden sollte, dann auch deshalb, weil die Staaten des Warschauer Paktes in ihren Vorschlag indirekt das Eingeständnis der vorhandenen eigenen militärischen Überlegenheit einschließen. Die Ostblock-Führer entlarven damit ihre früheren Entlassungen, es bestünde bereits in Europa ein militärisches Gleichgewicht, als simple Propagandatricks.

Milliarden-Bürgschaft oder Die Politik muß weitergehen

Weshalb sich die Bundesregierung auf diese Transaktion zugunsten Ost-Berlins einläßt / Von Bernd Conrad

Daß sich ausgerechnet die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung bereit erklärt hat, einen Milliardenkredit an die „DDR“ zu verbürgen, wirkt auf den ersten Blick trappierend. Bei genauerem Hinsehen allerdings paßt die spektakuläre Aktion durchaus in den Rahmen, den Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche mit seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland abgesteckt hat.

Dieser Rahmen schließt die grundsätzliche Offenhaltung der deutschen Frage, die damit verbundene Wahrung nationaler Rechtspositionen und die Anprangerung von Mißständen ebenso ein wie die Bereitschaft zum Dialog und zu Abmachungen mit der „DDR“-Regierung im Interesse der Menschen beiderseits der innerdeutschen Grenze. Die Ostberliner Propaganda hat ein solches Konzept als „widersprüchlich“ bezeichnet. Tatsächlich bietet es aber Kohl die Möglichkeit, auf der Basis der Prinzipien der wirtschaftlichen Transaktionen prakti-

sche Erleichterungen herbeizuführen. Genau darauf zielt die Bonner Bürgschaft für den Kredit eines Bankenkonsortiums unter Führung der Bayerischen Landesbank an die „DDR“ in Höhe von einer Milliarde Mark. Das damit verbundene finanzielle Risiko scheint gering zu sein; der Bundeshaushalt wird damit aller Voraussicht nach also nicht belastet.

Auf der anderen Seite rechnet die Bundesregierung offensichtlich damit, daß die „DDR“-Behörden im Herbst wesentliche Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr verwirklichen werden. Dazu gehören eine Senkung der vor drei Jahren drastisch erhöhten Zwangsumtauschsätze bei „DDR“-Reisen und eine Herabsetzung der Altersgrenze für Westreisen von „DDR“-Bewohnern.

Diese Aussicht bildet anscheinend die mündlich abgesprochene Geschäftsgrundlage des Kredits. Nun ist bei derartigen nicht verbrieften Zusagen immer Skepsis angebracht. Das haben auch die Gespräche des damaligen Bundes-

kanzlers Helmut Schmidt mit dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am Werbellinsee im Dezember 1981 gezeigt.

Unmittelbar danach war von Schmidt zu hören: „Ich bin ganz sicher, daß Sie (die Presse) im Laufe des Jahres 1982 deutlicher erkennen können als gegenwärtig, daß wir in der Tat in diesen langen Gesprächen eine Reihe von schwierigen Fragen, die zwischen uns stehen, einer Lösung nähergebracht haben.“ Er meinte damit besonders den Zwangsumtausch und das Reisealter. In Wirklichkeit hat sich dann 1982 in dieser Frage nichts bewegt.

Immerhin gibt es heute reale Gründe für die Annahme, daß die SED-Führung den monetär untermauerten guten Willen der Bundesregierung honorieren wird. Sie liegen in der katastrophalen Finanzlage der „DDR“ begründet. Weil er keinen anderen Ausweg mehr wußte, hat sich Honecker offenbar in Moskau Spielraum für wirtschaftliche Vereinbarungen mit Bonn geben lassen. Sollte er

nun seinen Teil des Geschäfts platzen lassen, müßte er für alle künftigen finanziellen Wünsche in Bonn mit rotem Licht rechnen. Das kann nicht in seinem Interesse liegen. Zu den überraschenden Umständen der Transaktion gehört es, daß Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß daran maßgeblich beteiligt war und demnach sogar mit Honecker in der „DDR“ zusammentreffen wird. Offensichtlich weiß der SED-Chef zwischen dem eigenen Anti-Strauß-Propaganda und den politischen Realitäten durchaus zu unterscheiden.

Sollten sich alle Erwartungen Bonns erfüllen, könnte es sein, daß Honecker, ungeachtet seiner vorläufigen Absage, doch noch in diesem Jahr in die Bundesrepublik kommt. Dem Kanzler käme eine solche Entwicklung als „entpannendes Moment“ angesichts der im Herbst in der Bundesrepublik zu erwartenden heftigen Auseinandersetzungen um die Nachrüstung sicher sehr gelegen. Doch eben diese Auseinandersetzungen bilden auch einen Unsicherheitsfaktor für den innerdeutschen Dialog. Zwar

Die klop Tür

Tennis in W das ist Syn Sport und f Gesellschaft und Zuschau an diesen u Traditionen

Von FR

Der Mann hat in se ben, das Veredlung de sche widmete eingebüßt, trä kuppchen eine auch sonst ein gr heißt Ted ' Damen zwisc London und i New York, c Gründen eine Anatomie zur ben müssen, v hat das Unau Mode anspreci

Der andere i groß, hat sein der verbalen i Tennis-Schied: gewidmet, hãt welkende Han einem roten St spide wachse Hilfe der Adv Vaters zusamr tos, Uhren, Mi late, spielt in s und dies mit schem Mißver Passionspiel. Leiden dieses j in regelmäßi Luft macher, Gütemarke na roe. Seit John Zorn als Kult mehr so geschi den wie durch Jungmillonär.

So unterschü Männer, der pl trovertierte Te inger-Inhalier er mögen – e das Mißvergü. „All England I jener fernm un dichen Figuren ten Wimbledon. Sie lasten de an, das vorneh Welt zum Mar hörbarer Obsz haben. Die sic des Ted Tling Jahre 1949 d Tennispielerin chen mit Rüscl angelegt zu hab Wimbledon bra sie Tlinging dies ziehen. Seit d sprachen sie wi. Die hörbaren John McEnroe ten, dem Rase

Die Mißvergü. „All England I jener fernm un dichen Figuren ten Wimbledon. Sie lasten de an, das vorneh Welt zum Mar hörbarer Obsz haben. Die sic des Ted Tling Jahre 1949 d Tennispielerin chen mit Rüscl angelegt zu hab Wimbledon bra sie Tlinging dies ziehen. Seit d sprachen sie wi. Die hörbaren John McEnroe ten, dem Rase

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Wolke

Die Gegenwart klopft auch an die Türen von Wimbledon

Tennis in Wimbledon, das ist Synonym für fairen Sport und feine englische Gesellschaft. Doch Spieler und Zuschauer kratzen an diesen urbritischen Traditionen.

Von FRITZ WIRTH

Der Mann ist 1,96 Meter groß, hat in seinem 73-jährigen Leben, das er vorwiegend der Veredlung der Damen-Unterwäsche widmete, seine Haarpracht eingebüßt, trägt am linken Ohrpfeifen einen Diamanten und ist auch sonst eine schillernde Figur. Er heißt Ted Tining. Die Tennis-Damen zwischen Wimbledon in London und Flushing Meadow in New York, die aus beruflichen Gründen eine sonst brachliegende Anstalt zur Beschäftigung freigegeben müssen, verehren ihn. Tining hat das Unausprechliche in der Mode ansprechend gemacht.

Der andere Mann ist überlebensgroß, hat sein Leben vorwiegend der verbalen Strafverfolgung aller Tennis-Schiedsrichter dieser Welt gewidmet, hält eine rapide dahinwandelnde Haarpracht zumeist mit einem roten Stirnband, und seinen rapide wachsenden Reichtum mit Hilfe der Advokaten-Künste seines Vaters zusammen. Er wirbt für Autoteur, Milch und Rasierapparat, spielt in seiner Freizeit Tennis und dies mit derart masochistischem Mißvergnügen, daß es zum Passionsspiel wurde. Und da die Leiden dieses jungen Mannes sich in regelmäßigen Zornausbrüchen Luft machen, wurde daraus eine Gütemärkte namens John McEnroe. Seit John Osbornes Tagen ist Zorn als Kult und als Ware nicht mehr so geschickt vermarktet worden wie durch diesen 24-jährigen Jungmillionär.

So unterschiedlich diese beiden Männer, der playboyhafte und extrovertierte Ted Tining und der ängstlich-inhaltende John McEnroe sein mögen – eines verbindet sie: das Mißvergnügen der Herren des „All England Lawn Tennis Club“, jener fernen und irgendwie überirdischen Figuren, die seit Jahrzehnten Wimbledon inszenieren.

Sie lasten den beiden Männern an, das vornehmste Tennistest der Welt zum Marktplatz nicht und hörbarer Obszönitäten gemacht zu haben. Die sichtbare Obszönität des Ted Tining bestand darin, im Jahre 1949 der amerikanischen Tennisspielerin Gussie Moran Hosen mit Rüschen und Goldlamé angelegt zu haben. Die Herren von Wimbledon brauchen 33 Jahre, bis sie Tining diese Provokation verziehen. Seit dem letzten Sommer sprachen sie wieder mit ihm.

Die hörbaren Obszönitäten des John McEnroe gegenüber Offiziellen, dem Rasen, einem sich leicht

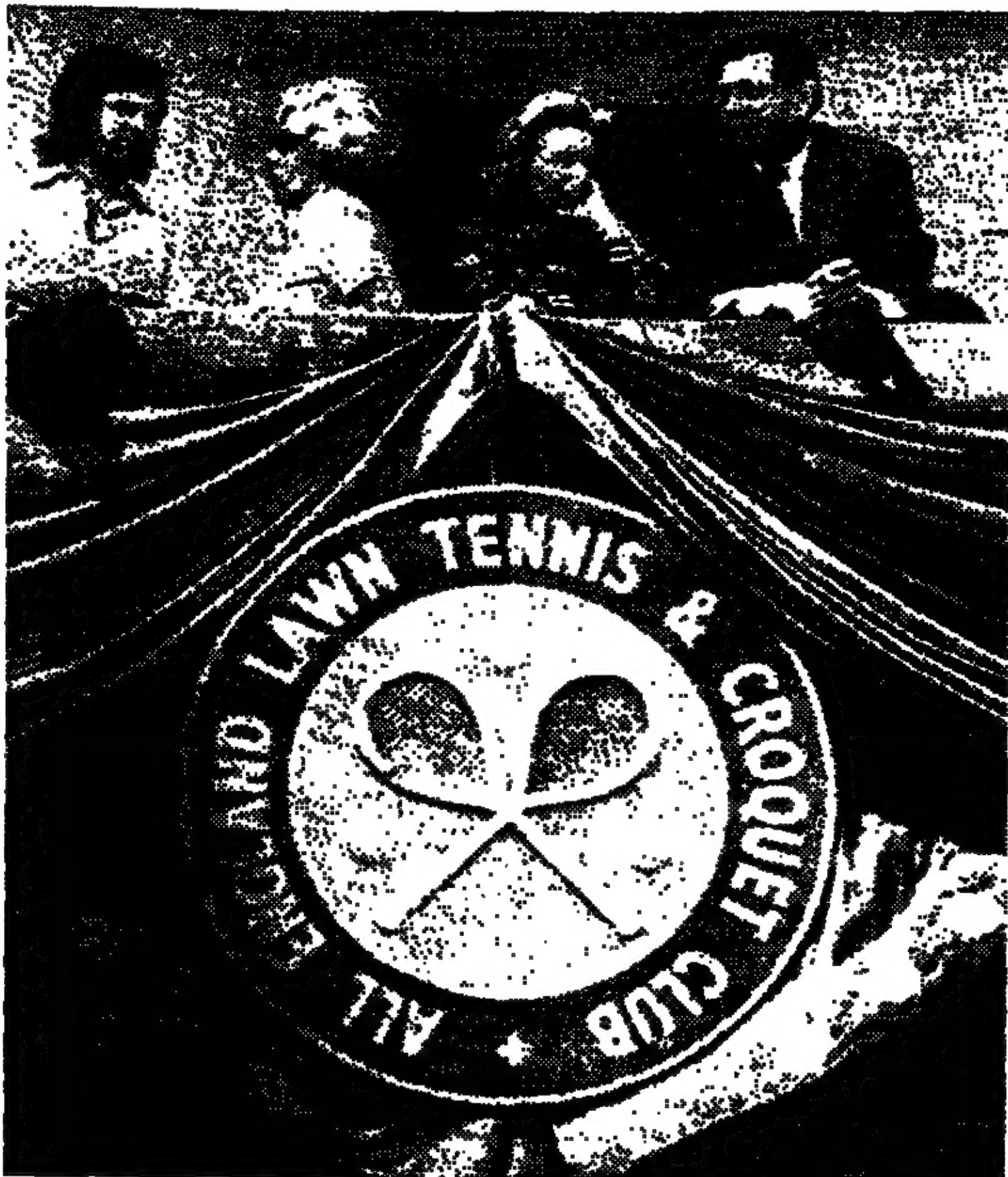
bewegenden Objekt in Reihe K Sitz 48, dem Universum im allgemeinen und dem lieben Gott im besonderen („Jesus Christus“) verraten immerhin eine fast sensationelle Bereitschaft dieser Gras- und Gralsritter des Tennis, mit der Zeit zu gehen. Sie brauchen nur drei Jahre, um sich an die verbale Umweltverschmutzung des Herrn McEnroe zu gewöhnen. Dann waren sie bereit, den zornigen jungen Mann in ihren Club aufzunehmen, der sonst eigentlich Wimbledonstern automatisch offensteht.

Verziehen haben sie ihm natürlich immer noch nicht. Der unmögliche junge Herr ist für sie und die Stammesgemeinde mittelalterlicher Damen aus den Londoner Grün-gürtel-Vororten und den Kirchen-vorständen nach wie vor „shocking“. Das Problem nun ist – was ist skandalöser: die verbalen Lümmeleien dieses Mannes oder der resolute Platzverweis? Immerhin spielen die Herren von Wimbledon mit dem Gedanken an die zweite Möglichkeit, die keinen anderen Tennis-Veranstalter dieser Welt auch nur im Traum einfallen würde. Sie haben vor Beginn des Turniers eine Prämie von 30 000 Pfund (etwa 120 000 Mark) an die Firma Lloyds gezahlt, um sich damit gegen Regreßansprüche disqualifizierter Spieler bis zu 2,5 Millionen Pfund (rund zehn Millionen D-Mark) versichern zu lassen.

Daß dieser Konflikt zwischen den reichen Jungmillionären namens McEnroe, Gerulaitis und Connors und dem britischen Tennis-Adel von Wimbledon jedes Jahr einen neuen Siedepunkt erreicht, hat besondere Gründe. Alle anderen Turniervorstände dieser Welt sind diesen Tennistars ausgeliefert, denn sie brauchen sie. Also zahlen sie und dulden die Bakapaden dieser jungen Männer. Das Ergebnis ist eine wachsende Verrohung der sonst guten Sitten zum „Tennis vulgär“.

Wimbledon dagegen ist zeitlos. Die Herren Veranstalter dieses Turniers brauchen die Stars nicht, diese Stars brauchen Wimbledon. Denn alle anderen Turniere dieser Welt bieten nicht viel mehr als jenen Stoff, den diese Jungmillionäre bereits im Überfluß besitzen: Geld. Wimbledon dagegen bietet jenen Stoff, aus dem die letzten Träume dieser verwöhnten Neureichen des Tennis gemacht sind: Geschwätz. Die 68 000 Pfund, die der Sieger des Herren-Einzels am Sonntagmittag kassiert, sind deshalb irrelevant. Seinen „Kick“ bezieht er aus der Hoffnung, mit dem Wimbledon-Titel zusammen mit Tilden, Borotra, Lacoste, von Cramm und Rosewell in den Tennis-Adelskatalog aufgenommen zu werden.

Diese Gewißheit, Geschichte zu verkaufen, hat die Veranstalter von Wimbledon arroganter als andere



Tennisturnier in Wimbledon, das ist Tradition seit 1877

FOTOS: SVEN SIMON

Veranstalter und die Sitten dieses Turniers strenger gemacht. So ist denn Wimbledon im sonst sehr großzügig und am lockeren Zügel geleiteten internationalen Tennis-Kreis das letzte „Law-and-order“-Turnier dieser Welt. Der Grund: Dieses Turnier ist seit Jahrzehnten fest in der Hand ausgesiedelter hoher britischer Offiziere. Und die haben daraus mehr als ein Turnier gemacht, es ist ein gut geöltes und straff geleitetes Tennismanöver.

Der Konflikt war unvermeidlich. Die sogenannten Skandale um McEnroe, Gerulaitis und Connors sind das Ergebnis der Konfrontation von resoluter Kasernenhof-Ordnung und extravaganter Tennis-Playboy-Allüre. Und dieses Duell zwischen der scharfen Billigfabrikwelt der Sandhurst-Offiziere und der zerkauschenden Blue-Jeans-Lebensphilosophie der verwöhnten Jungmillionäre liefert den Stoff fürs jährliche Wimbledon-Melodrama. Die fast feierlich in der letzten Woche von McEnroe an den Schiedsrichter gestellte Frage: „Können Sie sich denn niemals irren?“ war nicht unbedingt ungehörig. Hier schwang die Furcht mit, daß die Herren von Wimbledon dabei sind, sich selbst den Status der Übernatürlichkeit und der Unfehlbarkeit zuzulegen.

Die Tennis-Stammesgemeinde von Wimbledon freilich sieht das anders. Für sie ist dies das letzte Gefecht zwischen „Tennis vulgär“ und „Tennis puritanisch“. Es ist eine Schlacht, die nicht nur auf dem so kulthaft gepflegten Rasen der Tennis-Courts, sondern auch am Rande dieser Tennis-Kathedrale ausgetragen wird. Hier hat die Vulgarisierung dieses Festes in

diesem Jahr einen neuen schrecklichen Tiefpunkt erreicht. Denn zur traditionellen Tennis-Diät von Wimbledon (sechs Erdbeeren zum Preise von 90 deutschen Pfennig das Stück, Tee und Pimm's) haben ordinaire Kaufleute zum zentralen „Fish and chips“ auf den Markt geworfen, die Gaumenfreude der niederen britischen Stände und das hat dieses Turnier neben seinen bisher mit so großem Widerwillen ertragenen sicht- und hörbaren nun auch noch um eine reichbare Obszönität bereichert.

Es ist also kein Fest ungetrübter Sinnentzunden mehr. Die Herren in den Festzeiten, die sich auf Firmensessen an frisch aufgehängtem rosenrotem Lachs und alten, zumeist tiefentschlafenen blaßgelbem Champagner laben, schauen indigniert zu, wie ihnen dieses exklusive Fest allmählich zu entgleiten droht. Sie sprechen immer häufiger von der Ruderregatta in Henley, die am gleichen Tage stattfindet wie die Tennis-Endspiele in Wimbledon und wo man noch ganz unter sich ist, mit Strohhut und Schulkrawatte, und wo man nicht bei jedem Aufschlag dem gewicht- heberhaften Grollen eines Jim Connors, sondern den Klängen einer Militärkapelle lauschen kann, die so ohrwurmhaft-schön das Lied „If I were a rich man“ singt. Die meisten von ihnen sind schon lange selbst erfüllt haben.

Und dann die Verrohung der Kleiderstrenge in Wimbledon! In Henley ist man angehalten, Jackett und Krawatte zu tragen, in Wimbledon dagegen, das in diesem Jahr auf unbegreifliche Weise bisher vom Regen verschont blieb, sind immer häufiger nackte und behaarte Herren-Überkörper auf den Bänken zu besichtigen. Der heilen puritanischen Welt von Wimbledon droht die Sitten-Verrohung. Die „Teenybopper“, die einst durch Björn Borg in Schwärmen herbeigelockt wurden, geben den Ton an. Sie kreischen ekstatisch zum Hammer-Aufschlag eines Kevin Curren und ertränken damit den dezenten Beifall des Wimbledon-Establishments zum kunstvoll gekräuselten Service eines Ivan Lendl.

Wimbledon im Wandel. Die Sandhurst-Garde hat Anlaß zur Sorge. Das Etikett und die Traditionen dieses Festivals sind keine unantastbaren Gesetze mehr. Dem Tennis-Tempel droht die Entweihung. Die Jungstars fordern die Generation der „Midlife Crisis“ heraus. Es genügt nicht mehr, mit Ted Tining und John McEnroe seinen Frieden zu schließen. Es klopft hörbar und vernehmlich ein neuer Gast und ein neuer Geist an die Türen ihrer Tennis-Kathedrale: eine Obszönität namens Gegenwart.

Italiens „linke Mitte“ rückt leicht nach rechts

Gemeinsam haben die bisherigen Koalitionsparteien in Italien ihre Mehrheit halten können. Innerhalb des Gefüges gab es aber einen leichten Ruck nach rechts; wie in der Bundesrepublik und in Großbritannien

Von ALFONS DALMA

Italien weist eine für das demokratische Westeuropa atypische parteipolitische Struktur auf. Ein direkter Vergleich mit dem in Mittel- und Nordeuropa üblichen Modellen geht daher am Gegenstand vorbei, weil Italiens Strukturen durch eine ungewöhnliche Vielzahl von Parteien, durch die stark traditionsgebundene Stimmabgabe und durch die Unmöglichkeit einer periodischen Ablöse zwischen rechts und links an der Regierung gekennzeichnet sind.

Während die Christlichen Demokraten des deutschen Sprachraumes Sammel- und Volksbewegungen sind, die in sich eine Koalition von verschiedenen Gesellschaftsgruppen oder -schichten bilden, ist das in Italien die Democrazia Cristiana nur zum Teil. Im gleichen politischen Raum sind mehrere koalitionssfähige, aber auch einige ausgesprochen feindselige Parteien angesiedelt. Zu den letzteren gehört die spiessbürgerlich-bieder, aber politisch kastrierte neofaschistische Nachfolgepartei der versunkenen Mussolini-Ara. Sie bindet ungefähr ein Zwölftel der Wählerschaft außerhalb des Systems. Demgegenüber sind die konservativen und die republikanischen Liberalen sowie die Sozialdemokraten mit der Democrazia Cristiana so fest verbunden, daß sie mit ihr eine Staats- und regierungspolitische Einheit besonderer Art bilden.

Aber auch die italienische Linke unterscheidet sich von den sonst sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien im Norden, ja selbst von der französischen oder spanischen Linken durch ein Merkmal, das eine Koalition nicht zuläßt: Seit 37 Jahren sind die Kommunisten die weitaus stärkste Partei innerhalb der Linken. Die Folge davon ist, daß die Linksparteien insgesamt über 42 Prozent der Stimmen nicht hinauskommen können und daß die Kommunisten deshalb seit der Auflösung der Volksfront mit den Sozialisten Anfang der 60er Jahre isoliert bleiben. Sie sind eine Art institutionelles Sammelbecken, haben aber keine Aussicht auf den Einzug in die Regierung.

Die Sozialisten – eine Art „kleine Linke“

Darin liegt der Unterschied zu Spanien, wo die Sozialisten das Partnerschaftsangebot der Kommunisten ignorieren können, oder zu Frankreich, wo die Linksalternative erst möglich werden konnte, nachdem zwischen Sozialisten und Kommunisten ein Kräfteverhältnis von sieben zu drei entstanden war. In Italien ist die Relation zwischen der KPI und der SPI drei zu eins. Die kommunistische Hegemonie schließt die Linksalternative aus.

Infolgedessen stellen die italienischen Sozialisten innerhalb der fünf demokratischen Parteien der Mitte eine Art „kleine Linke“. Die Sozialisten sind von der Tradition der Linken bestimmt, verhalten sich aber auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik als Anhänger der Staatsintervention und des „Deficit spending“.

Völlig anders ist die Position der Republikaner und der Liberalen, aber auch der Sozialdemokraten.

Ihrer einst revolutionären Geschichte nach empfinden sie sich als liberale Linke – die einen unter Berufung auf den nationalen Staatsgründer Cavour, die anderen auf den republikanischen Nationalpropheten Mazzini, die dritten auf die Gründungsritter des humanitären Sozialismus. Gemessen aber an den Problemen der Gegenwart sind diese drei Parteien, vor allem aber die Republikaner und die Liberalen, die Vertreter der strengen sozialen Marktwirtschaft und der rigorosen Sanierungspolitik zur Bekämpfung der Krise.

Im konkreten Fächer der politischen Richtungen entspricht die Position dieser kleinen Parteien der Stellung etwa des Wirtschaftsbeirates in der bayerischen CSU oder des Wirtschaftsbundes in der österreichischen Volkspartei. Das ist der Punkt, an dem die Wahlergebnisse vom 27. Juni 1983 plastisch zu werden beginnen; denn die konservativ-liberalen beziehungsweise vom rechten Flügel des Koalitionsbogens stehenden Kräfte sind die einzigen eindeutigen Wahlsieger. Sie haben über drei Prozent und mehr als eine Million Stimmen dazugewonnen. Wirtschaftspolitisch mit ihnen konform, haben auch die Sozialdemokraten davon profitiert.

Wandel durch Bürde der Regierung

Innerhalb dieses Rasters ist der Rückgang der Democrazia Cristiana zu betrachten. Diese Volkspartei christlich sozialer Tradition ist ihrem historischen Verhalten nach eine Linkspartei Sui Generis und empfindet sich auch als eine solche, besonders nach dem Tod des von der österreichischen Tradition mitgeprägten Alcide De Gasperi. Nur durch die unabwendbare Bürde der Regierungsverantwortung, (denn ohne die DC gibt es keine denkbare Parlamentsmehrheit), wird diese „populistische“ Bewegung zu einer Praxis der wirtschaftlichen Realität und zur Einschränkung der Sozialpolitik gezwungen.

Erst seit einem Jahr, unter dem neuen Generalsekretär Ciriaco De Mita, hat die Einführung des Weg der entschiedenen Sanierungspolitik, im engsten Einvernehmen mit den Republikanern und den Liberalen, eingeschlagen. Das war zu spät, um überzeugend zu wirken, aber gerade rechtzeitig genug, um einen Teil der primär sozialpolitisch orientierten Klientel abzuschrecken.

Sie hat rund sechs Prozent der Stimmen verloren, obwohl sie mit den immer noch vorhandenen drei- und fünfprozentigen stärksten Parteien des Landes bleibt. Aufschlußreich ist dabei, daß sie die Hälfte ihrer Verluste an die konservativen Koalitionspartner, nicht jedoch an die linken Partner, abgeben mußte, denn die andere Hälfte der Abgänge verlor sich im Vakuum der reinen Proteststimmen, der ungültigen oder weißen Stimmzettel.

Wenn also die Frage nach der „kleinen Alternative“ bei diesem Wahlgang zur Diskussion stand, dann ist sie auch beantwortet worden. Die 56-Prozent-Mehrheit der fünf Parteien der Mitte ist vollständig erhalten worden, der Akzent hat sich aber in ihrem inneren Gefüge nach rechts verschoben – tendenziell in Übereinstimmung mit dem Trend in der Bundesrepublik und in Großbritannien.

Für die Befürworter der großen „Linksalternative“ hingegen war die italienische Wahl eine Katastrophe, die mit den Schlagzeilen von der „Wahrung des Bestandes“ durch die Kommunisten nicht einmal notdürftig verdeckt wird. Berlinguer und Genossen haben zwar

den neuesten Rückgang vorausgesehen und ihn optisch dadurch zu korrigieren versucht, daß sie die früheren KPI-Dissidenten von der sogenannten „Linksunion“ (PDUP) wieder auf die Kandidatenlisten der Mutterpartei aufgenommen haben.

Es schaut nur so aus, als ob sie vom „Bestand“ der 30,4 Prozent nur einen halben Punkt verloren hätten. In Wirklichkeit war ihr neuer Ausgangspunkt bei 31,9 Prozent, der Verlust betrug zwei Punkte. Die wirkliche langfristige Tendenz wird aber erst in anderen Zusammenhängen ersichtlich: Seit ihrem „eurokommunistischen“ Höhepunkt der Parlamentswahlen von 1976 ist die KPI mit ihren Verbündeten von 36 Prozent auf die jetzigen 29,9 Prozent, zum ersten Mal seit zwölf Jahren also unter die 30-Prozent-Grenze gesunken.

Was das konkret bedeutet, wird anhand von absoluten Zahlen deutlich: Die Kommunisten sind in den letzten sieben Jahren von über zwei Millionen Wählern verlassen worden; ihr gegenwärtiger Stand weist elf Millionen aus. Anderthalb Millionen Wähler sind 1979, weitere sechshunderttausend diesmal abgesperrt geworden. Auch die DC hat nach absoluten Zahlen zwei Millionen Wähler verloren.

Die Schwächung und Vereinamung der Kommunisten wird durch zwei weitere Elemente illustriert: Die Sozialisten haben im Vergleich zu den Parlamentswahlen 1979 leicht gewonnen, im Vergleich zu den Regionalwahlen 1980 im gleichen Maße Stimmen verloren. Ihre Kräftigung während der letzten fünf Jahre ist das Ergebnis der unmissverständlichen Trennung von der KPI, wie sie von Bettino Craxi vertreten wird.

Berlinguer sah den Rückgang voraus

Berlinguer und Genossen haben keine Partner auf der Linken, geschweige denn im Zentrum. Die edelkommunistische Position – „mit dem humanen Antlitz“ – haben sie wieder geräumt, um das Wahlergebnis zu frisieren. Die „Democrazia Proletaria“ (1,5 Prozent) ist eine anarcho-kommunistische Trägerin der Emotionen von 1968 und als KPI-Partner ebenso unbrauchbar wie die vehement anti-kommunistische, von 3,5 auf 2,2 Prozent reduzierte linksradikale Partei, die Vorgängerin der mittel-europäischen „Alternativen“. Mit diesen Linksgruppen ist nicht einmal die pazifistische Friedensbewegung gemeinsam aufzuziehen, gehen doch die Radikalen und die „Proletarier“ auch gegen die so-wjetischen Rüstungen scharf ins Feld, während Berlinguers „Euro-kommunisten“ die These des Krenls und Andropows akzeptieren, daß nur die westliche Antwort auf die sowjetischen SS 20 und nicht diese gegen Europa gerichteten Raketen das Gleichgewicht der Kräfte stören.

Linksalternative und eurokommunistische Perspektiven sind nach diesem neuesten Stand unaktuell denn je. Die Democrazia Cristiana als die große Zentrums-partei ist auf ihren christlich und ideologisch bedingten Wählerstock reduziert worden, bleibt aber die unentbehrliche Achse der Staats- und Regierungspolitik. Der konservativ-liberale Ruck nach rechts würde logischerweise sowohl einen christlich-demokratischen als auch einen sozialistischen Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten zugunsten des Liberalrepublikaners Giovanni Spadolini nahelegen. In den zukunftsweisenden Wirtschaftsmetropolen Mailand und Turin konnten die Republikaner die Stimmen verdoppeln, mithin selbst die große sozialistische Partei überholen. Die Logik wird allerdings nicht immer in der Politik beachtet.



Ein Eklat von Wimbledon: der Spieler John McEnroe übertreibt die Zuschauer mit Zornausbrüchen; der Schiedsrichter Ted Tining schockte einst die Offiziellen mit Spitzensprüchen für die Tennisdamen

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

– Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch, den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen
über Abmahnungen an folgende Anschrift:
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

ZAW

Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

100

Golfstaaten wollen Hilfe für Irak kürzen

Die Finanzminister Saudi-Arabiens und der Golfemirate erwägen gegenwärtig, ihre Finanzhilfe für Irak drastisch einzuschränken. Dies wurde von gutunterrichteten Kreisen in der saudiarabischen Hauptstadt Riad bekannt.

Die Finanzminister der Golfstaaten, die im „Rat für Kooperation der Golfstaaten“ zusammengeschlossen sind, waren in der vergangenen Woche zu zwei Geheimkonferenzen in Dschidda zusammengetroffen. Zweck dieser Treffen war die Beratung eines saudiarabischen Vorschlags, die großzügige Finanzhilfe für Irak einzustellen. Hintergrund der Initiative Riads: Zurückgehen des Ölpreises, der die Golfstaaten und eine Stabilisierung im Golfkrieg zwischen Irak und Iran. Beobachter vermuten, daß die Golfstaaten mit der gegenwärtigen Pattsituation zufrieden sind. Die Unterstützung Iraks war für die Golfstaaten notwendig geworden, als die Truppen des Ayatollah-Regimes die Oberhand in dem Konflikt am Golf zu gewinnen drohten. Eine militärische Entscheidung zugunsten Iraks dagegen würde die empfindliche Balance am Golf stören.

PLO-Sondersitzung in Tunis einberufen

Das 14-köpfige Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wird heute in Tunis zu einer Sondersitzung über die blutigen Kämpfe zwischen rivalisierenden Fraktionen innerhalb der PLO einberufen. Am Freitag und Samstag sollen die Führer der acht in der PLO vereinigten Guerilla-Gruppen zu den Beratungen hinzukommen.

Nach internationalen Ermittlungsbemühungen hatte sich am Dienstag zunächst eine Annäherung zwischen dem PLO-Vorsitzenden Arafat und dem syrischen Staatspräsidenten Assad abgezeichnet, der die Fatah-Rebellen unterstützen soll. Assad soll dem Vorsitzenden der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), George Habash, versichert haben, Arafat könne nach Syrien zurückkehren. Hoffnungen in der arabischen Welt auf eine Entspannung zwischen Arafat und Assad wurden jedoch durch eine neue Offensive der Fatah-Rebellen in Ost-Libanon gegen loyalistische Verbände wieder gedämpft. Nach libanesischen Rundfunkberichten sind die Rebellen entlang der Fernstraße Damaskus-Beirut weiter nach Westen vorgestoßen.

An Libanons Christen lassen Syrer ihre Rache aus

Von PETER M. RANKE

Die beliebten Sommerferien in den Bergen fallen für viele christliche Familien im Libanon streifen zwischen Beirut und Batrun dieses Jahr aus. „Wo sollen wir noch hin?“, fragt Paul Zein, Statiker in Jounieh. „An der Küste und in den Bergen leben wir unter der Raketenbedrohung der Syrer.“ Seine Familie hat der libanesischen Christ erst einmal in das Bergdorf Ghazir evakuiert, aber auch dort sind schon die berüchtigten Grad-Raketen eingeschlagen.

Paul Zein hat seinen Angestellten freigestellt, noch ins Büro zu kommen. „Ich kann die Verantwortung nicht übernehmen“, sagt er. In der Tat: Ab 18.00 Uhr schließen im ein- und ausbelebten und beliebten Jounieh die Geschäfte, die Straßen im christlichen Flüchtlingshafen der vergangenen Kriegsjahre sind fast leer. Seit so-wjetische Grad-Raketen, die immerhin 100 Zentimeter lang sind, auch im Hafen und im Ort einschlagen, meiden auch die kleinen Trawler Jounieh. Nur die Armee benutzt noch Pier und Lagerhäuser.

Auch das Casino in Maamtein lag schon unter Beschuss. Seitdem ist das Kino dort leer. Grad und Hotel-Silos in Tabarja abbekommen, die Gäste räumen fluchtartig. Selbst die Badefreuden sind den Libanesen vergällt, denn sie haben Angst vor Raketen-De-tonationen im Wasser, die die Lungen zerreißen. Allein seit dem letzten Sonntag haben die Syrer und die mit ihnen verbündeten Milizen der „National-Sozialistischen Partei“ (NPS) viele Dutzend Raketen nach Jounieh, Antelias, Makles, Dbye und in die christlichen Vororte Beirut wie Ain-el-Romaneh geschossen. Auch Bergnester wie Beit Mery oder Bhamdun liegen unter Feuer.

Die Menschen finden keinen Schlaf mehr

„Sie schließen zu jeder Tages- und Nachtzeit“, berichtet Apotheker Mrauwe in Jounieh. Manchmal vormittags um neun Uhr, öfter in der Nacht zwischen zehn und vier Uhr morgens. Er schläft mit seiner Familie im Erdgeschoss, geschützt durch einige Sandsäcke. Die meisten Häuser in Libanon kennen keine Keller, keine Schutzräume. Mrauwe weiß: „Dort, wo die Raketen herkommen, gibt es keine Kämpfe zwischen Drusen- und Christen-Milizen. Dort stehen nur Syrer, PLO und ihre Verbündeten.“ Die Abschußstellungen liegen bei Dhour Choueir, Ain el Soha, Dour Salima und Chebaney. Es sind die Berge der Region Hoch-Metn, die Syrer und PLO als Basis für die Abschüsse benutzen. Wie durch ein Wunder gab es bisher keine Toten durch Volltreff-fer, aber Dutzende von Schwerverletzten, unter ihnen auch Kinder.

Die Schulen sind wegen der Ex-minen noch nicht geschlossen. Aber bei Fahrten entlang der Küste und durch die Bergdörfer sieht man immer wieder schwere Schäden an den Häusern, ausgebrannte Autos und eingeschlagene Fen-ster und zwischen den Bäumen. Ge-tau zielen können die Syrer mit den Raketen nicht, sie schießen einfach los und streuen das gesamt-e Gelände des von den christli-chen Milizen (Lebanese Forces) vor-tyrischer Besatzung getretenen Ge-bietes ab. Die syrischen Stellungen liegen weit oben in den Bergen des Metn und des Kesran.

„Das ist die Rache der Syrer, weil wir das Abkommen mit den Isme-lis unterzeichnet haben“, sagt Iles Sayoun vom Roten Kreuz. Die Terror-Beschüsse begannen schon vor der Unterzeichnung am 17. Mai. Syriens Präsident Assad schwor damals, er werde eine Aus-führung der Abmachungen verlei-ten. Er will die Christen gegen die Regierung und Präsident Gemayel aufhetzen, auch bei den „Lebanese Forces“, die oben in den Bergdörfern die Stellung hal-ten.

Auch in Beirut sind nachts die Einschläge in den Vororten zu hö-ren. Die Raketen kommen rasend schnell, sofort nach dem Pfeifen erfolgt der Einschlag. Weglaufen oder Deckung suchen ist nicht mög-lich. Die Menschen in den Häusern finden keinen Schlaf, hor-chen auf das Heulen der Grad-Ra-

keten. Die Syrer schaffen immer mehr Nachschub, dieser gedrückt heran. „Wenn Washington bloß die Israelis vorigen Sommer nicht ge-hindert hätte, die Syrer auch aus den Bergen zu vertreiben“, ärgert sich Apotheker Mrauwe. Er denkt nicht allein so.

Westliche Agenturen und Korre-spondenten berichten kaum über den täglichen Beschuss, ihnen ist die Pressekarte für Damaskus of-fenbar wichtiger. Die libanesischen Regierung wiederum ist militä-risch hilflos gegenüber dem Skan-dal, daß mitten im Frieden trotz-dal Waffenstillstand libanesisches Wohngebiete von syrischen Trup-pen und pro-syrischen Milizen und Palästinensern beschossen wer-den. Ex-Präsident Camille Cha-moun hat schon gefordert, die Ar-mee einzusetzen. Aber was kann diese gegen die Syrer oder auch nur die Milizen ausrichten, wo-doch die Bergstellungen und die Bekaa dahinter von den Syrern kontrolliert werden?

Das Leben in den Städten ist gelähmt. „Seit acht Jahren leben wir nun in Krieg und es wird nicht besser“, meint Iles Sayoun. „Wir können ja nicht mal mehr weglaufen in die Berge, die doch sonst unser Schutz waren.“ Sie ist nervös, in der Um-gebung ihres Hauses in Jounieh gingen schon sieben Raketen nie-der.

Das Leben in den Küstenstädten und christlichen Bergdörfern wie auch im mehrfach getroffenen Bil-fays, dem Heimatort der Präsiden-tenfamilie Gemayel, ist sichtbar ge-lähmt. Selbst die Autofahrer rasen wie verrückt über die Küstenstra-ße, wenn der Verkehr es zuläßt. Nach einem Raketen-Einschlag wartet man bis zu zwei Stunden, ehe man die Deckung verläßt und sich wieder ans Steuer setzt. Zu oft kracht die nächste Salve nur eine oder zehn Minuten später, irgendwo.

Chefarzt Fauzi vom Hospital Notre-Dame in Jounieh operiert si-cherheitshalber nur noch im Erd-gechoß und hat alle transportfä-higen Kranken gebeten, nach Hause zu gehen. Grad-Raketen haben schon Straßen und Bäume von dem Krankenhaus aufgerissen, alle Fen-sterscheiben in der Umgebung sind kaputt. „Hier gibt es keinerlei militärische Ziele in der Nähe“, erklärt der Arzt. Der Beschuss sei reiner Terror zur Einschüchterung. In der nächsten Nacht kann die Beschüsse 36 Raketen-Einschlä-ge in vier Stunden.

Der Rachegeist der Syrer reitet auf feuerspeisenden Raketen, ge-liefert von den Sowjets. Die christli-che Bevölkerung in Libanon duckt sich unter den Schlägen, wieder einmal. (SAD)

In Polen steigen die Mietpreise

AP, Warschau

In Polen steigen die Mietpreise. Wie Radio Warschau gestern mel-de-te, hat die Regierung einstuftwei-se Anhebung der Mieten für Woh-nungen vom 1. Oktober an beschlos-sen. Dabei soll der Quadratmeter-preis zunächst auf 4,20 bis 13,20 Zloty und innerhalb der nächsten beiden Jahre weiter aufsteigen bis 22 Zloty steigen. Zur Vermeidung von Härtefällen sollen einkommens-schwache Familien Ausgleichszah-lungen erhalten.

Teurer werden auch die Mieten für gewerblich genutzte Flächen. Hier soll der Quadratmeterpreis auf 50 bis 70 Zloty steigen. Zur Begrün-dung heißt es, daß die Mieten trotz deutlicher Kostensteigerungen seit sieben Jahren unverändert geblie-ben sind. Die Anhebungen seien da-her wirtschaftlich gerechtfertigt.

Evren ebnet Weg für jüngere Generale

Revirements und Beförderungen in der türkischen Militärführung / Was wird aus Saltik?

E. ANTONAROS, Athen

Zum erstenmal seit dem Militär-putsch im September 1980 stehen weitreichende Veränderungen an der Spitze der türkischen Streit-kräfte bevor. General Kenan Evren, Staatschef und Vorsitzender der fünfköpfigen Militärjunta in einer Person, wird voraussichtlich am 1. Juli sein Amt als Oberkommandan-der der Streitkräfte niederlegen und dadurch ein umfassendes und längst fälliges Revirement in den Spitzenpositionen der drei Waffengattungen auslösen.

Evren hatte während einer Rede in Sinop am vorletzten Wochenende seinen Rücktritt angekündigt. „Ich kann diese Aufgaben nicht ewig wahrnehmen. Andere Kol-len, sehr fähige Offiziere, warten darauf, meine Nachfolge anzutre-ten“, hatte er gesagt. Die fünf regie-renden Generale, die seit dem Coup den „Nationalen Sicherheits-rat“ bilden, hatten per Sonderde-kret ihr Verbleiben im aktiven Dienst verlängert und auf diese Weise die Beförderung von jünge-ren Generalen jahrelang blockiert. Im Laufe von internen Beratungen sollen diese dienstjüngeren Offizie-re jetzt den Abtritt der Junta-Mit-glieder von ihren Kommandopos-itionen verlangt haben.

Als Evrens Nachfolger an der Spitze der türkischen Streitkräfte stehen vier Vier-Sterne-Generale zur Diskussion: Sein Junta-Kolle-ga Nurettin Ersin, der die Land-streitkräfte kommandiert und im Ruf eines Falken steht, hat die besse-ren Aussichten gegenüber Gene-ral Necdet Urug, der als Generalse-kretär des „Sicherheitsrates“ zwar kein ordentliches Junta-Mitglied ist, aber über großen Einfluß ver-fügt. Geht der Spitzenposten an Ersin,

Regierungssieg in El Salvador vorausgesagt

AP, San Salvador

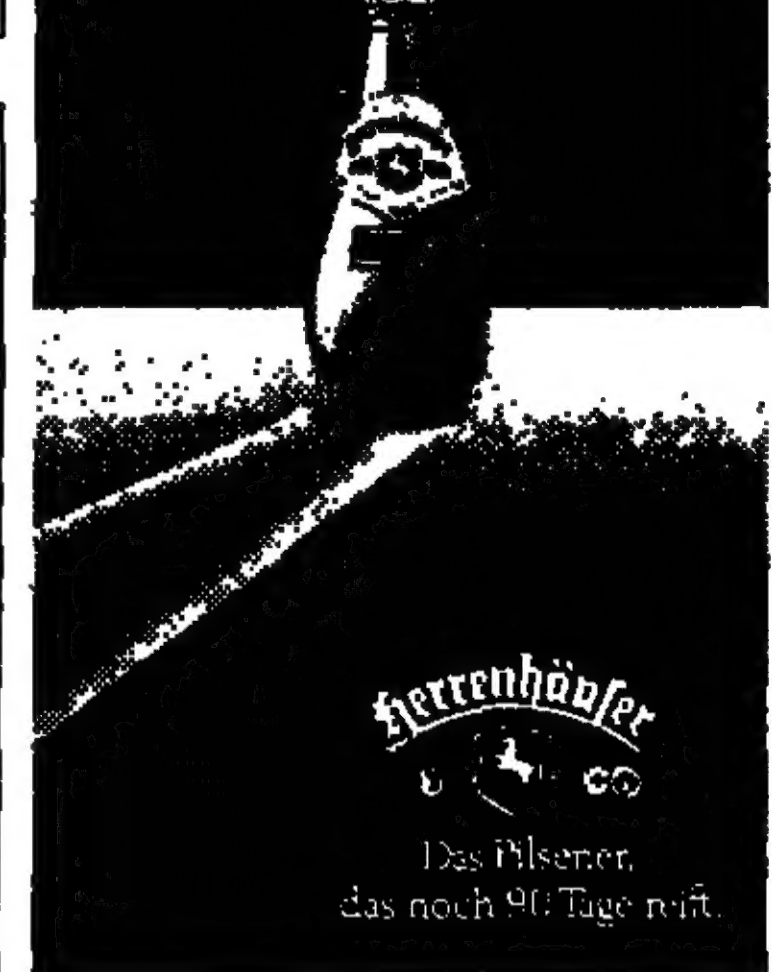
Einen Sieg der Regierungstrup-pen über die linksgerichteten Guer-illas innerhalb der kommenden zwei Jahre in El Salvador hat ein US-Experte für den Fall vorausgesagt, daß die amerikanische Militärhilfe fortgesetzt wird. Der oberste ameri-kanische Militärberater in San Sal-vador, Oberst John Waghelstein, erklärte, die Regierungstruppen hätten gelernt, die Rebellen effek-tiver zu bekämpfen.

Seit Anfang dieses Jahres habe sich die salvadorianische Armee mit ausgedehnten Operationen stärker gegen die Guerrillas durchgesetzt, sagte Waghelstein. Dabei wende sie zunehmend selber Guerrilla-Takti-ken an. Ziel des Vorgehens sei, die Untergrundkämpfer von dichtbe-siedelten Gebieten fernzuhalten.

FDP-Kommission erarbeitet Grundsätze

hey, Bonn

Die 31-köpfige Programmkom-mission der FDP soll sich mit der Erarbeitung eines bisher fehlenden umfassenden Grundsatzpro-gramms für die Partei befassen. In ihm soll eine „grundsätzliche Be-stimmung“ zeitgemäßer liberaler Politik vorgenommen werden. Vor der konstituierenden Sitzung der Programmkommission am 8. Juli hat Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaezler als Vorsitzende betont, Leitgedanken bei der For-mulierung eines liberalen Pro-gramms unter den veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftli-chen Rahmenbedingungen sollten „mehr Markt“, „mehr Selbstbe-stimmung und Eigenverantwortung“ sowie „Entbürokratisie-rung“ sein. In einem Brief an die Kommissionmitglieder meint sie, „ungeachtet der Koalitionskonstel-lation“, gehe es darum, „das unverwechselbare liberale Profil der FDP noch deutlicher und attrakti-“



ver“ zu machen. Anhand der zen-tralen Probleme der 80er Jahre müßten die Freien Demokraten „in der Abgrenzung zu Konservativen und Sozialisten“ Ziele und Lö-sungsvorschläge in den verschie-denen Politikbereichen aufzeigen. So müsse zum Beispiel bei der Sozialpolitik ein umfassendes Re-formkonzept entwickelt werden.

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident Karl Car-stens hat das Kuratorium für die „Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesell-schaft“ in Bonn empfangen. Vor-sitzender der Stiftung ist Douglas Lord Croham, Berater der „Bank of England“, stellvertretender Vorsitzender der früheren deutsche Botschafter Sigismund von Braun. Die Stiftung ist ein deut-sches Staatsgeschenk, das der frü-heren Bundespräsident Gustav Hehmann an Stelle eines Teppichs der englischen Königin machte, als er 1972 nach London reiste. 1973 nahm die Stiftung unter der Schirmherrschaft des Her-zogs von Edinburgh ihre Tätigkeit auf. Sie befaßt sich mit der Organi-sation deutsch-britischer Konfe-renzen und mit der Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbei-ten, die sich unter anderem mit Themen wie Arbeitslosigkeit, La-ge der Stahlindustrie, Arbeitszeit-

EHRUNG

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß wird heute in der Münchner Residenz 61 Bayeri-sche Verdienstorden verliehen. Zu den neuen Trägern des begrenz-ten Ordens zählen Arbeitgeber-Präsident Otto Esser, Siemens-Vorstandsvorsitzender Karl-Heinz Kasek, Dornier-Geschäfts-führer Peter Dornier, der Vizeprä-sident des Europäischen Parla-ments, SPD-MdB Bruno Frie-lich, Schriftsteller Heinz G. Konradt und der Fernsehmoder-ator Gerhard Löwenthal. Nach dem Gesetz darf die Zahl der le-benden Ordensinhaber nicht hö-her als 2000 sein. Ab heute sind es 1870.

ERNENNUNGEN

Die Republik Irak entsendet ei-nen neuen Botschafter in die Bun-desrepublik Deutschland. Es ist Abdul Karim Mohammed Nayim Al-Tal. Bundespräsident Karl Carstens hat dem Botschafter in-zwischen das Agrément erteilt.

* Neuer deutscher Botschafter in der Demokratischen Republik Ma-dagaskar wird Karl-Heinz Rouette. Der Diplomat, Jahrgang 1922, stammt aus Aachen. Er stu-dierte Jura und trat 1953 in den Auswärtigen Dienst ein. Auf Aus-landsposten war er in Valparaiso, in Buenos Aires und Recife. Spä-ter arbeitete er in der Rechtsabtei-lung des Auswärtigen Amtes. Von

GEBURTSTAG

Karl Kunrath, Präsident des Sinoparverbandes der Selbständi-gen, feiert am 4. Juli 60. Geburts-tag. Er war Initiator der Grün-

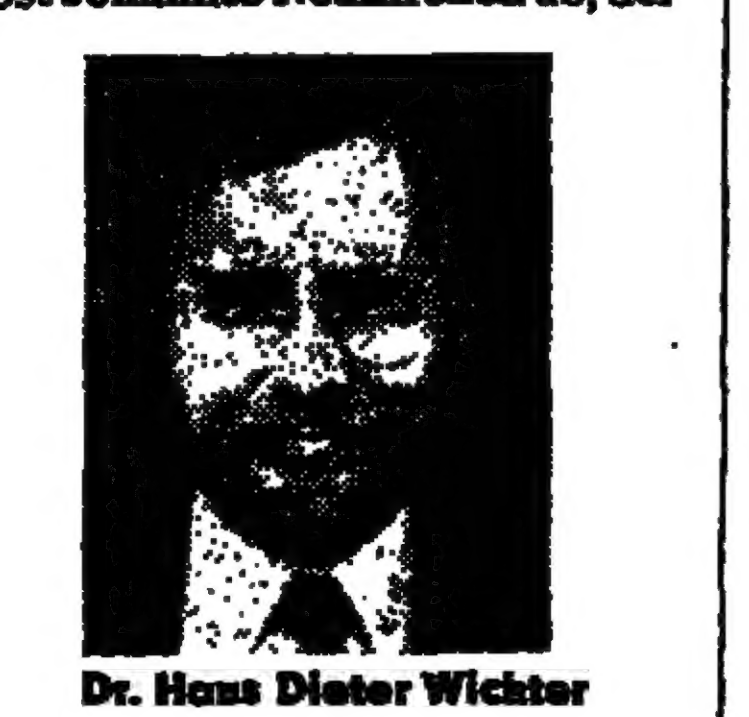
VERANSTALTUNG

Zu einem „europäischen Familienfest“ hat Außenmi-nister Hans-Dietrich Genscher am Mittwochabend in der Nähe von Straßburg ein-laden. EG-Ratspräsident Genscher feierte das Ende der deutschen Präsidentschaft in der EG in dem elsa-sischen Feinschmecker-Lo-cal „Au moulin de la Wanze-lau“. Eingeladen waren die Mitglieder des Europäischen Parla-ments mit Präsident Pi-errot Damiens an der Spitze und die Journalisten in Straßburg. Aus Bonn ließ

1984 bis 1988 leitete er die deutsche Botschaft in Bujumbura, Burun-di. 1972 ging Karl-Heinz Rouette wieder in das Auswärtige Amt, wo er ab 1973 in der Kulturbotschaft tätig war. 1974 bis 1978 war er Botschafter in Monrovia, Liberia, seit 1978 ist er Botschafter in Port of Spain, Trinidad.

LANDESREGIERUNG

Neuer Sprecher in der Landes-vertretung von Rheinland-Pfalz in Bonn ist Dr. Hans Dieter Wichter. Neben seinem Sprecheramt ver-tritt er die Ressorts Verteidigungs-fragen und Wirtschaft. Dr. Wichter löst Johannes Neukirchen ab, der



Dr. Hans Dieter Wichter

sein Sprecheramt fast zehn Jahre ausübte und zum Stellvertreter von Minister Johann Wilhelm Gaddum, dem Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz in Bonn, auftrückte. Dr. Wichter, Jahrgang 1949, in Opladen ge-boren, studierte in Bochum, Mann-heim und Köln Wirtschaftswis-senschaften. 1979 ging er in das Wirtschaftsministerium nach Düsseldorf, wo er sich hauptsäch-lich mit Strukturbeobachtungen befaßte. Am 1. Mai 1983 war er in die Bonner Landesvertretung übergewechselt. Während eines Empfangs hat Johannes Neukir-chen seinen Nachfolger persö-nlich in Bonn vorgestellt und ver-merkt, daß Dr. Wichter „noch viel Rheinischer“ in der Sprache habe. Anpassungsschwierigkeiten sehe er dennoch keine, da die Vor-fahren seines Kollegen Wichter aus dem Hunsrück stammten.



Von links: Uwe Stenke, Karl Theodor Paschke. FOTO: POLYPRESS

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 844, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mist, Müll und Statistik

„Die Belastung der Umwelt“, WELT vom 11. Juni

Statistische Schaubilder können kurz und treffend informieren, sie können aber auch zu großen Fehl-informationen führen, wenn sie falsch ausgelegt werden. In der an-geführten Globusdarstellung hat der Verfasser von der Landwirt-schaft wohl wenig Ahnung, sie ist eine große Fehlinformation.

Ich zeige drei Statistiken, die bei mir zu Gast waren, der Schaubild und die Erklärung zur Bewertung. Ergebnis: Ihr Landwirt müßt ja ganz schlimme Belasten der Um-welt sein, wenn Ihr einen Müllberg von 260 Millionen Tonnen jährlich in der Bundesrepublik erzeugt. Durch solche Zahlen wird dem Landwirt wieder der „Schwarze Peter“ zugeschoben. „Immer wie-der die Landwirte als Belasten der Umwelt“, rauscht es dann durch den Zeitung und Hörfunk. (Ab-fälle) in sogenannten „Goldminen“ hat es belegt – hochwissen-schaftliche Leute.

Sind wir schon soweit, daß der Misthaufen zum Müllberg erklärt wird? – Ich habe mir Gedanken gemacht, wie ist der Globus-Inter-pret wohl zu den 260 Millionen Tonnen Landwirtschaftsabfall ge-kommen? Die Bergbauabfälle mit 67 Millionen Tonnen – Abraumab-fälle waren mir klar, doch landwirt-schaftliche Müllberge? – Meint der Verfasser die leeren Papierschrot-säcke, die verbrannt werden oder durch den Kompost gehen? Alte Landmaschinen, die als Altschrott verschrottet werden? – Der Anteil ist gering. So kann als tonnen-schwerer Belasten nur der Mist vom Bauernhof gemeint sein. Oder wird schon Stroh bei der Getrei-deernte als Abfall gerechnet, oder

Das Vorbild?

„Bildung in USA – Was heißt Zweite kann ohne Problem sein“, WELT vom 21. Juni

Sehr geehrte Herren,

versetzen wir uns einige Jahre zurück in die Zeit, da die bildungs-politische Debatte in der Bundes-republik mehr oder weniger von der Frage um die Einführung der integrierten Gesamtschule be-herrscht war.

Es lief kaum eine Informations-veranstaltung ab, in der die Vertre-ter von SPD und/oder GEW im Rahmen ihrer Argumentation für die integrierte Gesamtschule nicht ein Loblied auf das US-amerika-nische Schulsystem sangen.

In der WELT vom 21. Juni steht nun der oben genannte Bericht über das US-Bildungswesen. Sollten wir befürchten müssen, daß die integrierte Gesamtschule eines Tages in der Bundes-republik zu einem ähnlichen Er-gebnis führen?

Mit freundlichen Grüßen
Paul-Günther Weden,
Vorsitzender,
Eltern für Eltern e.V.,
Hamburg 1

Am Annaberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Carl Gustav Ströhm nimmt in der Ausgabe vom 22. Juni den Be-such des Papstes in Oberschlesien zum Anlaß, auf die Kämpfe um den Annaberg hinzuweisen. Seine abgewogene Darstellung befaßt sich allerdings überwiegend mit dem Schicksal des Herrn Koranyi. Auf diese Weise wird das eklatante Unrecht, daß der deutschen und polnischen Bevölkerung Oberschlesiens zugefügt wurde, nicht deutlich.

Die unter Aufsicht des Völker-bundes durchgeführte Abstimm-ung vom 20. März 1921 brachte mit 59,6 Prozent Stimmen für ein Verbleiben beim Deutschen Reich den Willen der Bevölkerung ein-deutig zum Ausdruck. Der Einfall der polnischen Insurgenten unter Führung Koranyis war aber nicht nur eine chauvinistische Fiktion, sondern verbunden mit Massakern an der Bevölkerung. Die deutschen Freiwilligen-Verbände unter Führung des Generals Höfer drängten – unter Aufsicht eines englischen Militärbevollmächtigten – die In-surgenten schließlich aus Ober-schlesien auf polnisches Territo-rium zurück.

Herbert Hoover, der spätere Prä-sident der USA, damals Chef des Amtes der Lebensmittelverwal-tung der Vereinigten Staaten, war

zu dieser Zeit bemüht, aus Grün-den einer sicheren Kohleversor-gung eine Revision der durch Ver-sailles geschaffenen deutschen Ostgrenze herbeizuführen, ein Vor-haben, das die damalige französi-sche Regierung verhinderte. Statt auf der Basis der Volksabstimm-ung das gerade etablierte Recht der Selbstbestimmung der Völker zu achten, beschloß die Pariser Botschafter-Konferenz im Oktober 1921 die Teilung Oberschlesiens mit dem Verlust des größten Teils der dort angesiedelten Industrie.

In der Innenpolitik Deutsch-lands nach dem Ersten Weltkrieg ist das Unrecht der Teilung Ober-schlesiens nicht nur durch die Na-tionalsozialisten, sondern durch alle anderen Parteien angeprangert worden.

Wenn der polnische Papst Deut-sche und Polen zur Veröhnung aufruft, so kann diese nicht auf der Basis der Annexion Oberschle-siens herbeigeführt werden. Der Annaberg und seine Wirkungen auf die deutsche Bevölkerung nach dem ersten Weltkrieg sollte vielmehr eine Mahnung an alle Beteiligten sein, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu garantieren.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. A. Osthold,
Göttingen

Auch anderswo

„Kühler, Staatsanwälte und Notare stellen sich den Fragen der Bürger“, WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

es war sehr zu begrüßen, daß die Hamburger Justiz „Tage der offe-nen Tür“ durchgeführt hat. Die dort gewählte Form der Selbstdar-stellung ist allerdings nicht so neu, wie der Bericht in der WELT ver-mutlich läßt. Die ersten „Tage der offenen Tür“ haben auch nicht, wie in einem Leserbrief in Ihrer Aus-gabe vom 22. Juni zu lesen ist, 1982 in Alzey stattgefunden. Niedersach-sen ist vorangegangen: 1979 und 1977 Braunschweig, 1973 Wolf-sburg, 1982 Hildesheim und Verden, 1983 Oldenburg.

Es ist erfreulich, wie stark sich der Gedanke durchgesetzt hat. Die-se Klarstellung soll deshalb auch keineswegs den Ruben der zu-Recht auf ihre Justiztage stolzen Hamburger Justiz schmälern. Wenn aber schon nach der Urhe-berschaft geforscht wird, dann sol-len auch die Daten stimmen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Sieg,
Pressestelle, OLG,
Braunschweig

Wort des Tages

„Ein Lächeln ist oft das Wesentliche. Man wird mit einem Lächeln be-lohnt oder belehrt.“

Antoine de Saint-Exupéry, franz. Autor (1900-1944)

BASKENLAND

Nicht zufrieden mit dem gegenwärtigen Stand der Autonomie ist die baskische Regierung. Sie befürchtet, daß die Regierung des Felipe Gonzalez in Madrid ihr die Selbstverwaltung doch nicht in zugesagtem Umfang gewähren will. Trotz dieser Friktionen zwischen Vitoria und Madrid geht der Aufschwung der baskischen Wirtschaft weiter. Von der Stahlindustrie und dem Schiffbau abgesehen, glaubt man auch in der EG mithalten zu können. Daß Europa auch die politischen Träume der Basken wahr werden läßt, dürfte indes eine Vision bleiben.

Zwischen Utopien von gestern und heutigen Zwängen

Von ROLF GÖRTZ

Gegen frustrierenden Separatismus und Selbstbestrebungen in Spanien schlug der Basken und Europäer Salvador de Madariaga einst eine Patentlösung vor, die in abgewandelter Form tatsächlich von manchen baskischen Politikern befolgt wird: der Iberischen Bundesstaat, aufgeteilt in selbständige Regionen.

Die Idee Madariagas läßt sich nicht verwirklichen. Was aber immer wieder in Diskussionen auftaucht, ist ein grenzüberschreitendes Regionalgefüge innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Das heißt unter anderem auch die Zusammenfassung der baskischen Provinzen Spanien und Frankreichs. Da aber das Europa der Bretonen, Walliser, Schotten, Korsen, Katalanen und Basken das der Nationalstaaten in absehbarer Zeit kaum ablösen dürfte und auch die Vereinigten Staaten von Europa noch lange Zeit brauchen, wird die Lösung des Baskenproblems eine inner-spanische Angelegenheit bleiben.

Im Baskenland selbst führten Bombenattentate, Morde und Massenerpressungen inzwischen zu einer Zentrifugalkraft einer tatsächlichen Entwicklung aber steckt der Konservatismus eines Volkstums, der sogar das erhalten will, was sich bereits der Realität entzieht, so etwa die ethnologische Einheit. Er will restaurieren, was zu seinem Besitzstand im Mittelalter gehörte, sich heute aber kaum noch in die Organisationsform eines modernen Staates einpassen läßt. Wenn das Baskenland morgen einen völlig unabhängigen Staat bilden würde, dann würde übermorgen traditionelle Vergangenheit und revolutionäre Utopie unerbittlich aufeinander schlagen.

Erst wenn der Druck im baskischen Kessel durch zwei Erscheinungen der Zeit: Erstens den Industrialisierungsprozeß, der in mehreren Wellen den baskischen Unterraum überschwebte, ihn gewissermaßen auf die Dörfer verbannte. Zweitens, die Ideologisierung, die, begünstigt aus dem Widerstand gegen die Diktatur aus Jugendgruppen von Kircheneinwohner Zellen eines revolutionären Marxismus machte.

Den Industrialisierungsprozeß beschleunigte im Baskenland eine Unternehmerrschicht, die immer auch nach England blickte. Ergänzt wurde sie durch eine geschickte und fleißige Arbeiterschaft. Da die eigenen Arbeitskräfte bald nicht mehr ausreichten, richteten ganze Völkerscharen aus den Armeegebieten Spaniens, aus Andalusien, der Extremadura und Galicien in die rauchenden Städte der Fabrikchemie. Eine Völkerwanderung, die im vergangenen Jahrhundert einsetzte.

Alle diese Elemente, die das Baskenproblem ausmachen und zu denen die Auswirkungen einer weitverbreiteten Industriekrise hinzukommen, auf einen Nenner zu bringen, sie gar zu lösen, wird noch manches Jahr in Anspruch nehmen.

Carlos Garaikoetxea: „Wir Basken werden unsere Identität nicht opfern.“

Zwischen Vitoria, der Landeshauptstadt des Baskenlandes, und Madrid, dem Sitz der Zentralregierung Spaniens, stehen die Zeichen auf Sturm. Landesregierung und Zentralregierung verstehen sich nicht. Jeder will unter dem Begriff „Autonomie“ und der Umwandlung Spaniens in einen „Autonomie-Staat“, wie es die Verfassung vorschreibt.

Der äußere Prozeß der Aufteilung in 17 „Länder“ – um einen Vergleich aus Deutschland zu benutzen – ist mit den Gemeindefürsorge- und Landeswahlen am 8. Mai abgeschlossen worden. Aber die Landesregierung in Vitoria fordert mehr als die Autonomie. Unterstützt von einem Teil der nationalistischen Linken des Baskenlandes verlangt sie für ihre Autonomie den Rahmen eines Staates. Mit anderen Worten: Sie wollen die Selbstständigkeit. Zwischen der sozialistischen Zentralregierung in Madrid und der baskischen Landesregierung laufen in diesen Tagen auf Ministerbene Verhandlungen mit dem Versuch eines Übereinkommens.

Gleichzeitig läuft vor dem Verfassungsgesicht eine Feststellungsklage der Basken über die Gültigkeit des „Gesetzes zur Neuordnung des Autonomiestatus“ (Loapa), wie sie in einem Übereinkommen zwischen Sozialisten und der heute praktisch verschwundenen damaligen Regierungspartei der ersten Legislaturperiode in Madrid, UCD, ausgearbeitet, aber noch nicht verabschiedet wurde.

Im Juli sollen der spanische Ministerpräsident Gonzalez und der Chef der baskischen Landesregierung, Carlos Garaikoetxea, eine Einigung erzielen. Die Ansicht der baskischen Nationalisten in diesem Streit liegt der „Lendakari“ (Landesministerpräsident) in einem Exklusivinterview mit der WELT dar:

Mit dem Anfang waren wir zufrieden. Die baskische Regierung habe vor drei Jahren mit der letzten Etappe der Regierung Suarez in Madrid begonnen. Auf einigen wichtigen Gebieten wie Finanzen, Erziehung, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft erreichten die Basken nach Ansicht Garaikoetxeas etwa „die Hälfte“ von dem, was in dem von Madrid genehmigten Landesstatut der Basken festgelegt war. „Über die Weiterentwicklung, wie sie sich aus dem Loape-Abkommen ergibt, aber sind wir sehr besorgt. Seit die Sozialisten in Madrid an der Regierung sind, gab es nicht ein einziges Übereinkommen für die Weiterentwicklung der Landesregierung.“

Für Carlos Garaikoetxea bedeutet Loape anstelle der versprochenen politischen Autonomie nur eine verwaltungsmäßige Dezentralisierung. Sein Modell ist im Guernika-Statut der Basken festgeschrieben: ein „Autonomiestaat“. Auf deutsche Verhältnisse übertragen, be-

deutet das etwas weniger als ein Bundesland. Tatsächlich aber würde das, was unserer Ideologie und unseren Vorstellungen entspricht, viel besser in einen Staatenbund passen. Wie Garaikoetxea erläutert, entspräche dieses Modell auch mehr der historischen Bindung des baskischen Territoriums an die Krone jener vergangenen Epoche, in der diese eine Art konföderative Monarchie bildete. „Als Demokraten aber sind wir Realisten genug“, um einen Kompromiß anzuerkennen, selbst wenn dieser ein Bundesstaat noch einem Staatenbund entspricht. „Leider aber glauben wir, daß die Zentrale in Madrid sogar diesen Kompromiß von Mal zu Mal bricht.“

Der Lendakari sieht hierin eine Fortsetzung des Schicksals der Basken, die in den Carlisten-Kriegen des vergangenen Jahrhunderts und zuletzt im Bürgerkrieg 1936 bis 1939 ihre frühere Freiheit verloren. Aber das war im Krieg. Jetzt im Frieden hätten wir mehr Großzügigkeit erwartet.

Seit den Gemeindefürsorge- und Landeswahlen vom 8. Mai dieses Jahres ist Spanien, wie es die Verfassung vorsieht, ein Autonomiestaat mit 17 gewählten Landesregierungen. Garaikoetxea nennt diesen Prozeß jedoch ein „Alibi für die Regierung, um den Staatenbund der vier einzigen Nationalitäten, nämlich der katalanisch-spanischen, der katalanischen, der baskischen und – auf einem mehr intellektuellen als politischen Niveau – der galizischen, zu verhindern.“

Der baskische Ministerpräsident meint sogar, daß der Staat der 17 autonomen Gebiete „unmöglich funktionieren kann“, weil man weder über genügend Beamte noch über eine ausreichende wirtschaftliche Planung verfüge. Der Staat der 17 Autonomen entspräche zwar der Verfassungstheorie, nicht aber dem, was der Lendakari, die Praxis der Unterscheidung historischer Nationalitäten mit den übrigen Regionen – so wichtig wie sie auch sein mögen – eben ganz anders als die nationalen Probleme des Baskenlandes zum Beispiel.

Den Vorwurf des Separatismus will der Lendakari so nicht formuliert wissen: „Wenn der Staat (Spanien) dem baskischen Volk die nötigen Instrumente zur Entwicklung seiner nationalen Identität zugestehen würde, dann würden wir mit diesem Staat nicht brechen wollen. Aber wenn der Staat von den Nationalisten verlangt, daß sie ihre nationale Identität opfern, dann machen wir in diesem Spiel nicht mehr mit. Deshalb also unsere Forderungen nach einem Staatenbund.“

Nach Ansicht der baskischen Landesregierung und der nationalistischen Partei PNV bemühe sich die Sozialistische Partei stets nur

darum, sich selbst die letzte Entscheidung vorbehalten – ob auf legislativem oder exekutivem Gebiet. Der Sinn der neuen Loape-Gesetze liegt dieser Ansicht nach einzig in der Kontrolle durch die Zentralmacht. So bliebe die Exklusivität der Länderkompetenzen eine Illusion.

Verwaltung und Planung der großen Häfen gehören in Spanien zu den Kompetenzen des Staates. Einer der wichtigsten Umschlagplätze Spaniens ist der neue „Super-Hafen“ von Bilbao, der wie kaum ein anderer Tiefwasserhafen des europäischen Kontinents geeignet ist, die Fracht von Massengut und Containerschiffen künftiger Größen nach Europas weiterzuleiten – oder von dort kommend – hier zu konzentrieren für die Verschiffung nach Übersee. Wäre dies ein praktisches Beispiel für den Wunsch nach mehr Kompetenzen?



Lendakari des Baskenlandes: Carlos Garaikoetxea

Garaikoetxea: Wir akzeptieren die Regeln der Statuten, wonach der Hafen von Bilbao im Interesse der Allgemeinheit vom Staat verwaltet wird. Wir hätten jedoch lieber gesehen, wenn uns die Verwaltung dieses Hafens übertragen worden wäre – wir hätten die Arbeit im Sinne des Staates wahrgenommen.“

Der Lendakari dringt immer wieder auf sein ursprüngliches Anliegen und nimmt auch dies als ein Beispiel für seine Grundtheorie, die Madrid Politik sei dem Baskenland gegenüber „restriktiv“. Nach Ansicht der baskischen Nationalisten würde es nicht genügen, wenn etwa das Verfassungsgericht in einem Urteil feststellt, das Loape-Gesetz sei juristisch korrekt. Jede juristische Entscheidung dieser Art habe vielmehr auch eine politische Seite. Und politisch gesehen kann deshalb auch ein Urteil des Ver-

sungsgerichtes restriktiv sein, meinte Garaikoetxea. Er würde eine negative Entscheidung des Verfassungsgerichtes als einen „harten Rückschlag“ empfinden.

In diesem Fall würden wir uns gezwungen sehen, politisch noch einmal von vorne anzufangen, um den historischen Kompromiß, den die andere Seite zerbrach, nach unseren nationalistischen Gesichtspunkten neu zu erreichen.“

Unter dem gleichen Gesichtswinkel betrachtet der Lendakari auch Ursprung und Entwicklung des ETA-Terrorismus. Viele Basken hätten nach dem Ende des Franco-Systems nicht an die demokratischen Absichten der Regierung Suarez geglaubt. Etwa 200 von ihnen blieben deshalb auch heute noch bei der Gewalttätigkeit. „Insgesamt dürften es jedoch weit mehr sein, die noch nicht an die Rechtmäßigkeit der Demokratie glauben. Es sei deshalb notwendig glaubhaft nachzuweisen, daß die baskische Regierung tatsächlich auf demokratischem, friedlichem Wege voranschreite.“

„In Wirklichkeit aber stellt sich heraus, daß wir mit dem Statut betrogen wurden und daß man auf halbem Wege stecken blieb.“ Darüber hinaus seien Gesetze erlassen, die nach Ansicht der baskischen Landesministerpräsidenten nur dazu dienen sollten, die Selbstständigkeit seiner Landesregierung „zu neutralisieren“. Direkt oder indirekt bedeute dies eine moralische Unterstützung der Gewalttätigkeit.

Wie stellt sich Garaikoetxea die Befriedung des Baskenlandes vor? Nach dem Lendakari müßte zunächst ein Waffenstillstand mit den Terroristen ausgestellt werden. Zu einem Friedensprogramm gehörte die volle Anerkennung jeder Ideologie im freien Spiel der Kräfte. Ein für beide Seiten annehmbarer Kompromiß müßte außerdem die Zuständigkeit der Landesregierung in Polizeifragen genau festlegen.

Dringender Lösung bedarf, wie Carlos Garaikoetxea feststellt, die Frage: Gehört die Provinz Navarra zum Baskenland? Die Bevölkerung sprach sich mit Mehrheit gegen einen Anschluß aus. Garaikoetxea ist jedoch nicht der Meinung, daß hier bloße Mehrheiten zu gelten hätten – zumal diese seiner Ansicht nach von der Sozialistischen Partei und der spanischen Rechts-„Kunst“ geschaffen worden seien. Viel wichtiger sei, daß ein „qualifizierter Sektor der Bevölkerung den Anschluß wünscht. Das mögen nur 30 Prozent sein, aber diese sind militant und ihrer Sache wesentlich mehr bewußt als die zufällige Mehrheit.“ Der Chef der baskischen Landesregierung, der selbst aus Navarra stammt, will das Resultat demokratischer Abstimmung in diesem Punkt nicht gelten lassen: „Wenn hier nicht eine Einigung auf dem Verhandlungswege gefunden wird,

dann werden wir hier bald ein Uster erleben.“ Seiner Meinung nach verlange die Mehrheit der Jugend eine Vereinigung Navarras mit dem Baskenland.

Als letzten Punkt seines Programms nannte Carlos Garaikoetxea die soziale Wiedereingliederung jener, die als Konsequenz der vergangenen Etappe Freiheitsstraßen abbüßten. „Er meinte offensichtlich die Terroristen der ETA. Das müßte nicht gleich geschehen, aber doch in einer vernünftigen angemessenen Zeit.“

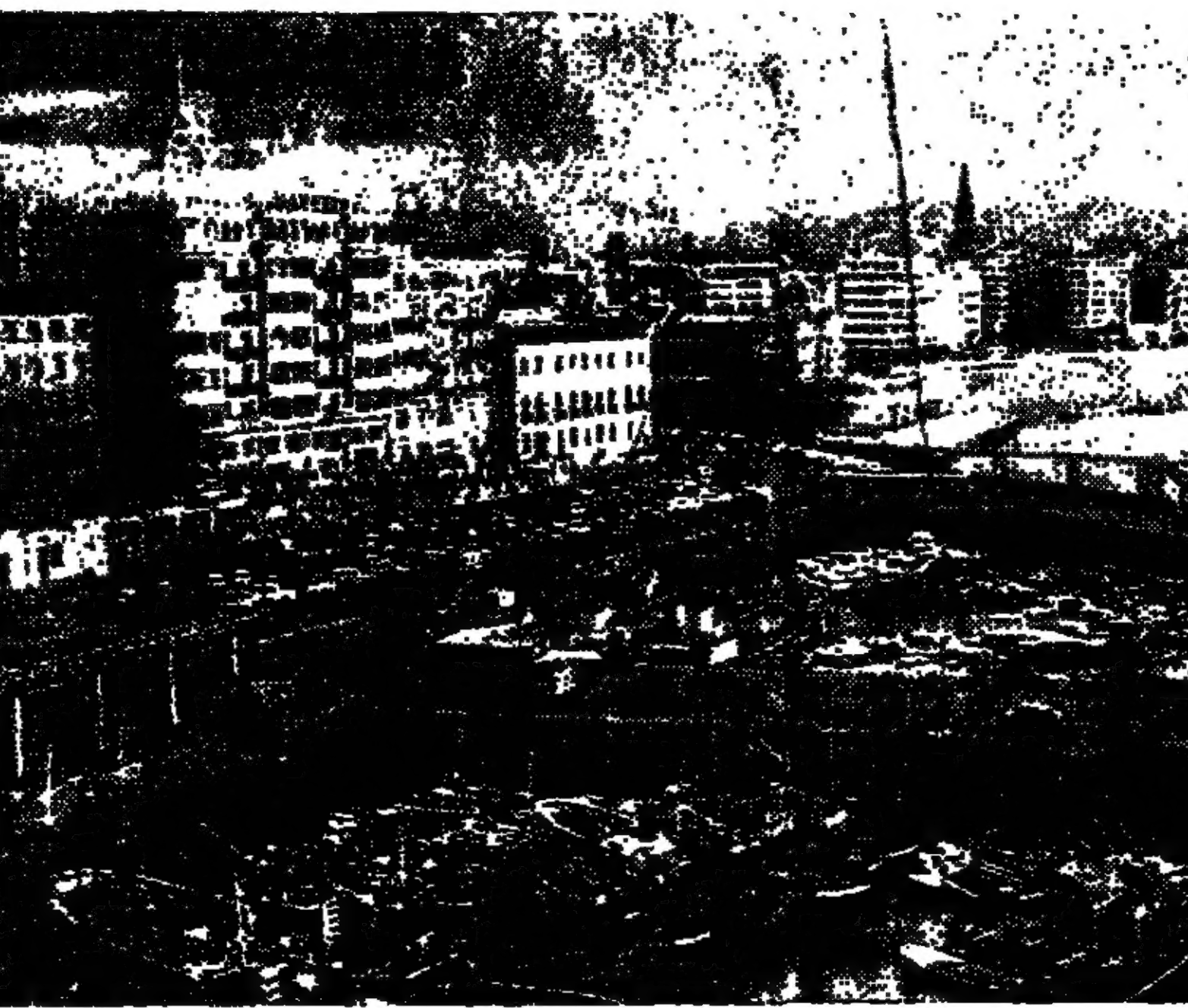
Ein schwieriges Problem bleibt nach wie vor das Kosten der Energieversorgung des Baskenlandes und seiner Industrie um 40 Prozent senken würde. Das Werk wurde kurz vor der Fertigstellung stillgelegt, weil die zuständige Elektrizitätsgesellschaft nicht mehr die Opfer von Terroranschlägen tragen wollte. Unter anderem wurden zwei Chaffage-Netze von der ETA „hingerichtet“.

Garaikoetxea: „Meiner Ansicht nach kann dieses Problem nur mit Hilfe einer Volksabstimmung gelöst werden, weil Gewaltakte auf diese Weise jede Vorstellung einer Legitimation verlieren würden.“ Auch erhält Lemóniz für unbedingt notwendig, weil es keinen anderen Weg zur Energieversorgung gibt. Als Alternative zu einem Referendum böte sich die öffentliche Kontrolle des Kraftwerkes an. „Aber auch dies lehnt die sozialistische Regierung ab.“

Trotz all dieser Schwierigkeiten sieht Carlos Garaikoetxea möglichen Investitionen aus Deutschland positiv entgegen: „Dem Interesse an der Energie, die wir Touristen erleben, die vor drei, vier Jahren auf Grund der Presseberichte erschrocken ausgeblieben waren – sie glaubten, dies sei ein Land, in dem alles drunter und drüber gehe –. Sie kamen dann aber wieder zurück und sagten, es sei eine reine Freude, hier seine Ferien zu verbringen.“

„Unternehmerische Initiative und die Qualität der Arbeitskraft wie hier im Baskenland findet man anderswo selten. Wir haben eine industrielle Tradition und Infrastrukturen, die für jedes Vorhaben voll ausreichen.“ Darüber hinaus gibt es leider einen großen Überschub an Arbeitskräften, auch solchen, die eine ausgezeichnete Berufsausbildung hinter sich haben.

Für den Anschluß an die Automation und Elektronik nannte Garaikoetxea drei Phasen: 1. Die Restrukturierung der Industrie, die sich teilweise in einem desolaten Zustand befindet. 2. Eine Unterstützung der privaten Unternehmerrschicht, wobei für jeden neuen Arbeitsplatz zwischen 400 000 und 800 000 Peseten zugewendet werden. 3. Hilfsmaßnahmen in einem Strukturfolgeprogramm, die auch Forschung und technologische Innovation besonders auf elektronischem Gebiet wirksam fördern sollen. G5.



Das Baskenland hat zwei Gesichter. Eines zeigt eine moderne Stadt, in denen das spanische Element überwiegt. Das andere zeigt das Land, in dem der Basken wie eine Eiche an seinen alten Vorstellungen festhält. Doch bedeutet dies nicht, daß sich in der Stadt kein Wiederhall fände für das Rufen nach größerer Unabhängigkeit. Bei den „spanischen Basken“ der Industriegebiete kommen sozialrevolutionäre Forderungen hinzu. Eine Polyphonie, die auch der Regierung in Vitoria nicht immer wie Musik im Ohre klingt.



TORREMOLINOS

Nun ist die Zeit, in Spanien zu kaufen.

Kleine Studios von 30 m², Kücheneinrichtung, Vollbad, eingerichtete Küche, Kühlschrank.

ab DM 27 000,- sofort bezugsfertig!

LADEC, S.A. Postfach 133

40110 Torremolinos/Granada Tel. 385 33 33 oder 38 33 01

Landhaus/ Mallorca

Herrlicher Blick auf Meer und Berge, großes Wohnzimmer, Kamin, Parkett, 3 Schlafzimmer, 2 Bäder, Küche, Terrassen, sep. Gästewohnung, Telefon, 1100 m². DM 200 000, evtl. Ratenbasis

Kappe, Va VALDEMOSA (Mallorca)

Studio

Stadtstrand Palma, 31 m², Meerblick, Terrasse, Lift, Telefon, DM 19 000.

Kappe VALDEMOSA (Mallorca)

MALLORCA

Colonia de San Jordi

Dort, wo die Sonne noch leuchtend ist, bauen wir Häuser ab 150 000,- DM und Wohnungen ab 50 000,- DM.

Unterzeichnung „Los Estancieros“

P.O. Box 4, Colonia de San Jordi, Telefon 92471515/245

TENERIFFA

moderner Bungalow

3 Schlafzimmer, 2 Bäder, voll möbliert, bester Zustand, Terrasse mit Kamin, Keller und Garage, freier Blick aufs Meer, Puerto, Gebirge, Teide, Grundstück 480 m², Wohnfl. 123 m², 4 km oberhalb Puerto gelegen, geeignet auch als Dauerwohnsitz

290 000,- DM netto

Zuschr. unter M 7671 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 84, 4300 Essen

Einmalige Gelegenheit auf Teneriffa

(Puerto de la Cruz)

Einkaufsgalerie des Hotels „Valle-Mar“

In der kommerziell aktivsten Gegend der Innenstadt. Sie können jetzt die Räumlichkeiten Ihres zukünftigen Geschäfts erwerben.

Puerto de la Cruz, Teneriffa

Tel. 38 33 98/38 34 08, Telex 92 168

Vamar/Avda. Colón, 2

MADRID, Tel. 2 79 09 28, Telex 22 874 Hybar

Infanta Mercedes, 90

CENTRO DE DATOS, S.A.

Ein auf dem Verwaltungs- und Kontenführungssektor spezialisiertes Unternehmen bietet Ihnen seine Dienste an. Wir organisieren, prüfen, verwalten und beraten Sie auf folgenden Gebieten:

Vermögensangelegenheiten

Abwicklung von Geschäften aller Art

Kapitalanlagen

Gemeinschaftsbesitz

Hotels, Restaurants und Cafeterias

PUERTO DE LA CRUZ - Teneriffa

Tel. 38 33 98-38 34 08

Telex 92 168

Vamar Avda. Colón, 2

Madrid - Tel. 2 79 09 28

Telex 22 874 Hybar

Infanta Mercedes, 90

IBIZA FORMENTERA

Grundstücke nach Ihrem Geschmack auf den Inseln Ibiza und Formentera zu den günstigsten Verhältnissen und Mietpreisen.

Wir sind eine Beratungs-

firma, die Sie bei der Auswahl

von Grundstücken nach Ihren

Anforderungen unterstützt.

Sie wissen, was Sie kaufen

und Sie wissen, was Sie verkaufen

Wir helfen Ihnen, Verträge mit

den Eigentümern abzuschließen, und stellen Ihnen unsere Dienste als Ihre

Interessenvertretung bei dem Vertrags-

schluß zur Verfügung.

IBIZA EXCLUSIVE PROPERTIES

Via de Rey, 5

IBIZA / SPANISCH

Tel. 00 34 71-30 54 76

Tagl. v. 10 bis 13, und von 17 bis 21 Uhr

Telefax: 00 34 71 30 54 76

COSTA DEL SOL - MARBELLA

Luxus-Apartments - Carolina-Park

Wohnzimmer, Küche, Bad, 1 und 2 Schlafzimmer ab Peseten 4 578 000,-.

Günstige Finanzierung möglich.

Eigene Swimming-pools, direkter Zugang zum Strand.

Marbella Sierra y Mar, S.A.

General Parafías, 92

MADRID - 6

Telefon 402-26.04

Dr. R. Spangenberg K.G.

Elmenhorster Straße 4

2000 Hamburg 50

Telefon 38 13 98

balearen:

Die schönsten Immobilien.

Z.B. Reihenbungalow (Eckgrundstück), 55 m² Wfl., 400 m² Grundstück, kompl. möbl., 72 000 DM. Reihenbungalow auf Menorca, 200 m² Grundstück, 42 m² Wfl., kompl. möbl., 60 000 DM. Bungalow in Sta. Ponsa, 280 m² Wfl. m. gr. Eckgrundstück, 298 000 DM.

Fordern Sie ausf. Angebotsliste an gegen 4 DM Portoersatz in BfM.

Immob.-Büro Mallorca

Apptto 1411, Palma de Mallorca, Spanien

INDUSTRIEMINISTER ISASTI:

„Gesunder Mittelstand“

DIE WELT: Hat die Autonomie die baskische Industrie gestärkt?

J. C. Isasti: In den drei Jahren der Autonomie haben viele führende Leute aus der Industrie den Weg in die Politik gefunden. Und das hat es ermöglicht, eine Industriepolitik zu konzipieren, die realistisch war und effektiv umgesetzt werden konnte. Für die Rekonstruktion der baskischen Wirtschaft haben wir eine Reihe von Organismen geschaffen. Die wichtigsten sind die für Planung und Entwicklung und diejenige, die sich mit den Energieproblemen befaßt.

Zwei Jahre haben wir uns damit befaßt, diese Struktur auf die Beine zu stellen. Im dritten, dem Jahre 1983, laufen sie selbst und zeigen Erfolge, die unsere Erwartungen übertreffen.

DIE WELT: Was erwarten Sie von dem geplanten EG-Beitritt Spaniens für das Baskenland?

J. C. Isasti: Wir befürworten diesen Schritt. Die Eingliederung Spaniens wird jedoch erhebliche Probleme mit sich bringen, die nur im Laufe mehrerer Jahre gelöst werden können.

DIE WELT: Halten Sie denn die baskische Industrie für konkurrenzfähig?

J. C. Isasti: Das heißt von der Eisen- und Stahlindustrie und vom Schiffbau zu sprechen. Und beide befinden sich in einer schwierigen Lage. Bei der Stahlindustrie wird es in den Verhandlungen darauf ankommen, ausreichende Quota zu bekommen. Und die baskische Regierung befaßt sich schon mit Plänen, um die optimale Größe für unsere Firmen zu finden. Der Schiffbau befindet sich in einer Krise, und es ist die Frage, wer

welche Kompetenzen für Entscheidungen hat, die den Schiffbau betreffen.

Als ausgesprochen konkurrenzfähig sehe ich unseren Mittelstand an, der in den vergangenen Jahren erfolgreich eine Anpassungsphase durchlaufen hat.

DIE WELT: Befürchten Sie für die Schiffindustrie Zusammenschlüsse, um in Europa konkurrenzfähig zu bleiben?



Industrieminister Juan Carlos Isasti

J. C. Isasti: Diese Entscheidung liegt nicht in unseren Händen. Jedenfalls brauchen wir umfangreiche Hilfen, weil die Anlagen zum Teil veraltet sind.

DIE WELT: In welchen Branchen hätten Sie Investitionen aus Deutschland am liebsten?

J. C. Isasti: Unser Hauptanliegen ist es, Produkte verbesserter Qualität herzustellen. Das gilt vor allem für Stahl und Schiffbau. Ein Schwerpunkt liegt auch in der Elektro- und Mikroelektronischen Industrie. Damit bekämen wir generell den Schlüssel für Innovationen in die Hand.

Die Sparkassen sind ihrerseits Bank, deren Interessen doch überwiegend außerhalb des Baskenlandes liegen.

Die Rolle der Cajas hat sich noch verstärkt, weil sie heute die Partner der baskischen industriellen Neulinge sind. Vertrauensvoll wenden sich auch diejenigen an sie, die den Gang zu Großbanken scheuen, weil sie selbst nicht aus dem Kiehl des mittelständischen Unternehmens herauswachsen wollen. Hinzu kommen schließlich die, die eine langfristige Finanzierung für ihren Hausbau suchen.

Die Sparkassen sind ihrerseits

TOURISMUSMINISTER C. BLASCO:

„Humane Infrastruktur“

DIE WELT: Was kann das Baskenland den Touristen bieten im Vergleich zu den Küsten des Mittelmeeres?

Carlos Blasco: Natürlich ist die spanische Mittelmeerküste heute die Attraktion des Tourismus. Aber die Begründer des modernen Tourismus waren Biarritz und San Sebastian im Baskenland. San Sebastian war immerhin faktisch die Winterhauptstadt des spanischen



Minister für Handel und Tourismus Carlos Blasco

Königreiches. Und während der Regierung Franco war es auch die Kapitale im Winter. Und die Herzlichkeit, die San Sebastian während der Belle Epoque um die Jahrhundertwende entfaltete, bietet unser Land heute noch, nicht nur im Winter.

Noch heute ist der Tourismus entlang der ganzen baskischen Küste vom französischen bis zum spanischen Baskenland international. Und das nicht nur, weil die Kaiserin Zita sich hier aufzuhalten pflegte.

Heute registrieren wir natürlich das Phänomen, daß sich der Tou-

rismus demokratisiert hat. Es gibt nicht mehr den Tourismus der hermetisch abgeschlossenen hohen Klassen, wenn es auch noch den herrlichen Palast Real gibt. Heute kommen vor allem Bürger aus den nördlichen Ländern gerne an die baskische Küste, weil sie hier Sonne und ein äußerst angenehmes Klima finden.

DIE WELT: Können Sie sich für den Massentourismus begeistern?

Carlos Blasco: Den gibt es faktisch bei uns nicht. Es kommt eine, ich will es mal so ausdrücken, höhere Mittelschicht aus Frankreich und den nordeuropäischen Ländern. Und ich glaube, das ist auch die Klientel, um die sich das Baskenland bemühen soll. Und diese bevorzugt einen Tourismus, der Tradition hat und nicht improvisieren muß. Dabei denke ich weniger an die Infrastruktur, sondern an die Menschen, denen der Tourist begegnet. Und da fühlt sich unser Besucher in San Sebastian oder in Zarautz immer noch am besten aufgehoben. Denn dort trifft er Leute, die an den Touristen gewöhnt sind. Da findet er eine vorbereitete Mentalität vor.

Diese „humane Infrastruktur“ ist für mich das wichtigste. Da ist nichts, was in letzter Minute hingehängt wurde. Und im Baskenland findet der Gast eine erstklassige Dienstleistung vor und Waren allererster Güte. Und unser Angebot ist das einzige in ganz Spanien, das durch den Massenkonsum nicht zerstört worden ist.

DIE WELT: Welche Auswirkungen hat die schlechte Wirtschaftslage, vor allem die Frankreichs?

Carlos Blasco: Für den Franzosen lohnt sich noch immer der Weg über die Grenze. Es stimmt aber, das Camping erlebt eine neue Blüte.

G. VICO

PALACIO FERIAL / Fenster für die baskische Industrie

Neues in Gegenwart und Zukunft

Die baskische Großindustrie besitzt ihr Ausstellungsfenster anhand ihres renovierten „Palacio Ferial“ (Messepalast). Er ist der Stolz des Volkes, da er eine der hauptsächlichen Kontaktstraßen zum Außen- und zum Innenhandel ist. Jedes Jahr werden hier anhand von Fachveranstaltungen die von der gesamten Industrie erarbeiteten Erzeugnisse nicht nur einheimischen Besuchern aus Spanien sondern auch internationalen Besuchern angeboten.

Unter der eigentlichen baskischen Industrie wäre der Sektor Werkzeugmaschinen hervorzuheben, der 70 Prozent der Produktion des gesamten spanischen Staates, mit einem Gesamtbetrag von etwa 25 000 Millionen Peseten ausmacht, von denen 60 Prozent nach Lateinamerika und in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft exportiert werden.

Die Bedeutung, die die Fachveranstaltung der Werkzeugmaschinenindustrie hat, drückt sich aus in der großen Ausstellungsfäche und in der Zahl der technischen Besucher. Mehr als 53 000 dokumentierten auf der letzten Messe die Bedeutung, die auf internationaler Ebene diesem Sektor industrieller baskischer Erzeugnisse entgegengebracht wird. Hervorgehoben werden müssen die Werkzeuge für

spannabhebende und verformende Metallbearbeitung, Ausrüstungen für Werkzeugmaschinen, Kontroll- und Meßgeräte sowie Maschinen für Metallprüfungen.

In der Tat haben im Messepalast von Bilbao/Bilbao seit seinem Entstehen bis in die heutigen Tage (gemäß historischer Vorgänge fand die erste Ausstellung im Jahre 1834 statt) schon viele internationale Veranstaltungen stattgefunden. Die gewachsene Bedeutung spiegelt sich in der Erweiterung des Palastes zu Beginn des Jahres 1982, mit einem neuen Pavillon von 25 000 m² (heute sind es 112 000 m² mit einer Nutzfläche von etwa 64 Prozent). Dies war erforderlich angesichts der Nachfragen, die ständig seitens der Ausstellerfirmen vorliegen.

Der technische Besucher dieser Veranstaltungen im Messepalast wird mehr und mehr international, da jährlich große internationale Geschäftstransaktionen zustande kommen, die sich im Außenhandel niederschlagen. Die Konkurrenzfähigkeit und die technische Vollendung der Manufakturprodukte sind genügend bewiesen durch die intensiven Beziehungen zum Ausland.

Wenn wir unser Augenmerk auf das Volumen richten, das die baskischen Exporte darstellen, werden wir die großen Anstrengungen

verstehen, die die leitenden Herren des Messepalastes jeden Augenblick unternehmen, um Neues in Gegenwart und Zukunft zu schaffen, damit in der Tat ihr Messepalast wirklich zum Fenster nach außen für die in den Vascongados erzeugten Produkte wird, die die Ausfuhr der Provinz ein Volumen darstellen, das 175 000 Millionen Peseten übersteigt, das sind 16 Prozent der Gesamtausfuhr des spanischen Staates. Diese Angabe ist doppelt bedeutungsvoll, da sie enthüllt, daß der Anteil an den spanischen Exporten sogar über dem Prozentsatz des Anteils des regionalen Bruttoproduktes an dem gesamten Landes liegt und diese Tatsache wird um so bedeutungsvoller, wenn man berücksichtigt, daß über 80 Prozent dieser Exporte Manufakturwaren sind.

All diese Daten lassen uns verstehen, daß seit 1937 bis zu diesen Tagen die Anzahl der Besucher der verschiedenen von der Internationalen Messe von Bilbao veranstalteten Fachausstellungen über sieben Millionen Personen liegt. Und obwohl schwere Zeiten herrschen und die Industrieländer dem starken Schlag der Krise standzuhalten haben, ist anzunehmen, daß für diejenigen, die vorbereitet sind, die Zukunft günstiger ist.

G. DEANO

Auf einen Blick

Das baskische Volk, etwa 1,3 Millionen Menschen, lebt in vier spanischen und drei französischen Provinzen an den Westpyrenäen. Nach Sprache und Kultur sind die Basken das einzige Volk der Iberischen Halbinsel, das die Invasion der Kelten, Römer und Germanen überstand. Die Basken sind ein nichtindogermanischer Volksstamm, der sich bis ins 19. Jahrhundert eine relative Selbstständigkeit erhalten konnte.

In Spanien versteht man unter dem Baskenland die Provinzen Vizcaya, Guipúzcoa, Alava und Navarra. Die autonome Sonderrechte (fueros) der Provinz Vizcaya sind bereits in Aufzeichnungen aus dem Jahre 1342 niedergelegt. Endgültig beseitigt wurden die fueros der Basken-Provinzen durch die Diktator General Franco nach dem spanischen Bürgerkrieg 1936-1939. Zur politischen Einheit nach dem neuen spanischen Autonomiestatut gehören zu Euzkadi (Baskenland) nur die drei Provinzen Vizcaya, Guipúzcoa und Alava.

Nachdem die neue spanische Verfassung, die Autonomie für alle Nationalitäten und Regionen vorsieht, am 29. 12. 1978 in Kraft getreten war, wurden auch im Baskenland provisorische Autonomiebehörden gebildet, die ein entsprechendes Regionalstatut ausarbeiten und Wahlen für ein Regionalparlament vorbereiten sollten. Am 25. 10. 1979 wurde das baskische Autonomiestatut mit 90,28 Prozent Ja-Stimmen von den Wählern gebilligt.

Am 9. März 1980 wurde das erste Parlament des Baskenlandes gewählt. Stimmberechtigt waren ca. 1,5 Millionen Bürger. Die Wahlbeteiligung war mit 58,2 Prozent sehr gering. Von den insgesamt 60 Abgeordneten (jede Provinz stellt unabhängig von der Bevölkerungszahl 20 Sitze) entfielen auf die Baskische Nationalistische Partei (PNV) 25 Sitze, den Separatistischen Wahlbund Herri Batasuna 11 Sitze, die baskischen Sozialisten 9 Sitze, die damals in Madrid regierende Zentrumsumion (UCD) 6 Sit-

ze, ebenfalls die Euzkadito Ekerria, die Volksallianz, 2 Sitze und die Kommunisten 1 Sitz.

Ministerpräsident wurde Carlos Garaikoetxea (PNV).

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Das Baskenland wird nach unten durch Spanien vertreten:

Spanische Botschaft, Schloßstr. 4, 53 Bonn 1, Tel. 21 70 94.

Anteilige Spanische Handelskammer für Deutschland, Schumannstr. 83, 6 Frankfurt 1, Tel. 63 80 31.

Spanisches Fremdenverkehrsamt, Bethmannstr. 50-54, 6 Frankfurt 1, Tel. 28 57 60.

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Calle Fortuny 8, Madrid 4, Tel. 4 19 91 00.

Generalkonsulat, Plaza d. l. Alfrances Provisionales 1, Bilbao, Tel. 4 24 24 65.

Banken – Stütze des Mittelstandes

Die bedeutende Funktion, die den privaten Banken des Baskenlandes zukommt, ist hinlänglich bekannt. Überrascht wird man jedoch, untersucht man die Rolle der örtlichen Sparkassen für das Wirtschaftsleben der Region.

Sie sind die Stützen der mittelständischen Industrie. Und der Grund dafür liegt darin, daß die Bürger großes Vertrauen in ihre Sparkassen haben, die hier „Cajas de Ahorro“ genannt werden. Sie sind der Überzeugung, daß die örtliche Kontrolle ungleich größer ist als etwa in Filialen jeder anderen

Bank, deren Interessen doch überwiegend außerhalb des Baskenlandes liegen.

Die Rolle der Cajas hat sich noch verstärkt, weil sie heute die Partner der baskischen industriellen Neulinge sind. Vertrauensvoll wenden sich auch diejenigen an sie, die den Gang zu Großbanken scheuen, weil sie selbst nicht aus dem Kiehl des mittelständischen Unternehmens herauswachsen wollen. Hinzu kommen schließlich die, die eine langfristige Finanzierung für ihren Hausbau suchen.

Die Sparkassen sind ihrerseits

zuversichtlich, mit den Banken konkurrieren zu können, weil der Anteil der kurzfristigen Anlagen langsam abnimmt und nunmehr nur noch 65 Prozent aller Kredite ausmacht. Der Rest sind Hypotheken und Industriekredite.

Im Baskenland sind einige Versuche unternommen worden, den Spielraum der Cajas zu erweitern. Diese Sparkasseninstitute verfügen über hohes Eigenkapital, was sie zu guten Konditionen aufgestockt haben. Dies erlaubt ihnen die Vergabe von Krediten zu günstigen Bedingungen.

Zur gleichen Zeit erlaubt die Gesetzgebung den Cajas auch die Kreditvergabe für bestimmte Sektoren öffentlicher Wirtschaftstätigkeit, um der industriellen Aktivität unter die Arme zu greifen und um dadurch Arbeitsplätze für einige der Arbeitslosen zu beschaffen.

Die Cajas sind auch daran interessiert, ihre Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland zu intensivieren. Noch gibt es da Beschränkungen durch die Spanische Nationalbank. Was die Cajas gleichwohl versuchen, ist ihre Bemühungen bei Großprojekten zu koordinieren.

DON'T FORGET IT

BILBAO SAVINGS BANK



CAJA DE AHORRO MUNICIPAL DE BILBAO
BILBAO SAVINGS BANK

Gran Vía, 23-BILBAO-1 (Spain) Telex 37520-3869 IBAC E Cable CABLEBANK

Sie wohnen in

SPANIEN

und wollen in der WELT inserieren?

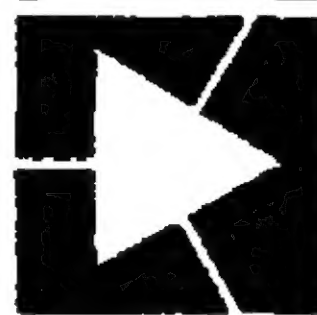
Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

Juan A. González
c/Antonio Casero, 30-1º
Madrid-30
Tel.: 2 74 36 67

Gründe für den Einschluss vom baskischen Land in ihre Expansionsprojekte.

- Komplette Infrastruktur, mit drei Flughäfen, einem Supertankerhafen und Autobahnen, die mit dem europäischen Autobahnnetz verbunden sind.
- Hochqualifizierte Arbeitskräfte
- Hilfsindustrie
- Wichtiger potentieller Markt
- Wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung von der baskischen Regierung, gerichtlichen Abordnungen und der Gesellschaft für Promotion und industriellen Umbau (Sociedad para la Promoción y Reconversión Industrial):
 - Investitionsdarlehen
 - Subventionen zur Förderung der Investition
 - Beschäftigungssubventionen
- Programme für technologische Änderung.
- SOFAD (Sociedad de Fusiones, Adquisiciones y Desarrollo de Empresas, S. A.-Gesellschaft zur Verschmelzung, Beschaffung und Entwicklung von Unternehmen AG-durch die Gesellschaft für Promotion und industriellen Umbau-Sociedad para la Promoción y Reconversión Industrial-gefördert).

Auskunft:



SOCIEDAD PARA LA PROMOCION Y RECONVERSION INDUSTRIAL, S.A.
Licenciado Poza, 15-5º
BILBAO 11 (Spanien)
Telefon (94) 4446850
Telex 31 047 sprm

BILBAO (SPANIEN)
Die Stadt der technischen Fachmessen

AMBIENTE

Internationale Anlagenmesse (Gerade jahren)

ELA-ELEKTRO

Internationale Fachmesse der Elektroindustrie, Elektronik, Betriebsautomatisierung und der Beleuchtung (Ungerade jahren)

EXMA

Internationale Förderungs- und Transportmesse (Instandhaltung) (Gerade jahren)

FERROFORMA

Internationale Messe der Eisenhandlung, Schlosserei, Handwerkzeugen, Schraubartikel und des Hausrates (Gerade jahren)

INTERARK

Innenausbau (Gerade jahren)

PROMA

Internationale Umweltschutz-Messe (Gerade jahren)

SIDEROMETALURGICA

Internationale Einzeldarstellungsmesse der Eisenmetallindustrie (Ungerade jahren)

SINAVAL

Internationale Messe der Schiffbau-, See- und Hafenindustrie (Ungerade jahren)

SPANISCHE BIENNALE DER WERKZEUGMASCHINE

Internationales Markt (Gerade jahren)

SUBCONTRATACION

Unterlieferanten-messe (Ungerade jahren)

TRASMET

Internationale Fachmesse der Giesserei, Schmiede, Walzung, Schweißung und Oberflächenbehandlung (Ungerade jahren)

FERIA INTERNACIONAL DE BILBAO

Postfach 468 - Telex 32417
Fernruf: (94) 441 54 00 - (Spanien)

Immobilien: Neuer Schwung fürs zweite Heim

Eines der wichtigsten Gebiete, das Spanien für die Investition in Immobilien bietet, ist ohne Zweifel die Costa del Sol, und das sind gleich drei Zonen, die sich deutlich als grundlegend abzeichnen, nämlich Torremolinos, Benalmadena und Groß-Marbella.

Zu Beginn der Demokratie in Spanien waren gewisse Bewegungen im Immobilienhandel von rückwärtiger Art zu verzeichnen, die nicht allein auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen waren, sondern auf etwas, was die Furcht vor dem Unbekannten genannt wurde, die Unsicherheit, was die Demokratie Spanien bringen könnte.

Die Besitzer von Immobilien sowie die Unternehmen oder Gesellschaften, die in der Branche investiert hatten, fürchteten, daß der enorme Aufschwung, den der spanische Fremdenverkehr erfahren hatte, mit der Demokratie in sich zusammenstürzen auf Grund gewisser „gefürchter Kontroll- und

Steuermaßnahmen“ in Bezug auf Kapital und Besitz, welche die aufeinanderfolgenden, jeweils an der Macht befindlichen Regierungen ausüben würden.

Die Sorgen verstärkten sich noch, wenn man daran dachte, daß die zentrale Verwaltung eines Tages von einer Regierung oder von Regierungen revolutionärer Ideologien gelenkt werden könnte. Das waren Faktoren, die zu mangelndem Vertrauen in die Zukunft des Fremdenverkehrs verleitet. Und bald begannen einige Ausländer ihr zweites Heim zu umgarnen, günstigen Preisen zu veräußern.

Nachdem aber festgestellt wurde, daß auch die sozialistische Regierung mit der Tendenz eines „Eurosozialismus“ großes Verständnis für das zeigt, was eine Gesellschaft des freien Marktes und der Initiativen bedeutet, und nachdem auch andere Befürchtungen der Unsicherheit auf dem Gebiet der inneren Ordnung beseitigt waren, die man im Prinzip in der

ganzen Welt hegte, können wir doch glauben, daß die Neuförderung des Immobiliensektors vor allem an der Costa del Sol bereits eine feststehende Tatsache ist. Auch weil die große Familie der Jet-Society und die vermögenden Araber-Scheichs wieder damit beginnen, große Investitionen zu tätigen. Keine jener anfänglichen Befürchtungen hatte die nötige Grundlage. Man glaubt erneut an die Zone, an Marbella und Spanien.

Das Gebiet wird von einem Tourismus hohen Niveaus besucht, und es besteht die Absicht, es unübersehbar zu machen. Persönlichkeiten aus aller Welt finden dort ihr Stelldichein, sei es, um ein paar Tage der Muße des Urlaubs nachzugehen, oder sei es, wie so oft, um über Geschäftsabschlüsse zu verhandeln.

Neue und herrliche Touristenunternehmungen beginnen wieder Form anzunehmen. In der Zone befinden sich einige der besten Sportstätten:

Puerto Banus, Puerto Cabo Pino, Puerto Principe, und alle sind geeignet, eine große Anzahl sportlicher Wasserfahrzeuge und solche größeren Tiefgangs aufzunehmen.

Nicht zu vergessen ist, daß der Süden unserer Halbinsel einen hohen Durchschnitt an Sonnenstunden bietet – für jene, die gerne die Strahlen der Sonne genießen in den jeweils ersehnten Ferien.

All dies findet seinen Niederschlag in einer Neubelebung von Angebot und Nachfrage, und gerade durch die vorgenannten Gründe kann der Geldanleger oder der etwaige Käufer eines zweiten Heims noch ausgezeichnete Gelegenheiten finden und zuweilen zu Freisen unter dem eigentlichen Kostenwert.

Auf der anderen Seite bewirkt der Umrechnungskurs der Mark hinsichtlich der Peseta, daß mit einem geringen D-Mark-Betrag und bei einer fast stetigen Abwertung der Peseta in kleinen Prozentsätzen alles gefunden werden kann

von der Heimstätte für den einzelnen Anleger bis zu einem etwaigen touristischen Großgeschäft für Investitionsunternehmen.

Mit Marbella kann sich noch kein Platz des Baskenlandes messen. Unüberwindlich sind die Trümpe der Mittelmeersonne und der vorhandenen ausgefeilten Infrastruktur. Wer aber in die Zukunft denkt, dem ist zumeist auch die Vergangenheit präsent. Und derjenige wird sich erinnern, daß es ein baskischer Ort war, der einst den Adel und die Reichen in seinen Bann zog: San Sebastian. Selbst das nahe französische Biarritz konnte dieser touristischen Perle nicht den Rang ablaufen.

Diese Zeiten sind vorbei. Aber immer mehr erinnern sich daran. Und je stabiler sich die Region im spanischen Gefüge etabliert, desto zahlreicher kehren auch die Touristen zurück. Noch ist San Sebastian an der Immobilienbörse kein Geheimtipp. Aber es könnte einer werden.

ROBERTO GONZALES

KOMMUNIKATION / International mit Iberia

Autobahnen zur Luft

Das Baskenland ist das am besten mit Autobahnen ausgestattete Gebiet Spaniens. So ist die Anbindung an Frankreich optimal, die Verbindung zu Madrid ist noch nicht durchgehend Autobahn. Finanzprobleme erschweren die Fertigstellung. Besser ist dagegen die Verbindung zu Katalonien.

Die Erschließung des Landes mit Autobahnen erscheint auch deswegen nicht vordringlich, weil ein engmaschiges Netz von Flugverbindungen die Städte des Baskenlandes mit der spanischen Metropole Madrid, mit den übrigen Städten Spaniens aber auch mit wichtigen Zielen im Ausland verbindet. Es gibt sogar eine direkte Verbindung zwischen Frankfurt und Bilbao.

Der Flugverkehr, konkret der Iberia, zeichnet sich durch große Pünktlichkeit aus. Ein moderner Flugzeugpark gewährleistet die Einhaltung der Flugpläne, will man nun von Vitoria, San Sebastian oder Bilbao starten. Mit der Gesellschaft Iberia, die der staatli-

chen Holdinggesellschaft INI gehört, hat das Baskenland eine Fluggesellschaft als internationale Anbindung, die zu den erfahrensten im Flugverkehr der Welt gehört. Die andere Fluggesellschaft, an der die INI die Aktienmehrheit hat, ist die Aviaco. Daneben gibt es in Spanien eine Reihe von Privatfirmen, die im Chartergeschäft engagiert sind.

Für beide Gesellschaften der INI war das Bilanzjahr 1982 aus finanzieller Sicht weniger erfolgreich. Da sie ihren Schuldendienst überwiegend in US-Dollars zu bewältigen haben, hat die Schwäche der Peseta zu erheblichen Verlusten geführt.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wird an einen gemeinsamen Flugzeugpool gedacht. Eine Fusion ist nicht geplant, auch Abstriche an Leistung, Zuverlässigkeit und Service scheiden aus.

BASKENLAND Redaktion: H.-H. Holzner, Bonn Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Anzeige

Das Baskenland

Ein Volk auf der Suche nach seiner Selbstregierung

Im Baskenland, in der eigenen Sprache Euzkalerria oder Euskadi genannt, lebt ein Volk, das sich in verschiedenen Regionen niedergelassen hat, die alle über eine ausgeprägte Persönlichkeit verfügen und heute zu zwei Staaten gehören: Spanien und Frankreich. Nördlich der natürlichen Grenze, die zu einem großen Teil dem Flußverlauf des Rio Bidasoa folgt, befinden sich die Regionen Laburdi, Zuberoa und Benabarra. Im Süden wird Euskadi von vier Regionen gebildet, Alava, Güipúzcoa, Vizcaya und Navarra, die im Scheitelpunkt der Iberischen Halbinsel gelegen sind, wo die Pyrenäen enden, und das Kantabrische Meer, das seine Küsten badet, bildet einen weiträumigen Winkel mit dem Namen Golf von Vizcaya, eben der Bezeichnung für eine seiner historischen Regionen.

Auf Grund der politischen Entwicklung in den letzten Jahren bilden diese vier Regionen gegenwärtig zwei politisch getrennte autonome Gemeinschaften, die jedoch durch Bande der gemeinsamen Geschichte, der Identität und des Gefühls geeint sind.

Die autonome Gemeinschaft des Baskenlands bilden gegenwärtig die drei historischen Territorien Alava, Güipúzcoa und Vizcaya; das Autonomiestatut, seine grundlegende institutionelle Norm, sieht jedoch die eventuelle Integration Navarras vor, wenn sie dem Wunsch seiner Bevölkerung entspricht.

Eben dieses Autonomiestatut, das im Referendum vom 25. Oktober 1979 vom baskischen Volk angenommen wurde, hat ihm die Selbstregierung und die gesetzgeberische Gewalt verliehen, die vom baskischen Parlament ausgeübt wird, und damit dem sehnlichen Wunsch des Volkes dieser alten europäischen Nation entsprochen, deren politische Hauptstadt sich in Vitoria-Gasteiz befindet.

Die baskische Regierung, die vom Lehendakari oder Präsidenten Carlos Garaikoetxea geführt wird, ist das höchste Exekutivorgan und hat die Aufgabe, alle ihr von der Zentralregierung übertragenen und im Autonomiestatut zusammengefaßten Kompetenzen zu verwalten und mit Inhalt auszustatten. In diesem Sinne kann die baskische Regierung in Bereichen tätig werden, die sich von Landwirtschaft, Viehzucht und Fischereiwesen über alles, was mit der Welt der Kultur zusammenhängt, bis zur Förderung, Entwicklung und Planung der wirtschaftlichen Aktivitäten erstrecken und auch Außenhandel, Industrie, öffentliche Bauvorhaben, Eisenbahnen etc. einschließen.

Das baskische Parlament ist das Organ, das die gesetzgeberische Gewalt ausübt, den Haushalt der Gemeinschaft genehmigt und die Amtsführung der baskischen Regierung anregt und sie kontrolliert; gleichermaßen obliegen ihm gesetzgeberische Initiativen in denjenigen Bereichen, in denen die baskische Regierung über Kompetenzen verfügt.

Andererseits verfügt Euskadi über sein eigenes Finanzwesen, das ihm als wirksames Mittel zur angemessenen Ausübung und Finanzierung seiner Kompetenzen gereicht. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung des Finanzwesens von Euskadi spielt in diesem Zusammenhang die „Steuervereinbarung“, die noch auf das traditionelle Gemeinderecht des Landes zurückgeht und als System dient, nach dem die Beziehungen steuerlicher Art zwischen dem Zentralstaat und Euskadi geregelt werden.

Die „Steuervereinbarung“, ein Aspekt von besonderer Bedeutung für die autonome Entwicklung Euskadis, sieht unter anderem vor, daß die Forderung, Verwaltung, Erhebung, Einziehung und Überwachung jeglicher Steuer innerhalb jedes historischen baskischen Territoriums über die jeweiligen Provinzabteilungen, vollzogen wird (die über eigene Regierungsstrukturen verfügen und in ihrem Rahmen mit wichtigen Kompetenzen ausgestattet sind); im Steueranteilegesetz sind die Abgaben festgelegt, die Euskadi als Beitrag für alle staatlichen Aufgaben, die nicht von der autonomen Gemeinschaft wahrgenommen werden, an den Zentralstaat abführt.

Mit der vor drei Jahren begonnenen historischen Etappe hat der Selbstregierungs-wille des baskischen Volkes, der im Verlauf der Jahrhunderte nicht erlahmt ist, neue Kraft gewonnen. Das baskische Volk hat sich jahrhundertlang selbst regiert. Eine eigentümliche und traditionelle Form der Demokratie, nämlich die „Juntas Generales“, auf denen sich Vertreter von Gemeinden und Städten zum Ziel der Gesetzgebung versammelten, bildete die Regierung der Gemeinschaft. Als Symbol dieser Bruderschaft der Völker für ihre Selbstregierung ist weltweit der Baum von Gernika bekannt, in dessen Schatten sich die „Junteros“, die Mitglieder der „Junta General“, versammelten, die sich in ihren Entscheidungen um das Gemeinwohl und die Freiheit von jeglichen Unterjochungsversuchen bemühten. Im Königreich von Navarra erreichten die baskischen Territorien ihren höchsten Ausdruck an politischer Souveränität.

Ein Volk mit eigener Identität

Euskadi ist eine Nation, die über eine eigene Kultur und Sprache verfügt, welche ihr ihre Identität vermitteln. Das Euskara, die Sprache Euskadis, ist trotz aller Angriffe, denen es von allen Seiten ausgesetzt war, lebendig geblieben. Die Landkarte Europas ist in sprachlicher Hinsicht bei drei Anlässen ausgelöscht worden. Die indoeuropäische Invasion brachte die ursprünglichen Sprachen des primitiven Europa zum Verschwinden. Später bemächtigte sich eine der indoeuropäischen Sprachen, das Latein, der übrigen und begleitete damit die Siege des Römischen Imperiums. Im 11. Jahrhundert unserer Zeitrechnung wird die Sprachkarte erneut ausgelöscht, um den romanischen Sprachen Raum zu geben. In diesem ganzen Prozeß ist das Euskara, die indoeuropäische Sprache, die älter ist als die indoeuropäische Invasion, lebendig geblieben. In diesem Sinne besitzt das baskische Volk eine der bewundernswerte-

sten kulturellen Kostbarkeiten. Die Bewohner des Landes waren sich immer dieser Identität und der sprachlichen Unterscheidung gegenüber ihrer Umgebung bewußt und bezeichneten sich wegen dieses kulturellen Merkmals als „Euskal Herria“, was wörtlich bedeutet „Volk, das Euskara oder Baskisch spricht“.

Ist uns der Ursprung des Euskara unbekannt, so wissen wir ebenfalls nichts über die Herkunft der ersten Einwohner des Landes und können nur aussagen, daß der Baske von nirgendwo gekommen ist, um sich in diesem Land niederzulassen. Die erste uns vorliegende Angabe über die Geschichte unseres Volkes geht auf die vorgeschundenen prähistorischen Reste zurück, die auf den „Achelense“ im frühen Paläolithikum vor 200 000 Jahren verweisen. Jahrtausende später begann sich der Cromagnon-Mensch, der unsere Höhlen bewohnte, bis hin zu den anthropologischen Merkmalen des heutigen Basken zu entwickeln, der sich nicht außerhalb des Landes, sondern im Verlauf der Jahrhunderte innerhalb dieser Region herausbildete.

Sport

Auch den Sportarten, die es pflegt, hat das baskische Volk seinen höchstwertigen Stempel der Identität aufgedrückt; sie beruhen sowohl auf Eigentümlichkeiten des Charakters – Einigkeit, Kraft, Geschicklichkeit – als auch auf anderen, der täglichen Arbeit entnommenen. So finden wir Sportarten vor wie das Steinheben, das Ochsenziehen oder die „Sokatira“, die Mannschaften, die an einem Tau ziehen, und andere, die uns vom Charakter der ländlichen Gesellschaft Euskadis künden. Daneben gibt es andere, die aus der Arbeit selbst entstanden sind, wie die Bootsregatten, deren Ursprung die Notwendigkeit darstellte, früher als andere zum Hafen zu gelangen, um den gefangenen Fisch zu einem guten Preis zu verkaufen. Baumstämme und Getreidemähen sind ebenfalls vor allem im ländlichen Bereich beliebte Sportarten und bieten wie alle anderen Sportarten Gelegenheit, Wetten auszutauschen – ein wahrer Nationalsport der Basken.



Steinheben, ein baskischer Nationalsport

Einen besonderen Stellenwert nimmt das baskische Ballspiel ein, dessen eine Spezialität, das auch als „jai-alai“ bekannte „cesta-punta“, die Grenzen des Baskenlandes überschritten und schließlich in der ganzen Welt Verbreitung gefunden hat. Das Ballspiel ist ein tief verwurzelter Sport im Baskenland, und es gibt keinen Ort, so klein er auch sein mag, der nicht über seine Ballspielwand verfügte oder doch zumindest eine glatte Wand nutzte, um seinem Lieblingssport nachzugehen.

Ist der Sport in Euskadi wichtig, so nimmt die Gastronomie, die sich im Baskenland zu einem Ritual entwickelt hat, keinen geringeren Rang ein. Die baskische Küche wird nicht nur von Einheimischen, sondern auch von Fremden als eine der besten der Welt anerkannt.

Gastronomie und Weine

Der baskischen Küche gebührt der Rang einer Kunst wegen der Güte ihrer Produkte und vor allem, weil sie es meisterhaft versteht, unterschiedlichen Geschmack zu respektieren und in anderen Fällen zu kombinieren. Die baskische Küche ist gleichermaßen reichhaltig an Produkten und an Geschmacksrichtungen. Sie umfaßt eine Vielzahl von Gerichten, angefangen bei den sehr beliebten Gemüsen über Wild bis zu jeglicher Art von Fisch und Muscheln. Was Weine anbelangt, so ist die außergewöhnliche Qualität derer von La Rioja Alavesa zu rühmen, die bevorzugte Tischweine darstellen. Als ein Beispiel für seine Qualität mag man in Erinnerung rufen, daß die Rioja Alavesa im Jahre 1982 über sechs Millionen Flaschen exportiert hat. Abgesehen von den Weinen der Rioja Alavesa ist auch der Txakoli hervorzuheben, der nur in geringfügigen Mengen erzeugt wird; er wird aus Trauben gewonnen, die in Gebieten mit wenig Sonne am Meeresufer reifen und sich daher eine besondere Herbitheit aneignen, die ihn vorzüglich zu Muscheln und Meeresprodukten genießen lassen. Schließlich ist die aus Apfelsaft gewonnene „Sidra“ ein beliebtes Getränk in Euskadi. Euskadi besitzt große Küchenchefs von internationaler Anerkennung, die aus der baskischen Küche einen Ort der Begegnung zwischen der Tradition und der Erprobung neuer Formeln und Zubereitungsweisen

Anzeige



Baskische Gastronomie

gemacht haben. In diesem Sinne bildet die Bewegung der „neuen baskischen Küche“ eine Strömung, die das Traditionelle in Richtung auf erlesenere Formen weiterentwickelt, ohne daß sie dadurch ihrer eigenen Persönlichkeit verlustig ginge.

Das Baskenland, ein industriell fortgeschrittenes Land

Aber Euskadi ist – außer einem Volk, das um seine Identität, seine Sprache und seine Anerkennung als Nation kämpft – ein unternehmerisches, entschlossenes und beharrliches Land, das sich durch die Initiative seiner Männer zu einem Land des kräftigen industriellen Aufschwungs entwickelt hat und gemeinsam mit Katalonien die industrielle Avantgarde des spanischen Staates bildet. Besonders die Hüttenindustrie und die Sonderstähle sind bedeutend und lassen Euskadi eine Spitzenposition im spanischen Staat einnehmen. Diese Industrie befindet sich im wesentlichen in Vizcaya, wo Unternehmen wie „Altos Hornos de Vizcaya“, „Babcock Wilcox“ usw. ansässig sind sowie die großen Stahlwerke, die vor allem Sonderstähle herstellen.

Herrschen in Vizcaya die Großunternehmen vor allem der Schwerindustrie vor, so in Güipúzcoa und Alava mit wenigen Ausnahmen die Klein- und Mittelbetriebe, die Unternehmen bilden, in denen sich auf Grund des Charakters des Basken der Unternehmer mit dem Arbeiter verwechseln läßt.

Die industrielle Kraft Euskadis beruht auf der qualifizierten Arbeitskraft. In diesem Zusammenhang hat die Spezialisierung in der Produktion eine große Anzahl von Arbeitern aus anderen Regionen des spanischen Staats nach Euskadi gebracht, wo sie sich im Laufe der Jahre niedergelassen haben.

Von den 2 134 967 Einwohnern, die Euskadi 1981 hatte, gehörten 39% zur erwerbstätigen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang hat die Wirtschaftskrise, die auf Weltweite vor ungefähr sechs Jahren durch den Anstieg der Erdölpreise eingetreten ist, auch Euskadi betroffen; dennoch ist auf Grund der Bemühungen der autonomen Regierung nach und nach eine Besserung zu verzeichnen – ein positives Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,5% –, die gekennzeichnet war durch neue Investitionen und ein Ende des Wachstums der Arbeitslosigkeit.

Ein großer Teil der industriellen Produktion Euskadis wird in andere Länder exportiert. Im Jahre 1980 machten Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie 36% der Gesamtausfuhr aus, gefolgt von elektrischen Geräten mit 20% und Gummi und Plastik mit 13%; auf der Importseite bestanden die Einfuhren Euskadis zu 48% aus Rohstoffen und zu 15% aus Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie. Unter den Exportunternehmen belegen die Herstellerwerke von Werkzeugmaschinen einen hervorragenden Rang, die für 92% der Ausfuhr des spanischen Staats in diesem Sektor aufkommen.

In Bezug auf den spezifischen Fall der amerikanischen Länder ist festzustellen, daß sich – nach dem logischen Schwergewicht auf dem Handel mit den Ländern der EG – die Ausfuhr baskischer Erzeugnisse nach Amerika auf etwa 25% des Gesamtexports beläuft. Die Vereinigten Staaten sind der drittgrößte Kunde Euskadis, Mexiko der siebte und Venezuela der achte, und ihnen folgen mit geringem Abstand mehrere südamerikanische Länder. Die Einfuhren aus amerikanischen Ländern sind ebenfalls bedeutend und machen nach den letzten Daten für 1981 einen Betrag von annähernd 45 000 Millionen Pesetas aus.

Euskadi ist heute nach wie vor eine wirtschaftlich entwickelte Region, die gegenwärtig im Blickpunkt bedeutender Investitionsentscheidungen multinationalen Charakters steht.



Baskische Industrie

Überraschende Reiselust

In London: Es gibt eine Menge anderer Anzeichen dafür, daß sich die Konjunktur eines Landes erholt, als die Statistik über steigende Konsumausgaben, Industrieproduktion oder Auftragsbestände. In Großbritannien etwa hat plötzlich wieder eine Reiselust ins Ausland eingesetzt, wie sie in den letzten Jahren nicht mehr festgestellt wurde.

Nachdem bereits im vergangenen Jahr die britischen Reiseveranstalter einen Anstieg der Urlaubs-Flugreisen vermeldeten, hat jetzt die Zivilluftfahrt-Behörde des Landes eine Zunahme der Ferienflüge gegenüber 1982 um immerhin 12,3 Prozent verbucht.

Während 1982 rund sieben Millionen "package holidays", wie sie in Großbritannien genannt werden, von den Flugreise-Veranstaltern angeboten wurden, sind es in diesem Jahr fast eine Million mehr. Daß sie auch an den Mann gebracht werden, darüber besteht bei den Gesellschaften keinerlei Zweifel.

Es liegt auf der Hand: Die Briten, die einen Arbeitsplatz haben, sind bei einer Inflationsrate von gegenwärtig nur 3,7 Prozent und Einkommenssteigerungen, die durchschnittlich etwa das Doppelte dieses Satzes betragen, plötzlich sehr fröhlich. Eine Entwicklung, die ihnen erheblich beunruhigt. So mit könnte auch der nächste Sommerurlaubverkauf einmal wieder viele Wünsche offen lassen.

Textile Wünsche

Kein Wunder, daß Regierungschefin Thatcher und die Leitung des Industrieverbandes CBI in diesen Tagen grundsätzlich von einander unter Hinweis auf die durchschnittlich nur zwei bis dreiprozentigen Lohn- und Gehaltssteigerungen in Deutschland und Japan die Anhebungen im eigenen Land drastisch zu reduzieren.

Textile Wünsche

hat - Der deutsche Textileinzelhandel sieht vorerst keine nachhaltigen Anzeichen einer Konjunkturbesserung, die in seinen Häusern die Umsätze steigen läßt. 1982 war für diese Branche das schlechteste Jahr seit der Währungsreform, und auch 1983 verspricht nicht viel besser zu werden, von einigen prägnanten Ausnahmen abgesehen. Keine Abhilfe verspricht man sich von einer Erhöhung der Einkommen, eher dürfte eine Verminderung der Sparquote zu Umsatz- und damit auch zu Ertragssteigerungen führen. Dabei ist das Verbraucherverhalten durchaus unterschiedlich. Von der älteren Generation wird zwar relativ wenig gekauft, aber bei konservativer Grundhaltung sehr gezielt. Jüngere Verbraucher dagegen bevorzugen modische Artikel, wobei die Kaufkraft in den letzten Monaten abbrechen kann. Das aber zwingt den Handel zu kurzfristigen, drastischen Preisreduzierungen. Eine Entwicklung, die ihn erheblich beunruhigt. So mit könnte auch der nächste Sommerurlaubverkauf einmal wieder viele Wünsche offen lassen.

Absage an Stabilisierung

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienischen Wähler haben die Forderungen der christlichen Demokraten und der Unternehmern nach mehr Stabilität in der Lohn- und Exportpolitik nicht honoriert. Mit dem völlig unerwartet starken Stimmenverlust der christlich-demokratischen Partei und dem, wenn auch nur leichten, Vormarsch der Sozialisten verliert die Stabilisierungspolitik, wie sie in den letzten Monaten trotz scharfer Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition von Zentralbank und Schatzamt vorangetrieben wurde, ihre Grundlage. Die Warnungen vor permissiven Lohnabschlüssen, die der christlich-demokratische Schatzminister Giovanni Goria noch in den letzten Tagen des Wahlkampfes ausgesprochen hatte, haben jetzt keine Chance mehr, ein Echo bei den Gewerkschaften zu finden. In Frage gestellt ist auch die Stabilisierung des Haushalts mit den drastischen Abschnitten auf der Ausgabe-Seite, die das christlich-demokratische Wahlprogramm ins Auge gefaßt hatte, um die Inflation von jetzt 16 Prozent bis zum Ende kommenden Jahres zu halbieren.

Diese "schnelle Fahrt" aus der Inflation, die von den christlichen Demokraten den Wählern als einziger Weg zur Verhinderung neuer Anpassungsabwertungen und Krisen der Zahlungsbilanz empfohlen wurde, hat jetzt keine Chance mehr, in einer Koalition die politische Mehrheit zu finden. Dasselbe gilt von der Revision des Index-Mechanismus der gleitenden Lohnskala, die die Wünsche von christlichen Demokraten, Zentralbank und Unternehmern, die Bewegungen dieser Index-Automatik von heute drei auf sechs oder gar zwölf Monate zu verlängern und damit die inflationsbeschleunigende Wirkung der Lohnskala zu vermindern, haben vor der Furcht der Wähler und der Linksparteien kapitulieren müssen, daß eine solche "Reform" die reale Kaufkraft der Lohnabhängigen bescheiden könnte.

Die Hoffnungen der Arbeitgeber in eine Regierung, die mit mehr Autorität als die vorangegangene Ordnung und Stabilität in die Wirtschaft bringt, sind jetzt ebenso zerstoben wie die Erwartungen in eine arbeitgeberfreundlichere Neufassung des Lohnkostenabkommens vom 22. Januar dieses Jahres. Wie sehr sich die Ausgangslage für die Gewerkschaften verschlechtert haben, werden vermutlich bereits die Verhandlungen der Sozialpartner der Metallindu-

strie erweisen, die mit Schlichtung des amtierenden christlich-demokratischen Arbeitsministers Vincenzo Scotti, nach fast zweiwöchiger Unterbrechung am Donnerstag dieser Woche wiederaufgenommen werden.

So wie in diesem Fall, in dem die Unternehmer darauf spekuliert hatten, nach den Wahlen mit einer gestärkten christlich-demokratischen Partei im Rücken ihre Vorstellungen leichter durchsetzen zu können als vorher, werden die Arbeitgeber in den nächsten Monaten auch bei anderen lohnpolitischen Gelegenheiten auf liebgewordene Unterstützung verzichten müssen. Unternehmerische Zugeständnisse, auch in der Frage der Arbeitslosigkeit, werden unter diesen Umständen wohl kaum zu vermeiden sein.

Trotzdem wird auch die von den Sozialisten angestrebte "langsame Fahrt" aus der Inflation, das heißt ohne die drastischen Lohn- und Gehaltssteigerungen, nicht ohne Abschnitte bleiben. Zwar ist jetzt mit rigorosen etat- und kreditpolitischen Maßnahmen ebensoviel mehr zu rechnen wie mit lohnpolitischer Strenge. Das Vorrücken der republikanischen und der liberalen Partei läßt aber erwarten, daß es an Gegenwärtigen gegenüber den sozialistischen Vorstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch in Zukunft nicht fehlen wird.

Dieses Gegenwärtige wird sich vor allem in der Budgetpolitik bemerkbar machen, in der sich die beiden Parteien von jeher für einen Abbau des Defizits einsetzen. Dafür zeigen die Republikaner Bedenkenpunkte mit den Sozialisten in der Betonung staatlicher Investitionen in der Wirtschaft: Das wird denn wohl auch das Terrain werden, auf dem die neue Koalition ihren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit Nachdruck führen wird.

Alles in allem wird die künftige Koalition mit Sicherheit stärker wachstumsorientiert sein, als es die christlichen Demokraten gerne gewünscht hätten. Dafür besteht Aussicht, daß unter dem wachen Auge der republikanischen und liberalen Parteien der Anteil des Staatsdefizits am Bruttoinlandsprodukt zumindest nicht noch größer wird als bisher. Für die christlich-demokratischen Koalitionsverhältnisse sicher das Äußerste, was in Krisenzeiten erwartet werden kann.

VEREINIGTE STAATEN

Außenhandelsdefizit steigt auf 70 Milliarden Dollar

H.A. SIEBERT, Washington

Das höchste monatliche Handelsdefizit in ihrer Geschichte haben die USA im Mai erwirtschaftet. Es überstieg 6,9 Milliarden Dollar und lag damit um rund 400 Millionen Dollar über dem bisherigen im August 1982 erzielten Rekordpassivsaldo. Gegenüber April erhöht sich die Einfuhr um 8,7 Prozent auf nahezu 22,5 Milliarden Dollar, was auf das stark beschleunigte wirtschaftliche Wachstumstempo zurückzuführen ist. Der harte Dollar wiederum bremste die Exporte. Sie sanken um 3,2 Prozent auf rund 15,6 Milliarden Dollar.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres schnitt das US-Handelsdefizit auf 22,3 Milliarden Dollar, verglichen mit 13 Milliarden Dollar in der gleichen Zeitspanne 1982. Wegen des sich deutlich verstärkenden Importesorgs hat das Handelsministerium in Washing-

ton seine Defizitvorhersage für das Gesamtjahr 1983 wieder heraufgesetzt. Es kann jetzt an 70 Milliarden Dollar heranreichen, nach 42,7 Milliarden Dollar (d) im vergangenen Jahr. Das Minus in der amerikanischen Leistungsbilanz wird nach wie vor auf 20 (1982: 2,7) Milliarden Dollar veranschlagt.

Die im Mai auf täglich 748 000 (April: 597 000) Tonne gestiegenen Mineralöleinfuhren spiegeln den kräftigen Konjunkturaufschwung wider. Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich die Ölrechnung von drei auf mehr als 4,5 Milliarden Dollar. Im Handel mit verarbeiteten Erzeugnissen stieg das US-Defizit gleichzeitig von 2,9 auf 3,6 Milliarden Dollar, während der Überschuss im Agrargeschäft von 1,3 auf 1,1 Milliarden Dollar zurückging. Im Warenverkehr mit der EC erhöhte sich Amerikas Passivsaldo von 24 auf 96, mit der Bundesrepublik fiel er von 269 auf 282 Millionen Dollar.

ARBED-SAARSTAHL / Strenge Sanierungsaufgaben - Weitere Entlassungen?

Bund und Saarland gewähren eine Überbrückungshilfe von 180 Millionen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Arbed-Saarstahl erhält eine weitere Überbrückungshilfe von 180 Millionen Mark. Das Bundeskabinett in Bonn hat gestern beschlossen, weitere Mittel bis zu 90 Millionen bereitstellen, sofern das Saarland einen gleich hohen Betrag leistet. Ministerpräsident Zeyer kündigte gestern einen entsprechenden Nachtragshaushalt an. Bedingung: Das Unternehmen muß bis Mitte Oktober ein neues Anpassungsprogramm vorlegen. Masseneinstellungen gelten als wahrscheinlich.

Die Situation bei Arbed-Saarstahl hat sich in letzter Zeit zuspitzt. Der saarländische Ministerpräsident Werner Zeyer berichtete, er sei von den Angaben der Geschäftsführung "überrascht" worden. Im April sei der finanzielle Mehrbedarf gegenüber den Plänen, die Ende vergangenen Jahres zu der Überbrückungshilfe geführt hatten, auf elf Millionen Mark veranschlagt worden. Mitte Juni sei von 160 Millionen die Rede gewesen.

Die Bundesregierung "sieht mit großer Sorge", wie es im Kabinettschluß heißt, "daß wesentliche Grundlagen ihrer bisherigen Beschlüsse über Hilfsmaßnahmen für Arbed-Saarstahl nicht realisiert wurden". Vor allem habe Arbed Luxemburg den zugesagten Finanzierungsbeitrag (die Muttergesellschaft wollte 100 Millionen an Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen) nicht geleistet. Arbed Luxemburg habe ferner ihre Eigentümerverschuldungen im Weiterverarbeitungssektor nicht erfüllt, so daß Mittel von Arbed-Saarstahl aufgewendet werden mußten. Vor Journalisten bezifferte Zeyer die Kredit-Höhe auf 53,1 Millionen Mark.

Dem Unternehmen sei es über-

dies nicht gelungen, die Arbeitskosten wie geplant zu senken. Vereinbart wurde im Dezember, daß 5000 Beschäftigte kurzarbeiten sollten. Zeyer bezifferte die tatsächliche Zahl für den vergangenen Monat auf 2500.

Bund und Land mußten rasch handeln, um eine Illiquidität zu vermeiden. Bei Arbed habe allein für Juli ein Finanzbedarf von 30 Millionen Mark bestanden. Aus der im Dezember für 1983 zugesagten Hilfe von insgesamt 380 Millionen seien bisher nur 63 Millionen nicht abgezogen.

Im vergangenen Jahr hatte allein der Bund Arbed-Saarstahl mit 369 Millionen Mark unter die Arme gegriffen.

Die erneute Hilfe knüpft die Bundesregierung an folgende Voraussetzung:

Das Unternehmen legt bis Mitte Oktober ein Anpassungsprogramm vor, aus dem die Rationalisierungsmaßnahmen ergeben. Um einen gesunden Kern des Unternehmens mit gesicherten Arbeitsplätzen erhalten zu können, müssen auch Veränderungen des Produktionsprogramms und Kooperationen mit anderen Unternehmen einbezogen werden und dür-

fen Stillelegungen ganzer Betriebsteile nicht ausgeschlossen werden."

Vor allem müssen die Arbeitskosten rasch gesenkt werden. Der Bund solle die von dem Unternehmen am 26. Juni in einem Schreiben an Zeyer auch "durch Masseneinstellungen vorgesehene Anpassung des Belegschaftsstandes an die Marktgegebenheiten so schnell wie möglich, spätestens aber während des Jahres 1984 erreicht werden."

Bis Mitte Oktober müssen die Eigentümer, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen, die Belastungen und Risiken für Arbed-Saarstahl aus dem Weiterverarbeitungssektor beseitigen.

Der Bundesregierung sei, wie Regierungssprecher Peter Bönisch betonte, die Entscheidung nicht leicht gefallen. Ministerpräsident Zeyer betonte, "die historische Hypothek", die sich aus den Trennungen von Deutschland ergeben haben, 36 Prozent der Beschäftigten im Saarland seien nach wie vor in der Montanindustrie tätig.

Ein Präzedenzfall für andere Stahlfirmen sei dieser Beschluß nicht, betonte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums. Im Kabinettschluß hatte Wirtschaftsminister Lambsdorff noch einmal begründet, daß die Bundesregierung kein Umstrukturierungskonzept für die deutsche Stahlindustrie vorlegen werde. Er zeigte dabei Verständnis für die Schwierigkeiten der Firmen bei den Fusions- und Kooperationsverhandlungen.

US-KONJUNKTUR

Präsident Reagan sagt ein höheres Wachstum voraus

H.A. SIEBERT, Washington

Zum zweitenmal in den vergangenen drei Monaten hat die Reagan-Administration die Wachstumsprognosen nach oben revidiert. Wie der Präsident in Washington erklärte, wird Amerika im dritten Quartal 1983 und im vierten Quartal 1982 und 1983 real um 5,5 Prozent zunehmen. Im letzten Jahr schrumpfte die Wirtschaft der Vereinigten Staaten um 1,7 Prozent.

Das Wachstumstempo ist erheblich höher, als das Weiße Haus im Januar (3,1) und im April (4,7 Prozent) voraussagte. Dennoch ist der Konjunkturaufschwung schwächer als nach den anderen Rezessionen seit 1945, als das durchschnittliche Plus an sieben Prozent heranreichte. Reagan versprach, die gestiegene Industrieproduktion (sieben Prozent seit November), die steile Zunahme der Baugenehmigungen (71 Prozent seit Mai 1982) sowie die kräftige Aus-

weitung der persönlichen Einkommen und Endverkäufe.

Schon jetzt steht fest, daß die US-Wirtschaft im zweiten Quartal 1983 um mehr als die angestrebte 6,6 Prozent gewachsen ist. Vermutlich betrug die Rate acht bis zehn Prozent. Als Konjunkturturbo wirken die auf vier Prozent gedrückte Inflationsrate, die gesunkenen Zinsen und die Rekordhaushaltsdefizite. Die Beschleunigung bringt hier kaum Erleichterung.

Reagan warnte noch einmal den Kongress. Eine undisziplinierte Ausgabenwirtschaft des Staates und höhere Steuern bedrohten den Aufschwung, sagte er. Die Budgetresolution der Legislative wird von ihm nicht akzeptiert; gegen unbillige Etatzuweisungen will er sein Veto einlegen. In Kraft tritt heute die dritte Einkommensteuersenkung - diesmal um zehn Prozent. Damit sind die US-Bürger seit Oktober 1981 um 25 Prozent entlastet worden.

WIRTSCHAFTSLAGE

Konjunktur-Impulse vom Export kaum zu erwarten

svd/pa/WVD, Bonn

Die Konjunktur tritt derzeit auf der Stelle. Die Unternehmen revidieren ihre Erwartungen von Monat zu Monat leicht nach unten. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste, im Mai durchgeführte Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Geschäftslage nur unwesentlich gebessert. Jedoch wird die Situation vielfach noch als ungünstig bezeichnet. Die Auftragseingänge haben zugenommen, doch gelten die Auftragsbestände nach wie vor überwiegend als zu klein. Nach den Produktionsplänen erscheint es zweifelhaft, ob sich die kräftige Produktionsbelebung der letzten Monate fortsetzt.

Der deutsche Export wird im weiteren Jahresverlauf nur langsam zunehmen und damit keinen nennenswerten Beitrag zur Besserung der Konjunktur leisten. Im Jahresdurchschnitt 1983 wird sie

bestenfalls das Vorjahresergebnis erreichen. So beurteilt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, die Exportaussichten der Bundesrepublik in den kommenden Monaten. Im Zuge der allmählichen Konjunkturverbesserung in wichtigen Industrielandern werde aber auch die Auslandsnachfrage nach deutschen Waren wieder zunehmen.

Zur nachhaltigen Förderung von Wachstum und Beschäftigung in der Bundesrepublik ist nach Ansicht des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, eine Neuorientierung dringend geboten. In einer aktuellen Studie raten die Forscher zu Maßnahmen, die mehr Freiraum schaffen und zum Teil erst mittelfristig wirken könnten. Sie gehen davon aus, daß das Bruttoinlandsprodukt 1983 um 0,5 und 1984 um zwei Prozent steigen werde. Nach der jüngsten Erholung, auf schmale Basis" rechnen die Kieler Experten für die nächste Zeit, "eher mit abnehmenden Impulsen".

BUNDESHAUSHALT 1984

Der Etat geht jetzt auf den Weg durch das Parlament

HEINZ HECK, Bonn

Die Regierungsentwürfe des Bundeshaushalts 1984 und der umfangreichen Begleitgesetze gehen jetzt auf den parlamentarischen Hürdenlauf. Gleich nach der Sommerpause veranlaßt der Bundestag am 2. September eine Sonder-sitzung über die Begleitgesetze, damit sein Votum hierzu noch rechtzeitig in die Beratungen des Bundestags eingeht, die zum Gesamtpaket mit der ersten Lesung vom 7. bis 9. September beginnen.

Der Haushaltsausschuß und die übrigen zuständigen Bundestagsausschüsse haben für ihre Detailberatungen knapp drei Monate Zeit. In der Woche ab 5. Dezember sind die abschließenden Beratungen (Zweite und Dritte Lesung) im Bundestag vorgesehen. Der Bundesrat hat den Haushalt für den 7. Oktober auf seine Tagesordnung gesetzt, und der abschließende zweite Durchgang ist für den 16. Dezember geplant. Das Schicksal der Nation kann also trotz der durch die Bundestagswahl am 6. März mit Verspätung einsetzenden Ressortberatungen pünktlich vor Jahresbeginn in Kraft treten.

Die Bundesregierung hat dem 94er Haushaltsentwurf und der mittelfristigen Finanzplanung (bis 1997) zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Eckwerte neu berechnet. Finanzminister Stoltenberg hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß man bei einem der größten Einzelrisiken im Haushalt, der Arbeitslosigkeit, die ungünstigsten Annahmen eingesetzt hat, nachdem in den Vor-

jahren gerade hier im Haushaltsvollzug regelmäßig Nachforderungen in Höhe mehrerer Milliarden erforderlich wurden.

Dem 94er Haushalt liegt eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 4,49 Millionen zugrunde, die in den drei Folgejahren den Eckwert zufolge nur geringfügig auf 2,4 Millionen (1987) zurückgeht. Das reale Wirtschaftswachstum wird für 1984 mit 2,5 (nominal 5,7) Prozent und für die drei Folgejahre jeweils mit 2,6 (6,0) Prozent angenommen. Für den Anstieg der Bruttoin- und gehaltssumme werden nach bescheidenen 1,7 und vier Prozent in diesem und im kommenden Jahr für die drei Folgejahre immerhin 5,4 Prozent erwartet.

Für die weitere Entwicklung der Rentenfinanzen ist entscheidend wichtig, ob sich diese Annahmen bestätigen. Die Rentenversicherungsträger stehen vor allem 1984 vor großen Liquiditätsschwierigkeiten. Die mit dem 94er Haushaltsentwurf beschlossenen Kürzungen setzen daher zu einem wesentlichen Teil bei diesen Ausgaben an.

Vor allem Innenminister Zimmermann wurden vom Kabinettschwierige Hausaufgaben erteilt. Er wurde beauftragt, bis zum 1. Januar 1984 im Einvernehmen mit dem Finanzminister zu prüfen, "wie das Problem der Teilzeitarbeit im Beamtenbereich geregelt werden kann" und "die Neuregelung der Beihilfeschritte bis zum 1. Oktober 1983 zu veranlassen".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Alles schon angeschafft?

Von je 100 Arbeitnehmerfamilien mit mittlerem Einkommen besaßen Ende 1982:

Kühlschrank 100	Wäschmaschine 98
Fahrrad 96	Telefon 90
Pkw 85	Farbfernseher 82
EL-Nähmaschine 74	Cassett-Rekorder 69
Schreibmaschine 69	Gefrierschrank 66
Bohrmaschine 44	Steno-Anlage 37
Tontandgerät 32	Geschirrspülmaschine 30
Filmkamera 24	Bügelmaschine 19
Video-Rekorder 6	

Die Ausstattung der deutschen Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern ist beachtlich. Manches, wie Kühlschrank und Fernsehgerät, ist schon seit Jahren eine Selbstverständlichkeit, andere Dinge sind es in letzter Zeit geworden. Auffallend ist, daß sich bereits in sechs von 100 Haushalten ein Video-Rekorder befindet. Sie wurden erst 1982 in die Statistik aufgenommen.

Klöckner und Krupp

kämpfen um Wuppermann

Düsseldorf (J.G.) - In aller Kürze will die Krupp Stahl AG entscheiden, ob sie das Angebot der NRW-Landesregierung annehmen - mit Staatsbürgerschaften der von Krupp nur mit Schulden zu finanzierenden Erwerb des Leverkusener Walzstahlherstellers Wuppermann GmbH zu versuchen. Kauf-Konkurrenz ist der Duisburger Klöckner-Stahlkonzern, der in NRW immerhin 8000 Arbeitsplätze hat und für den Wuppermann-Kauf eine Bürger-schaft will. Von Klöckner wird der hier versuchte Mißbrauch des Bürger-schaftsinstrumentes durch die SPD-Landesregierung als ordnungspolitische Sündenfall erster Ordnung kritisiert.

Mehrwertsteuer beim Pkw

Bonn (DW) - Die Umsatzsteuererhöhung am 1. Juli 1983 von 13 auf 14 Prozent hat auch Auswirkungen beim Autokauf. Ob allerdings der Käufer eines Fahrzeuges den hängigen Prozentpunkt bezahlen muß, hängt von der Vereinbarung ab, die im Kaufvertrag getroffen wurden. Darauf weist das Zentrum des Kauf-KG-Gewerbes (ZKG) in Bonn hin. Es ist zum Beispiel der Kaufvertrag vor dem 1. Juli 1983 abgeschlossen worden mit einer Lieferfrist von mehr als vier Monaten, muß der Preis auf der Basis von 14 Prozent bezahlt werden. Ist dagegen die Lieferfrist kürzer, kommt es auf den Wortlaut des Kaufvertrages an.

Frankreichs Schulden

Paris (rt) - Die gesamten mittel- und langfristigen Auslandsschulden Frankreichs zu Ende des vergangenen Jahres haben sich nach Mitteilung des Finanzministeriums auf 295,4 Milliarden Franc belaufen. Wie das Ministerium weiter mitteilt, betrug die direkte Mittelaufnahme des Staates im Ausland 20 Milliarden Franc, während die von der Regierung verbürgten Kreditaufnahmen bei 29,6 Milliarden Franc lagen. Das Volumen der von Frankreich vergebenen mittel- und langfristigen Auslandskredite habe sich auf 212,3 Milliarden Franc belaufen. Damit ergibt sich eine Nettoverschuldung von 83,1 Milliarden Franc.

Cocoon-Liste

Bonn (AP) - Bei der sogenannten Cocoon-Liste des Koordinierungsausschusses für den Ost-West-Handel, die die Exporte von militärisch sensiblen Gütern aus dem Westen in Länder des Warschauer Paktes re-

gelt, sollen demnächst Änderungen in Kraft treten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), teilte in der Antwort auf eine schriftliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Ulrich Sieger in Bonn mit, im Rahmen der seit Oktober 1982 laufenden Revisions-verhandlungen des Cocom über 140 Exportartikel sei bei einem Drittel der fraglichen Produkte Reinigkeit erzielt worden.

Schweiz in Zehnerklub

Bern (rt) - Die Schweiz soll den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) für internationale Zahlungsbilanzen der wichtigsten Industrieländer, dem sogenannten "Zehnerklub", beitreten. Der Bundesrat hat am Mittwoch die Vorlage für eine AKV-Mitgliedschaft an das Parlament verabschiedet.

UdSSR mit Rekordernte?

Moskau (rt) - Die Sowjetunion ist auf dem besten Wege, die seit 1978 beste Getreidernte zu erzielen. Wie es aus westlichen diplomatischen Kreisen zu hören war, wird es dadurch dem Land möglich sein, die Getreideimporte aus dem Westen zu reduzieren. Von Seiten des US-Landwirtschaftsministeriums, das die Agrarproduktion der UdSSR eingehend beobachtet, wird die Ernte im laufenden Jahr aufgrund idealer Wetterbedingungen auf rund 200 Millionen Tonnen geschätzt.

RGW-Sitzung

Moskau (dpa) - Auf einer dreitägigen Sitzung des Exekutivkomitees des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die am Dienstag in Moskau begann, wird eine "Annäherung" der Wirtschaftsmechanismen der Mitgliedsstaaten der Sowjetischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Tschechoslowakei, der DDR, der Volksrepublik Polen, der RVR, der UdSSR und der Volksrepublik Ungarn diskutiert. Tass ging weiter hervor, daß die Ständigen Vertreter im Rang von Vize-Regierungschefs auf der Sitzung Materialien für eine reguläre Sitzung des RGW vorbereiten.

Wochenansweis

	23.6	15.6	23.5
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	63,3	68,4	70,9
Kredite an Banken (Mrd. DM)	67,1	58,4	58,0
Wertpapiere	7,4	7,3	6,3
Bargeldumlauf	87,8	98,4	97,6
Einkl. v. Banken	39,0	43,0	38,5
Einkl. v. öffentl. Haushalten	12,4	3,8	5,2

CONTI-GUMMI-HV / Ungewisse Dividende

Aktionärskreis im Umbruch

D. SCHMIDT, Hannover
Die Deutsche Bank AG, Frankfurt, die bislang 10 Prozent des Grundkapitals der Continental Gummi Werke AG, Hannover, (270 Mill. DM) hielt, hat diese Beteiligung weitgehend verkauft. Alfred Herrhausen, Aufsichtsvorsitzender des Unternehmens und Vorstandsmittglied der Deutschen Bank, erklärte vor der Hauptversammlung, der Verkauf sei über die Börse abzuwickeln. Die Deutsche Bank werde sich die Frage nicht beantworten, wer als Käufer für Conti-Aktien aufträte.

Die in diesem Zusammenhang geäußerte Vermutung, die Bayer AG, Leverkusen, die an Conti eine 11-Prozent-Beteiligung hält, kaufe sie, ist nach Ansicht von Herrhausen nicht zutreffend. Nach einem Bericht der Börsenzeitung trennt sich Bayer ebenfalls von ihrer Conti-Beteiligung, um sich weitaus bei Phoenix in Hamburg zu engagieren. Die Diskussion um neue Beteiligungsverhältnisse war durch die ungewöhnlich niedrige Preisierung von 50,5 Prozent ausgelöst worden; im Vorjahr waren noch 65,5 Prozent des Grundkapitals anwesend. Der Kursanstieg der Conti-Aktie in den letzten Monaten, so der Aktionärsprecher, lasse dar-

auf schließen, daß sich ein neuer Großaktionär formiere. Helmut Werner wollte sich auf der Hauptversammlung nicht dazu äußern, ob für 1983 eine Dividende ausgeschüttet werden kann. Zwar würden Umsatz und Betriebsergebnis über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums liegen. Es müsse aber davon ausgegangen werden, daß in den Sommermonaten der für die Branche schon traditionell für die Einbußen des Geschäftserfolgs immerhin sei es aber gelungen, in den ersten fünf Monaten, "unser Plan für die AG zu erfüllen". Alle Bereiche schrieben schwarze Zahlen. Auch der Trend bei den Beteiligungsgesellschaften sei positiv, wenngleich einige Gesellschaften "ganz besondere Beachtung erfordern".

Die Hauptversammlung stimmte den Vorschlägen der Verwaltung bei nur wenigen Gegenstimmen zu. Lediglich bei der Gewinnverwendung summierten sich die Nein-Stimmen auf über 12.800. Der Vorstand wurde ermächtigt, bis zum 31. März 1984 Optionschuldverschreibungen im Nennbetrag von bis zu 70 Mill. DM mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren zu begeben. Parallel dazu wurde einer bedingten Kapitalerhöhung um bis zu 35 Mill. DM zugestimmt.

KAUFHOF-HV / Sorgen wegen Mehrwertsteuer

Heißer Handels-Sommer?

JOACHIM GEHLHOFF, Köln
Eingedenk der bitteren Erfahrungen mit der letzten Mehrwertsteuerrückzahlung von 1979 müsse man "mit der nahezu völligen Gewissheit" leben, daß die weitere Erhöhung per 1. Juli wiederum überaus nicht auf die Endverbraucherpreise abgewälzt werden könnten. So seien die Kaufhäuser der Preisdruck im Handel noch härter werden. Ein für die Verbraucher freundlicher, für den Handel heißer Sommer stehe bevor.

Trotz solcher Sorge zeichneten die Vorstandsmitglieder der Kaufhäuser und Jens Odewald, für den noch von seinem Reittunfall geplagten Vorstandsvorsitzenden Friedrich Roesch einspringend, für die Geschäfts- und Ertragsentwicklung des Kölner Warenhauses Kaufhof AG in 1983 auf der Hauptversammlung ein Bild mit optimistischen Grundtönen. Der bis Ende Mai 1983 nur um 0,8 Prozent auf 3,4 Mrd. DM gestiegene Konzernumsatz, dank 2,8 Prozent

Kostensenkung von "wesentlich besserem Ertragsergebnis" begleitet, ist das nicht die passende Maßlatte. Denn in den Warenhäusern waren es immerhin 3,9 Prozent und flächenbereinigt 3,6 Prozent Umsatzplus auf 2,2 Mrd. DM. Andererseits stammte das Umsatzminus von 6,5 Prozent und flächenbereinigt 4,1 Prozent auf 647 Mill. DM im Kaufhof-Bereich vornehmlich aus dem Abstoß der noch 13 rentablen Tankstellen sowie dem Schließen von jeweils einem Dutzend unrentablen Lebensmittel- und Imbissbetriebe in kleinen Märkten. Geschlossen werden 1983 aber auch drei unrentable Kaufhölle (Kleve, Leer, Lüneburg).

Zur Kooperation mit dem "24-99-Prozent-Eigentümer" Metro erfuhr die Aktionäre auf der Hauptversammlung erwartungsgemäß nichts Neues. Gleichfalls erwartungsgemäß und mit dem üblichen Hinweis auf das "kriegsentscheidende" Weihnachtsgeschäft auch keine Prognose zur Dividende, die man mit dem für 1982 auf 6,50 (6) DM erhöhten Satz fortsetzen will.

CO OP / Eigene Handelsmarken werden weiter ausgebaut

Bescheidenes nominales Plus

JAN BRECH, Hamburg
Die co-op-Gruppe, die im vergangenen Jahr in 3293 Märkten mit einer Gesamtverkaufsfläche von 1,9 Mill. qm den Umsatz noch um 5,9 Prozent auf 13,8 Mrd. DM gesteigert hatte, wird in diesem Jahr kaum reales Wachstum erreichen. Nach Angaben von Oswald Paulig, Präsident des Bundes deutscher Kaufmännischer Verbände, erreichte die co-op in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur ein bescheidenes nominales Plus von 1 Prozent. Wachstumsimpulse, wenn überhaupt, kämen nur noch von großflächigen Märkten, so den Discount-Märkten (plus 5,2 Prozent) und den SB-Warenhäusern (plus 4,5 Prozent).

Das Verbraucherverhalten werde dabei nicht durch Einschränkungen gekennzeichnet, erklärte Paulig anlässlich der co-op-Jahrestagung in Hamburg. Das Gebot der Stunde sei eine ausgesprochen sparsame Haushaltsführung, um so den Lebensstandard mit geringeren Kosten aufrechterhalten zu können. Die Nachfrage richte sich unverändert an der Qualität aus, die aber günstig sein müsse.

In der gleichen Veranstaltung kündigte der Vorstandsvorsitzende der co-op AG, Bernd Otto, an, daß die Gruppe ihre Handelsmarken "mit dem blauen Quadrat" ab Herbst in neuer Gestaltung und verstärktem Leistungsprofil in die Regale bringen werde. Der gegenwärtige Anteil der Handelsmarken am Gesamtumsatz von 3 Prozent solle in den nächsten Jahren auf 6 Prozent ansteigen. Eine Aufnahme von "no names" Gattungsmarken lehnt die co-op nach wie vor ab. Die Handelsgruppe setze nach wie vor auf eigene Marken als preisliche Alternative zu den Leitmarken der Markenartikelindustrie.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um Unter-Einstandspreisverkäufe erklärte Paulig, daß der Bdk nichts von politischen Überlegungen halte, diese umstrittenen Verkäufe zu verbieten. Auch stehe der Verband Initiativen skeptisch gegenüber, im Wege von freiwilligen Vereinbarungen das Preisverhalten im Einzelhandel auf einem bestimmten Niveau zu regulieren. Dies passe wenig zum Zeitgeist der schließlich bestrebt auf mehr Markt setzen wolle, betonte Paulig.

DKV / Positive Erfahrung mit der neuen Gebührenordnung - Hohe Beitragserstattung

Kosten im Krankenhaus gestiegen

HARALD POSNY, Köln
Die Deutsche Krankenversicherung AG, Köln, mit 17,6 Prozent Marktanteil in der deutschen privaten Krankenversicherung, sieht die Auswirkungen der neuen, Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen ärztlichen Gebührenordnung (GOÄ) nach ersten derzeitigen vorläufigen und noch keinesfalls gesicherten Erkenntnissen als positiv an. Vorstandsmittglied Bernhard Schattenberg geht von einem "kostenneutralen Übergang zur neuen GOÄ aus". Gleichwohl registriert die Gesellschaft Unsicherheit beim ärztlichen Personal in der Anwendung (nur zehn Prozent der Rechnungen sind "formal" in Ordnung), zudem seien noch viele gar nicht geschrieben, da bis März dieses Jahres noch nach der früheren GOÄ abgerechnet werden konnte. Erst in allerletzter Zeit zeige sich ein langsame Auflösen des Rechnungsgeschehens. Das Liquidationsverhalten orientiere sich nach ersten Erkenntnissen der DKV deutlich (75 Prozent) an den Regelsätzen. Überschreitungen hielten sich in engen Grenzen. Die unter bestimmten Voraussetzungen mögliche vorherige Abbindung der GOÄ (freie Vereinbarung von Vergütungsstellen zwischen Arzt und Patient) werde nur in ganz wenigen Fällen in Anspruch genommen und bringe kein Problem.

Zeit ihre Expansion mit einem realen Bestandszuwachs von 310.000 auf jetzt 2,2 Millionen Menschen unter Beweis stellte, war 1982 von vier Faktoren gleichzeitig begünstigt: Beitragszuwachs, deutlich abgeschwächter Schadenanstieg, stark verbesserte Vermögenserträge, eine relativ gedämpfte Betriebskostenentwicklung.

Vorstandsvorsitzender Hans Georg Timmer führte den nochmals erheblich gestiegenen Bruttoüberschuß von 282 (173) Mill. DM vor allem auf die seit Mai 1982 "für uns überraschend" erkennbar günstigere Schadenentwicklung zurück. Die reinen Erstattungszahlungen wuchsen nur um 2,9 (8,7) Prozent. Hier habe im wesentlichen eine gewisse Bewußtseinsbildung die Kostendämpfung bewirkt. Konkret: Anhaltspunkt ist für Timmer, daß die Anzahl der Auszahlungsfälle 1982 erstmals seit Jahren absolut rückläufig war (minus 2,1 Prozent), obwohl die Zahl der Versicherten wuchs. Freilich stiegen die durchschnittlichen Auszahlungssummen je Fall um 4,1 Prozent. Im ambulanten Bereich wuchsen die Kosten nicht, wohl aber im Krankenhaussektor, und hier die Pflegesätze deutlich. Die Zahnleistungen nahmen erstmals seit länger Zeit ab.

DEMINEX / Der deutsche Ölsucher strafft seine Aktivitäten - Ziele gestreckt

Die Hälfte des Wegs zurückgelegt

HANS BAUMANN, Essen
Es ist ein mühsames Geschäft, als Newcomer im internationalen Geschäft der Ölexploration Fuß zu fassen. Davon weiß die 1980 gegründete Deminex Deutsche Erdölversorgungs-Gesellschaft mbH, Essen, (Mehrheitsaktionär Veba mit 54 Prozent) ein Lied zu singen. Bisher haben Bund und Gesellschaft 2,2 Mrd. DM in dieses Explorationsgeschäft gesteckt, um ein eigenes internationales "Ölbein" zu bekommen. Die Deminex selbst hat bisher weitere 2 Mrd. DM aufgebracht. Der Erfolg: Rund 6 Mill. Tonnen Öl hat die Deminex bisher gewonnen, hinzu kommen 70 Mill. Tonnen Reserven, die ihr zustehen.

Von den 2,2 Mrd. DM, die Bund und Gesellschaft bisher der Deminex überlassen, ist rund eine Milliarde "wirtschaftlich" mehr existiert, das heißt, Felder wurden zurückgegeben, oder Bohrungen blieben trocken. In solchen Fällen gehen dann die Bundesmittel (40 Prozent der Objektkosten) als verlorene Zuschüsse. Ist die Deminex erfolgreich, so müssen die öffentlichen Mittel nach zwei Aufjahren binnen zwölf Monaten zurückgezahlt werden. Der früher

angewendete Tonnen-Schlüssel für die Rückzahlung wurde durch den Zeitschlüssel ersetzt. Im Geschäftsjahr 1982 hat die Deminex mit 2,9 Mill. Tonnen Rohöl 20 Prozent mehr gefördert als im Vorjahr. Mit dieser Menge hat sie etwa die Hälfte des Wegs zurückgelegt, da der Vorsitzende der Geschäftsführung, Ernst E. Hotz, 5 bis 6 Mill. Tonnen für erforderlich hält, um ein vernünftiges Ergebnis erwirtschaften und Deminex auf eigene Beine stellen zu können, wozu nicht nur die Produktionsmenge verdoppelt, sondern auch ein gesunder Cash-flow für die Eigenfinanzierung aufgebaut werden muß.

Über die bereits aufgewendeten 2,2 Mrd. DM hinaus stehen Deminex aus dem 2. Anschlußprogramm noch rund 500 Mill. DM zur Verfügung. Hinzu kommen noch bereits vertraglich gesicherte 800 Mill. DM aus dem dritten Programm. Mit den insgesamt 1,3 Mrd. DM hofft Deminex seine Aufgaben bis etwa 1987 erfüllen zu können. Die Deminex hat 1982 einen Umsatz von 1,03 (1,07) Mrd. DM erzielt. Der Gewinn betrug 67 (227) Mill. DM. Beim Vorjahresgewinn muß berücksichtigt werden, daß es sich aus den Jahresergebnissen 1979 bis

1981 zusammensetzte, da Deminex zum erstenmal für 1981 eine Bilanz vorlegte. Die Explorationsaufwendungen betrugen 370 (376) Mill. DM. Der Gewinn für 1982 stammt ausschließlich aus dem Ergebnis der Deminex UK Oil and Gas Ltd., also aus der Öl- und Gasförderung der Nordsee-Felder Thistle und Beatrice. Der Verfall der Ölpreise zwingt auch die Deminex und ihre rund 730 Mitarbeiter im In- und Ausland, das Geschäft zu straffen und zu rationalisieren. Schwerpunkte künftiger Tätigkeit sieht die Geschäftsführung in der britischen Nordsee, in Ägypten und in Argentinien. Die Deminex fördert aber auch Öl und Gas über eine Tochtergesellschaft in Oklahoma und Texas.

Trotz der schwierigen Marktlage hofft Deminex wieder auf einen Gewinn in der Größenordnung wie 1982, den die Gesellschaft aber bisher in der Deminex zur Stärkung der Finanzkraft belassen haben. Zum erstenmal wird 1983 die Förderung in Ägypten einen Ergebnisbeitrag leisten. Unsere Ziele sind unverändert die gleichen geblieben - nur zwingt uns der weltweite Ölüberschuß, sie ein wenig zu strecken, resümiert Hotz.

MANNESMANN-HV / Ovationen für Overbeck

Konzern belastbar geworden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Viele Lobesworte von vielen Rednern, stürmischer und langanhaltender Beifall für seine letzte Rede vor den Aktionären. Mit solchen Ovationen verabschiedete die Hauptversammlung der Düsseldorfer Mannesmann AG nach 21 Jahren erfolgreicher Führung und Umwandlung des einstigen Montankonzerns den in den Aufsichtsrat überwechselnden Vorstandsvorsitzenden Egon Overbeck, den dienstältesten Konzernchef der Großindustrie, wie Aufsichtsratsvorsitzender Christians in seiner Würdigung ("Das Haus ist bestellbar") anmerkte.

Günstig zu 1983 freilich konnte Overbeck den 185.000 Aktionären alles kontrollieren wolle, mühte die Belegschaft verdoelpeln. Und wer kontrolliere dann die Kontrolleure? Dazu in Anspielung an Lenins Wort ("Vertrauen gut, Kontrolle besser") als Resümee seiner Erfahrungen: "Kontrolle ist gut und Vertrauen unerlässlich."

Philosophisches: Eines der Grundübel unserer Zeit sei, daß sich Mißtrauen dort ausbreite, wo Vertrauen seinen Platz haben sollte. Mißtrauen auch und zumal gegenüber Großunternehmen. Gegen Mißtrauen helfe nur: "Offen informieren und Platte zeigen. Versprechen halten, nicht mehr scheitern wollen, als man ist, und nicht mehr nehmen wollen, als man gibt."

Analog dazu gehe es auch Mannesmann. "Mangel an Nachfrage und zu schlechte Preise und als Folge davon Beschäftigungsstörungen werden uns in den nächsten Monaten begleiten." Doch die Richtung, in die der Konzern mit wachsenden Anteilen von modernen Technologiebereichen marschiere, sei richtig. "Der Konzern ist belastbar geworden. Er kann auch Schwachperioden durchstehen."

Den Seveso-Fall als Aufhänger nehmend, würzte Overbeck seine Abschiedsrede auch mit Grundsätzlichem. Wer in einem Unternehmen mit 110.000 Mitarbeitern, 18,5 Mrd. DM Umsatz und Hunderttausenden von Einzelgeschäften alles kontrollieren wolle, mühte die Belegschaft verdoelpeln. Und wer kontrolliere dann die Kontrolleure? Dazu in Anspielung an Lenins Wort ("Vertrauen gut, Kontrolle besser") als Resümee seiner Erfahrungen: "Kontrolle ist gut und Vertrauen unerlässlich."

WESTFÄLISCHE FERN GAS / Dividende gehalten

Rückgang beim Absatz

HANS BAUMANN, Essen
Die Gaswirtschaft tut sich schwer. Witterung und Konjunktur im Geschäftsjahr 1982 haben bei der Westfälischen Ferngas AG, Dortmund, der Erdgas-Drehscheibe Westfalens, den Gasabsatz um 6 Prozent auf 22 Mrd. kWh zurückgehen lassen. Da nutzte es auch nichts, daß im Bereich Haushalt und Kleinverbrauch kräftig akquiriert und 3000 neue Kunden gewonnen wurden, die das Volumen der von der WFG direkt versorgten Haushaltskunden auf 39.000 steigerten.

Was die Menge nicht brachte, das besorgte der Erlös. Die Umsätze stiegen kräftig um 11 Prozent auf 886 Mill. DM. Hier schlug die Preiserhöhung für das ganze Jahr durch, nachdem die Vorlieferanten die Gaspreise drastisch heraufgesetzt hatten. So kam dann folglich auch der Rohertrag von 119 auf 134 Mill. DM voran und der Bilanzgewinn von 3,1 auf 6,1 Mill. DM, aus dem 5,78 Mill. DM in die Rücklagen von 40,2 (34,4) Mill. DM einbehalten wurden bei 70 Mill. DM Grundkapital. Aus dem verblei-

benden Gewinn wird der Hauptversammlung am 6. Juli eine Dividende von wieder 10 Prozent vorgeschlagen.

Investiert hat die WFG 1982 rund 64 Mill. DM, davon allein 22 Mill. DM in den Bau von 84 km Hochdruckleitungen. Der forcierte Ausbau und Aufbau der Ortsversorgungsnetze im Bereich der Städte und Gemeinden führte im Berichtsjahr zu einer nochmaligen Erhöhung des Investitionsvolumens im Mittel- und Niederdrucknetz auf 29 Mill. DM. Damit wurde zum erstenmal in der Geschichte der WFG mehr im Nieder- als im Hochdruckbereich investiert.

In einem Ausblick meint Vorstandsvorsitzender Joachim Könnig, daß bei anziehender Konjunktur die Chancen auch im Industriebereich wieder steigen. Bei entsprechender Preisgestaltung der Erdgasproduzenten winkten auch wieder Möglichkeiten im Großsektor, wo das Erdgas stark an Boden verlor. Hier wüchsen auch die Chancen bei Anwendung der Großsektorspreisanlagen. Veranschlagt wurden bei 70 Mill. DM Grundkapital. Aus dem verblei-

KAMPFFMEYER / Anteile bei Landshut-Rosenheim AG

Teillösung für die Mühlen

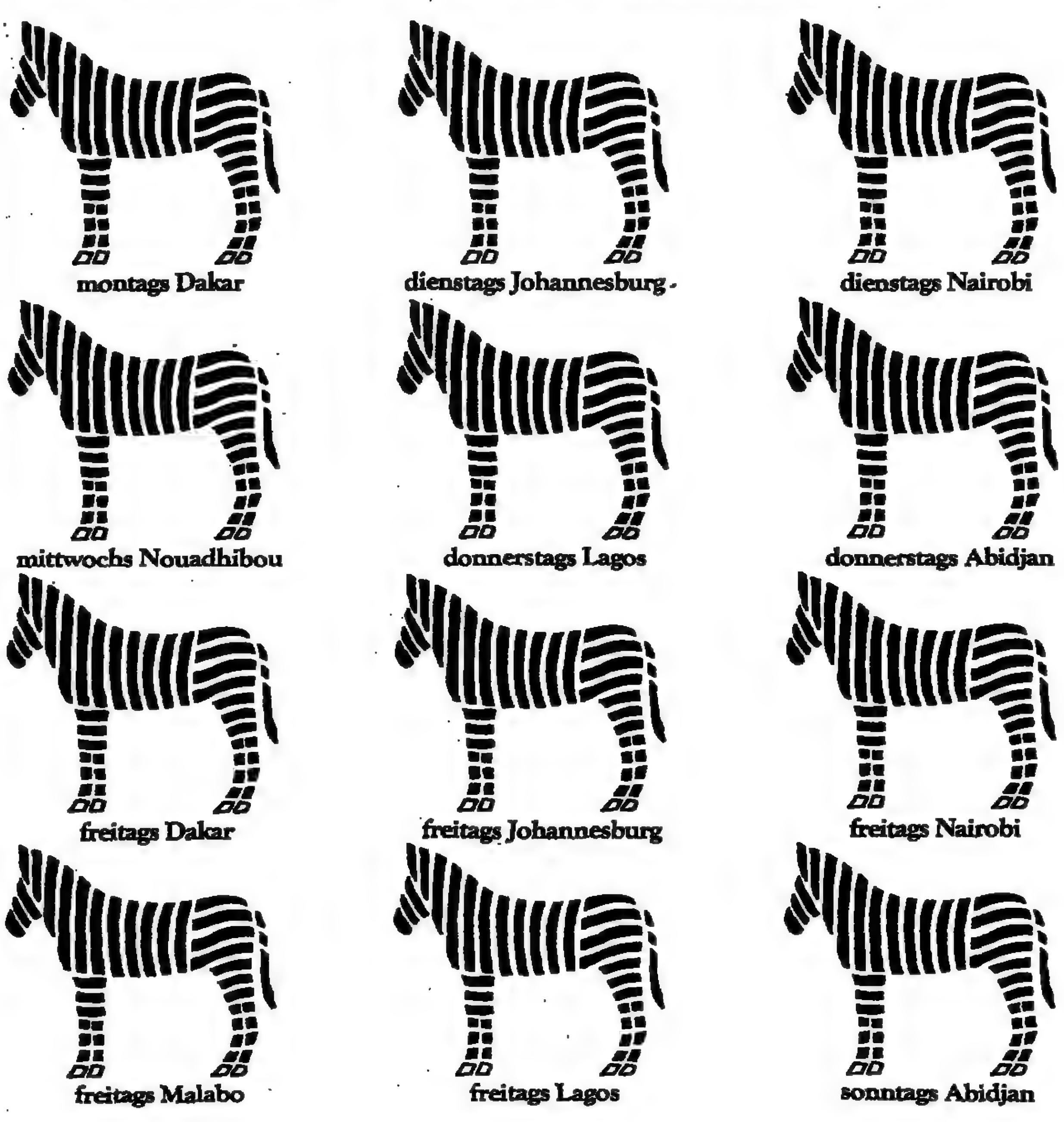
JB, Hamburg
Die Vereinigte Kunstmühlerei Landshut-Rosenheim AG (VKL) hat von der Kurt Kampffmeyer Mühlenvereinigung KG sämtliche Anteile an der Kampffmeyer Mühle GmbH erworben. Die Transaktion steht in Zusammenhang mit dem Vergleichsverfahren, das die Firmen E. Kampffmeyer und Kurt Kampffmeyer Mühlenvereinigung KG Ende April dieses Jahres beantragt haben.

In der Übernahme der Mühlen GmbH durch die VKL sehen, wie es in einer Mitteilung von Kurt Kampffmeyer und dem vorläufigen Vergleichsverwalter Joachim Brandenburg heißt, alle Beteiligten die beste Möglichkeit, die bisherige Mühlenbetriebsgesellschaft der Kampffmeyer-Gruppe fortzuführen, die Lieferantenschaft aufrechtzuerhalten und einen reibungslosen Ablauf des bevorstehenden Getreidewirtschaftsjahres zu gewährleisten.

Die bisherigen Aktivitäten der Firma E. Kampffmeyer in den Bereichen Brotgetreide und Mehlexport werden künftig von der Mühlen GmbH weitergeführt.

Die 18 in- und ausländischen Banken, die an der Finanzierung von Wechselanforderungen der Firma Kampffmeyer gegenüber der Mühlen GmbH beteiligt sind, haben einen begrenzten Zinsverzicht geleistet, heißt es. Im Zusammenhang mit der Übernahme von nominal 40 Mill. DM Stammkapital der Mühlen GmbH wird die VKL eine Erhöhung des Grundkapitals von auf 1,8 Mill. DM im Verhältnis 1:10 zum voraussichtlichen Kurs von 165 DM mit Bezugsrecht vorschlagen. Die Mittel sollen auch zur Finanzierung von Strukturmaßnahmen bei der Mühlen GmbH dienen. Das Kapital der VKL hatte Anfang Juni die DG Bank zu 90 Prozent übernommen.

Iberia zeigt Ihnen Afrika jeden Tag von einer anderen Seite.



Es ist kein Zufall, daß wir so gute Verbindungen nach Afrika haben - schließlich liegt es direkt vor unserer Haustür! Eine Tatsache, die sich äußerst positiv auf unseren Flugplan auswirkt. So könnten wir Ihnen Afrika jeden Tag von einer anderen Seite zeigen - vorausgesetzt, Sie könnten!

Stardessen begnügen wir uns gern damit. Sie schnell und bequem dorthin zu bringen, wo Sie gerade hinwollen. Und bieten Ihnen dabei oft mehrere Termine zur Auswahl. Nach Lagos z.B. fliegen wir jeden Donnerstag und jeden Freitag. (Mit der modernen DC 10). Das gilt übrigens nicht nur für Lagos - siehe oben!



Genßmittel

[illegible]

Vorstellung, Ort, al
Nr. 42

Konzert in Baden-Baden

Bth. - Der Südwestfunk hat einen neuen Chefdirigenten für sein Sinfonie-Orchester gesucht - und gefunden: Michael Gielen, derzeit Operndirektor in Frankfurt und Leiter des Orchesters im amerikanischen Cincinnati. Auf den ersten Blick sieht das alles ganz logisch aus: Für ein in Sachen zeitgenössische Musik engagiertes Orchester - man denke nur an die Donaueschinger Musiktage - muß Gielen der Wunsch kandidat sein. Sein untrügliches Gehör, seine klare Zeichnung haben ihn zu einem Experten für die musikalische Moderne und ebenso zu einem Anwalt präzisierter Klassiker-Aufführungen werden lassen. Wenn sich Baden-Baden noch den Geist des Rokoko verpfändet, ist Gielen fraglos der Mann, den man sucht.

Der Rechnungshof sieht ein Orchester aus anderem Blickwinkel, und er hat kürzlich den Baden-Baden mangelnde Ausstattung angekreidet. Sie machen also nicht genug Aufnahmen, sie geben zu wenige Konzerte. Wer es den Revisoren recht machen will, mußte also nach einem Publikumsmagneten Ausschau halten, dessen Konzerte in der zerrissenen Südwestfunk-Region stümisch verlangt werden. Der ist Gielen ganz gewiß nicht.

Seine Frankfurter Position - der Vertrag läuft bis 1987 - wird Gielen beibehalten - heißt es beim SWF. Daß er ja gehen könne, wenn man ihn nicht mehr wolle, hat Gielen sinngemäß in Frankfurt verlauten lassen, wenn die Kritik an seiner Oper dort laut wurde in jüngster Zeit. Und die ist lauter geworden.

Der SWF-Verwaltungsrat hat seine Entscheidung über das Gielen-Engagement erst einmal vor sich her geschoben: Die geforderte Gage von 380 000 Mark pro Jahr bei einer Anwesenheit von vier Monaten war doch zu happig. Auf welches Gehalt man sich auch nun geeinigt hat: Angesichts der gerade wieder erhöhten Rundfunkgebühren macht sich ein solcher Handel nicht gut. Aber auch die Unsicherheit, wie der Dirigent wohl welche seiner Ämter zu koordinieren gedankt, macht Sorge. Wichtig ist, daß alles noch recht geheim bleibt. Wenn nämlich zu laut und offen darüber geredet wird, könnte am Ende herauskommen, daß der Verwaltungsrat ihn nicht in Baden-Baden und der Frankfurter Magistrat ihn nicht mehr am Main haben möchte.

Schubertiade Hohenems: Harmoncourts Debüt Von Brahms gereinigt

Hermann Freys einst so hochfliegende Pläne, das Schubert-Gesamtkonzept chronologisch in Vorarlberg zu portionieren, platzen spätestens vor drei Jahren. Mit allen Anzeichen theatralischer Kränkung verkündete der Sängerkünstler damals seinen Auszug aus Hohenems.

Die Schubertiade indes existiert weiter. Äußerst lebendig und unternehmungslustig sogar, finanziell einigermaßen abgesichert - und ohne Frey. Im Hohenemser Renaissance-Palast mischt Schubertien-Geschäftsführer Gerd Nachbauer ohne Vollständigkeitswahn Bekanntheit und Unbekanntes zum Schubert-Menü. Es hat für ein elegantes, internationales Publikum bekommen zu sein, denn von den Gesamtkosten (knapp eine halbe Million Mark) wollen zwei Drittel eingeplant werden. Große Springe sind damit kaum möglich, ein mehrjähriger Zyklus von kirchenmusikalischen Werken mit Peter Schreier wurde deshalb wieder storniert.

Sechzehn Veranstaltungen in zwölf Tagen, das scheint nun die richtige Mischung für den alemannischen Schubert-Enthusiasmus zu sein. Fischer-Dieskau kam heute erstmals hierher (allerdings in vernünftiger Begleitung: Festspielhaus), Christa Ludwig gleich zweimal (sie sprang auch für den erkrankten René Kollo ein), dann der gewissenhafte und jedem Programmwagnis aufgeschlossene Robert Holl. Hans Hotter hielt einen Liedkurs ab, des Schubert-Pioniers Otto Erich Deutsch wurde in einer Matinee gedacht.

Ein Programm jedenfalls, das sich sehr lassen kann, das geschmacklich nirgends aneckt und das von der gesunden Attraktion lebt. Auch von der Pikanterie, daß die zwei Kammerkonzerte zum einen Star-Russen, zum anderen Edl-Russen anvertraut waren. Darin wiederum war die Konfrontation zweier Versionen der Arpeggione-Sonate ein Spiel mit verschiedenen Einsätzen. Auf der einen Seite die große, stilistisch erhabene Cellistin Natalia Gutman, auf der anderen Gidon Kremers Lieblingsbratscherin Kim Kashkashian, die so nett und rund spielt als sie auch hübsch ist.

Dann aber sind innerschweizer Vergleichs schon unzulässig, denn das Schubert-Orkett mit Oleg Kagan, Gutman und vorzüglichem Moskauer Bläsern widersprach ebenso interpretatorischem Alltagsgeschehen wie das B-Dur-Klaviersonnen mit Kremer, Miska Maisky (Cello) und Gleg Meisenberg. Hier konnte der sensible Meisenberg auch wieder bestens mithalten, nachdem schwache Nerven seinen Klavierabend schlimm gefährdet hatten.

Das Finalereignis, Nikolaus Harmoncourts Erstbegegnung mit Schubert, provozierte beim Hohenemser Publikum nach anfänglichem Zögern doch totale Zustimmung. Sensationslusterne mag Harmoncourt enttäuscht haben, denn er wartet weder alle bisherigen Erfahrungen über Dord (so manche Schubert-Auflistung von Gidon, Celibidache oder Kieker darf im Überschwang jetzt nicht ganz vergessen werden) noch dürfte er Schubert mutwillig gegen den Strich.

Harmoncourt bietet sich nicht an Schubert an, er läßt sich vielmehr von ihm anregen und reizen. Das genügt zum trefflichen Nachweis, daß Schubert kein gemütlicher, sentimentaler, sondern ein ernsthafter Wiener war. Harmoncourt war einmal mehr gründlich und richtete das Orchestermaterial nach den Autographen ein, so daß so manche (einst gutgemeinte) Brahms-Retusche verschwand. Statt Stromlinienform und schlampig-süßlichen Farben ließ sich nun Schubert herber, fähiger und aufgesessener im Detail wie im Ganzen. Mit dem wackern, nicht sonderlich reaktionsschnellen Residenz-orchester Den Haag gelang Harmoncourt jedenfalls die erste Schubert-Lektion („Zauberharfen“-Ouvertüre, „Rosamunden“-Ballade, Musik, fünfte und vierte Symphonie). Die indirekte Fortsetzung erfolgt bei der Schubertiade 1984, wenn Harmoncourt mit den Wiener Symphonikern neben Schubert auch Haydn, Mozart und Beethoven spielen wird. Das sind doch Möglichkeiten, die Harmoncourt in Österreich selten oder überhaupt nicht vorfindet.

WALTER GÜRTELSCHMIED

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Orte

Freibier den Lektoren!

Es wird gedichtet. In der Schweiz. In Deutschland. Österreich. Überall. Auf Leben und Tod. Und in solchen Fällen ist es sogar wirklich eine Frage von Tod und Leben. Wer redet, ist nicht tot, heißt es in einem Gedicht von Benn. ... Die das schreiben, müssen es wissen: es ist die Redaktion von „Orte/Schweizer Literaturzeitung“ (CH-3033 Zürich, Postfach 2028), in ihrem 9. Jahrgang herausgegeben von Werner Bucher.

Eine siebenköpfige Redaktion ist, nach eigenem Geständnis, unermüdlich damit beschäftigt, die aus dem deutschen Sprachgebiet täglich einfließenden Manuskripte von Gedichten und Prosaentwürfen durchzusehen und auf Veröffentlichungswürdiges durchzusehen. („Für diese sehr aufwendige Arbeit erhalten wir nichts. Nicht einmal ein Bier.“)

Das erinnert uns an „Gaules Jahrbuch“ aus Hammoversch Minden, das wir hier einmal besprochen haben. Allerdings wurde dort wohl jedes Gedicht gedruckt, sofern der Einsender subskribiert hatte. In „Orte“ hingegen findet offensichtlich eine Auswahl statt, wie man aus dieser Redaktionsklausur sehen kann: „Orte“ kriegen wir Gedichte von Abonnnenten. Drucken wir diese dann nicht ab, aus Gründen des Konzepts oder weil wir mit Weltanschauungs-Formen wenig anfangen können, kann es geschehen, daß prompt das Abonnement abbestellt wird. ...

Die mit solchen Einsendungen (Name, Ort, autobiographische Vorklärung, Gedicht) präparierten Nr. 42, 64 Seiten stark, enthält allerdings durchaus Weltanschauungs-

ches: „Tiefe Kerben im Land / zeugen von Reuezeiten / Meine Narben sieht nur / wessen Augen ich traue.“ Gleich daneben steht jedoch auch Stahlliertes: „Mit donnernden Motoren rase ich der Todesmauer aus Stahl entgegen. Ich habe alle Emotionen hinter mir gelassen. Glasklar dringen Visionen über den Tod in mein Bewußtsein.“

Das Schlimme an solchen den „unbekannten“ Autoren gewidmeten Zeitschriften ist, daß man nirgends auf frische Unbefangenheit der Anfänger stößt. Überall scheinen die Vorlagen durch. Der Surrealismus ist längst zu einem Slang geworden: „Der Donner neben uns / ein Hebeldruck, und du wirst in eine Kunststellung zerbrechen.“ ... du kommst vielleicht in eine Lehranstalt der fünften Symphonie.“

Soll es einfacher sein, so läßt man es am besten hemmigen. Dann beginnt eine Erzählung so: „Damals wohnte ich in einer europäischen Großstadt und hatte als Angestellter einer Buchhandlung einen Auskommen.“ ... Und wenn es eher expressionistisch sein soll: „Ich sehe das Telefon. Ich stelle die Nummer ein, weiß sie im Schlaf, er ist da, ich schreie an, seine Freundin ist dort, ich schwinde.“ (Von einer Dame.)

Je länger man in solchen Zeitschriften liest, desto mehr wird man von einer beklemmenden Traurigkeit erfaßt. Man sieht diese Jünglinge und Mädchen in unendlicher Zahl in ihren Bohème-Buden sitzen und das Papier mit den gleichen Worten füllen, von denen eines keines wirklich erreicht.

ANTON MADLER

Kortner sah ihn als Expressionisten: Porträt des Münchner Schauspielers Walter Schmidinger

Empfindliches Gleichgewicht des Zerrissenen

Auf Fritz Kortners Platz sitzt er. Heute sei er dafür nicht in der Verfassung, sagt Walter Schmidinger und sieht liebevoll zu einem bestimmten Sessel in der Frankfurter Opernhalle. In der Frankfurter Opernhalle, in der die Glasdrehleiter zur Maximilianstraße ins Auge. Ein großer Schauspieler, der die Auftritte der anderen beobachtet. Kein Zweifel, Schmidinger liebt Hotelhallen, Intendanten, sagt er, bitten ihre Schauspieler gern hierher, das schützere ein und biete dennoch eine private Atmosphäre. Gäste treten auf und gehen ab. Das Hotel macht wieder Gewinn, seit es zu einem Konzert gehört. Doch die feierlich-theatralische Stille schwerer Teppiche blies erhaben, und sie paßt zu Schmidinger. Er spricht von „neutraler Behaglichkeit“ und weiß, daß an der Rezeption die „Kleine Komödie“ empfohlen wird. Und dort tritt er nicht auf.

Walter Schmidinger, gerade fünfzig geworden, steht dreißig Jahre auf der Bühne. „Eine lange Überlebenszeit.“ Der gebürtige Linzer fand von der Donau an den Rhein nach Bonn, blieb dort lange Jahre; dann führte ihn, von dem Kortner sagte, „Sie sind ein expressionistischer Schauspieler, aber ich glaube, daß Sie ohne Expressionismus auskommen.“ der Weg über Düsseldorf (bei Karl-Heinz Stroux), Hamburg und Wien nach München. Hier spielt er seit 1969; davon drei Jahre an der Münchner Kammeroper und 11 Jahre am Staatstheater, dem Residenztheater.

Seine Rollen werden die gebrochenen Seelen, die Narren, die Liebenden. Gleich, ob wir den Wahnsinn des Tuchhändlers Hach in Luc Bondys grandioser Inszenierung von Bonds „Die See“ erleben, ob wir den „Zerrissenen“ von Neustadt oder den „Schwierigen“ von Hofmannsthal sehen, wir werden als ein Titel, ein Akt, ein Stück seines Lebens Programm. Dennoch haben sich die großen Rollen scheinbar nicht in das flüchtige, nahezu faltenlose und überstreichende Gesicht eingegraben.

Unser Gespräch zerspringt immer wieder, die Themen zerspringen; jedes Motiv, das von außen kommt, kann ihm Ablenkung bedeuten, kann die Balance stören. „Mein Element ist die Zerstörung“, sagt Schmidinger, bestellt Mineralwas-

ser und sinniert über den Narren des Hotels. Der Herbst sei die Jahreszeit, die ihm gemäß ist, die Zeit der Monotonie, wie auch Kinderlieder monoton sind, „meine waren in ihrer Traurigkeit immer beruhigend.“ Er spricht von Ernte, von Föhnwind, von Genet und Strindberg, von Tod und von Lavendel zwischen Seidenpapier und Wäscheständer. Wie ein Kind verliert sich Schmidinger in Bildern, die nur ein Traktat schöner malte. Mir fällt auf, wann immer ich ihn sah, so trug er dunkles Grün, Braun und Beige. Farben der Erde, der Bescheidenheit.

Eine Inderin im Sari geht vorbei; ihr Mann leidet an Schüttelrüttel. Schmidinger nimmt es wahr, liebevoll und trotzdem genau. Klaviermusik klingt leise aus der Bar.

Aber die Monotonie, die Behaglichkeit, ist sie nicht eine Gefahr? Schließlich 15 Jahre München. ... Walter Schmidinger kennt sein Image; und es ist ihm egal, bei Unwissenden als bequemer Schauspieler zu gelten, nur weil er Angebote ausschlägt. Wirklich bequem war er nie. Weder für den Dichter des Abends noch für seine Mitstreiter und Regisseure. Er denkt an Ingmar Bergman, „mit ihm war die Arbeit am unbequemsten, am schwierigsten, aber auch am wichtigsten, am schönsten.“ Eine bunte, gebildete Amerikanerin nimmt in Kortners Sessel Platz.

Wir sprechen über Zustände. Über jene Zustände, die von der Psychiatrie mit dem Etikett „manisch-depressiv“ versehen werden. Walter Schmidinger kennt sie; weiß um die geheimnisvollen Abgründe der Seele, auch die der eigenen. Heute blickt er hinab, schwindelfrei. Er hat sein Gleichgewicht gefunden; von der Suche blieben ihm Handtücher mit dem Aufdruck diverser Nervenheilstätten. „A Delicate Balance“, sagt Schmidinger vornehm distanziert, als sei dieser Titel eines Abends Stückes seinem Leben Programm. Kleine Bezirke, der Weg von zu Hause ins Theater zum Beispiel, hätten ihm immer genügend Lebensraum geboten. Er verbessert sich, sucht ein anderes Wort für Lebensraum, findet „Welt“.

Einmal beschloß er, nach Kairo zu fahren, doch bereits auf dem Weg von München nach Neapel sei er in Innsbruck aus dem Zug gestiegen. Ich sage, das scheint mir typisch für ihn. Er gibt mir recht.



Seine Rollen sind die gebrochenen Seelen, die Narren, die Liebenden: Walter Schmidinger in der Orestia „Die See“

FOTO: RABANUS

Nach Japan würde er gern reisen. Und doch: „Ich kann nur enttäuscht werden. Gemessen an meiner Phantasie, kann ich nur enttäuscht werden.“ Da weiß ich, daß Schmidinger „sein“ Kairo kennt und wünsche ihm, nie nach Japan zu kommen. Vor was hat er Angst, im Leben und auf der Bühne? „Vor dem Scheitern“, antwortet Schmidinger und, er habe vieles schlecht und auch vieles falsch gemacht, „aber: schlechte Dinge so zu machen, daß sie im Mittelmaß noch als Erfolg aussehen, ist furchtbar!“

Das Publikum, insbesondere das Münchner, liebt ihn, naturgemäß. Vielleicht gerade deshalb, weil er es für möglich erklärt und „für bereit, eine Wahrheit zu erfahren und

zu ertragen. Auch durch und mit Vergnügen.“ Daß Walter Schmidinger damit nicht geizt, seinem Publikum Vergnügen zu bereiten, weiß, wer ihn als Salieri, in dem Erfolgsstück „Amadeus“ von Peter Shaffer, auf der Bühne sah.

Später gehen wir noch ein Stück gemeinsam auf der Maximilianstraße. In seinem Gang, die Füße leicht einwärts gestellt, erinnert er an ein Kind. So hilflos sicher und so bescheiden. Und immer wieder bleibt Walter Schmidinger stehen, wenn er sich erinnert, wenn ihm etwas auf oder einfällt. Ein Kind eben, dessen Schulweg sich ins Unendliche dehnt.

Wer mit ihm geht, muß oft stehenbleiben.

PASCAL MORCHE

Van Goghs Vorbild: „Haager Schule“ in London

Stachelige Kammerstücke

Als Vincent van Gogh beschloß, er sich bei ihnen praktischen Rat. Um Geld zu verdienen, kopierte der junge Piet Mondrian die Gemälde. So zukunftsweisend wirkte die Schule von Den Haag. Sie selbst, Ikonen der Kunstgeschichte, orientierte sich an der Vergangenheit, am goldenen Zeitalter der holländischen Malerei im 17. Jahrhundert, an Malern wie van Goyen, Ruysdael, Cuyper, Paulus Potter, Vermeer und allen voran Rembrandt.

Die holländischen Maler der Gruppe, die etwa ab 1870 für drei Jahrzehnte lang ähnliche Ziele verfolgten, hatten sich international umgesehen, Reisen nach Deutschland und in die Schweiz gemacht. Einige hatten in Paris gelebt und dort die nur wenig älteren Landschaftsmaler von Barbizon bewundern gelernt. Zu Hause, in Den Haag, aber konzentrierten sie sich auf ihre nächste Umgebung: Auf Landschaften, Seestücke und Interieurs. Wirklichkeitsstreue war die Parole. Meditative romantische Werke, die der beginnenden Industrialisierung bewußt den Rücken kehrten.

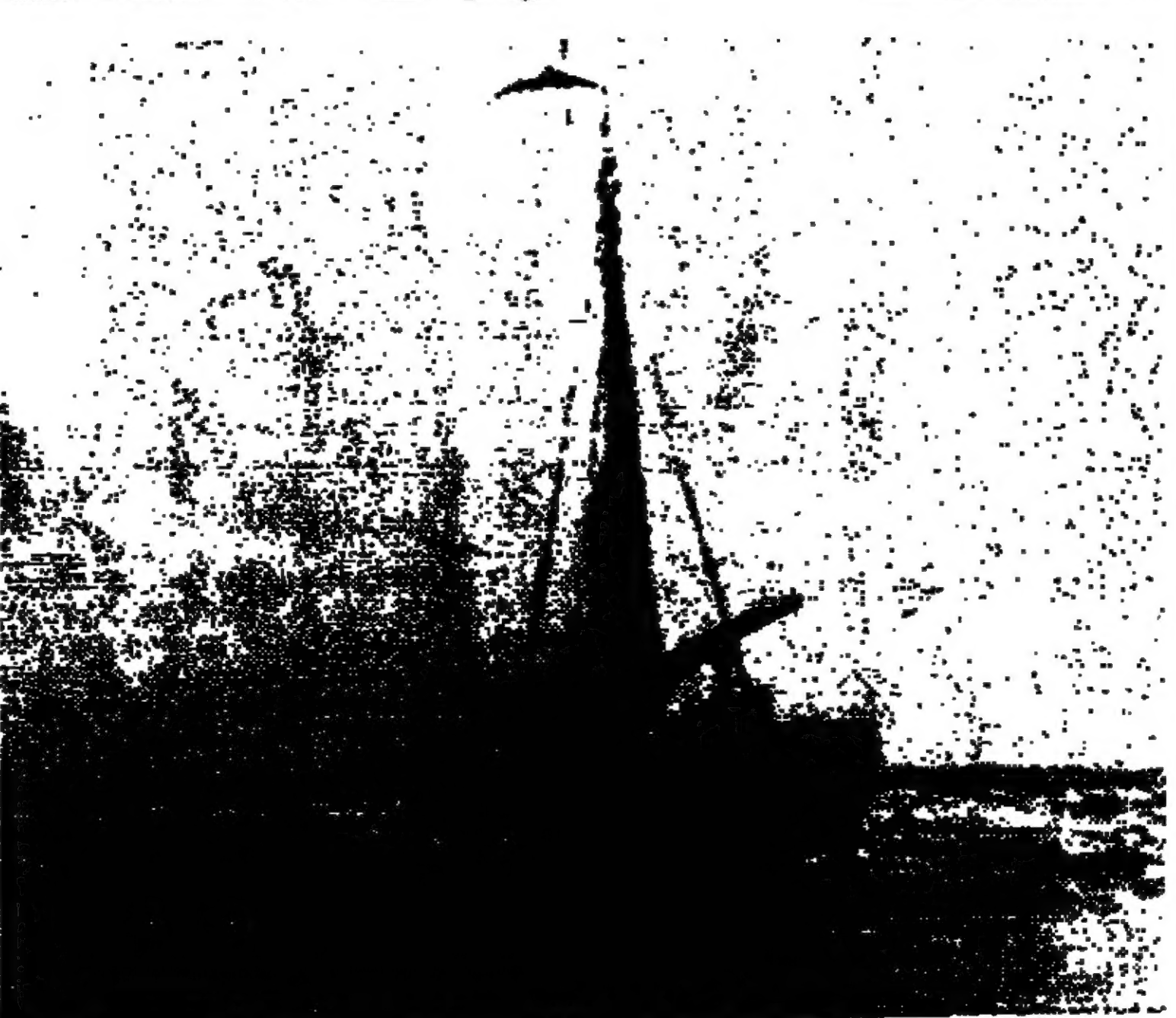
Mit solchen Kammerstücken, von denen jetzt 185 in der Londoner Royal Academy zu sehen sind, errangen sie rasch Erfolg im Ausland. Einer der bekanntesten dieser Gruppen war der holländische Historienmaler Jozef Israels. Er hatte ein Aufenthalt in den holländischen Ort Zandvoort 1855 die Augen für die Darstellungswürdigkeit des täglichen Lebens. Seinen Sinn fürs Grandiose verlegte er jedoch nicht. Mit stichförmigem Blick auf Rembrandt malte er dramatisch beleuchtete Grenzzenen in großem Format. Alltägliches mit deutlichem Fingerzeig auf allgemeine Menschliches. Eine junge

Mutter, die ihr Kind füttert, betitelt er „Hüttenmadonna“. Israels stellte erfolgreich in Deutschland aus und wurde ein enger Freund Max Liebermanns.

Ein weiterer Pionier dieser Bewegung war Jacob Maris, der älteste der drei Malerbrüder. Sechs Jahre lang hatte er in Paris von Corot inspiriert. Holland bekehrte ihn zur Landschaft. Einige der am subtilsten gemalten Bilder in dieser Ausstellung stammen von ihm: Seestücke mit stachelig modelliertem Wolkenstil, tiefen Horizonten und Stadtsichten. In jenen Windmühlen und Brücken Bilderbuchakzente setzen. Eine phantastische Note lieft sein Bruder Matthijs Maris. Im Ausland lebend, malte dieser Eigenbrötler aus der Erinnerung stilisierte Figurenfiguren, holländische Kirchenmädchen mit verträumtem Blick und Genezessen voll symbolistischer Anspielungen. Bodenständig in Den Haag lebte dagegen der jüngste der Brüder, Willem Maris. Hier malte er seine charmannten, von Panhus Potter inspirierten Tierzenen und Erntebilder, die Millet verschwiegen sind.

Den stärksten Eindruck auf diesen Holland-Spektakel - und genau dazu gerät ein Besuch dieser charmanter Ausstellung - hinterläßt wohl Jan Hendrik Weissenbruch. Streng komponiert liefert er poetisch atmosphärische Ansichten von holländischen Plätzen. Recht hängen sie hier neben Mondrians frühen Werken, der die gleichen Landschaftsthemata wie die Meister der Haager Schule aufgreift und sie schon hier in knappen, liniengestützten Durchzeichnungen. (Bis 10. Juli, Den Haag 5. August bis 31. Okt.; Katalog: 8,95 Pfund).

HEIDI BÜRKLIN



Die Erben des Goldenen Zeitalters der holländischen Malerei: „Fischerboot“ von Jacob Maris, 1878, aus der Londoner Ausstellung

FOTO: ROYAL ACADEMY

Niki Lists Erstling: Der Film „Café Malaria“

Schizo brodet im Glas

Drei Handgriffe genügen, und eine mauergasse Fassade verwandelt sich in das verlockende Tor zu einer exotischen Welt. Febril flackert das Neonschild „Malaria“ und zieht Wiens Nachtschwärmer magisch an. Wer eben noch maulen im Büro saß, eilt zum heimlichen, trüben Altklopp gegen bonbonbunten Boutiquen-Fummel und hastet ins Café Malaria, um auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten keine Nummer zu verpassen.

Denn hier wird nicht die vielbesungene Wiener Kaffeehaus-Kultur gepflegt, hier herrschen die Trends der Neuen Welle. Man trinkt dämonisch brodelnde Cocktails, die „Captagon-Citron“ oder „Schizo“ heißen, und hört dazu elektronischer Klänge, die den Bands wie „Minister“ oder „Rosachrom“ anrühren.

Und die Handlung? Der Wiener Regisseur Niki List konnte in seinem Erstlingsfilm getrost auf dramatische Verwicklungen verzichten und sich fast ganz auf seine schillernden Helden verlassen. Da schwafelt der ewige Student von Klassenkampf, während ein hohlganger Asket seine „Beziehung“ aus der Sackgasse ziehen will.

Ein stöppelbärtiger Mächtiger-Cowboy trägt maskenbarte Lässigkeit zur Schau, und auch Niki List mischt sich mit Gangster-Schlapphant unter die Gäste. Wie auf einer Modenschau läßt der Regisseur alle diese Figuren posieren und gönnt ihnen dann auf dem glattpolierten

Laufsteg komische Ausrutscher. Nicht der erhobene Zeigefinger, sondern schlichter Slapstick entführt so den Narzissmus der allzu schicken Jugend.

Vor allem aber brennt der 26jährige Zelluloidartist ein Feuerwerk unerwarteter Gags ab. Auf der realistischen amnuten Toilette wird auf Godot gewartet, ein Feuerzeug spuckt Wasser, und der Mörder aus Fritz Langs „M“ geht um. Und mit dem geschickt eingebauten Fortsetzungs-Sketch vom Stammgast im Straßenkreuzer, dessen Weg ins Malarialand mit ethischen Hindernissen gespickt ist, beweist Niki List Gespür für erzählerische Ökonomie. Eleganter verquirlt er zudem Wiener Schmalz, absurdes Theater und englischen Sarkasmus, so daß sein perspektivisches Porträt der eigenen Generation eine für Debutanten verblüffende Raffinesse verrät.

So ist sein Film nicht nur eine vergnügende Geisterbahnfahrt durch die heutige Jugendkultur, sondern auch ein erschreckender Kontrast zu den problembehafteten Werken mancher hiesigen Jungfilmer. Diese lockere, freche und doch nie schlampige Regiehandchrift hat Niki List völlig zu Recht den Max-Opfils-Preis 1983 eingebracht. Wenn die kurzweilige Sumpfbildentese dann allmählich ermüdend zu werden droht, schließt das Café Malaria seine Pforten. Fech für den Jungen im Straßenkreuzer. Er hat gerade seinen Parkpaz gefunden.

HERBERT NAUJOKAT

„Für das kulturelle Leben auf dem Lande“. Alte Burgen in der „DDR“

Ein Schloß für die CDU in Sachsen

Über 3000 Burgen, Schlösser und historische Ruinen gibt es in der „DDR“ - aber um dies kulturelle Erbe zu bewahren, müssen die Bürger, insbesondere die Jugend, aktiv mit zugreifen. Obgleich kann, mangels Masse, in vielen Fällen vorerst nur Substanzerhaltung vorgenommen werden.

Auf diesen Umstand hat der Denkmalpfleger Hans-Joachim Muekel, ein bekannter Wissenschaftler in einem umfassenden Aufsatz über sein Tätigkeitsgebiet für die Zeitschrift der Deutschen Burgenvereins e. V. in Braunschweig im Frühjahr 1982 veröffentlicht. In dem Aufsatz werden Berichte über die Wiederherstellungsarbeiten an der Wartburg, die Muekel dar, mit welchen Mühen selbst stark zerstörte Anlagen (wie das Berliner Schloß Friedrichsfelde) wieder in den Zustand versetzt wurden, die eine touristisch-gesellschaftliche Nutzung ermöglichen. Dabei erwähnt er für Sachsen und Anhalt das Barockschloß von Burgscheidungen, das im Hinblick auf die Nutzung als (ost-) CDU-Partei- und -wahlen seiner durchgreifenden Restaurierung von Bedeutung sei. Seit 1975 arbeiten für solche

Zwecke „Volkseigene Betriebe für Denkmalpflege“ in Halle, Erfurt, Dresden, Schwerin und Ost-Berlin. Denkmalpflegerische Arbeiten werden für die Burgen Altkreis und Haldungen erwähnt, die im Absatz als „Gedenkstätten des Deutschen Bauernkriegs“ erscheinen. In Altkreis wird das Innere des Westflügels der Kernburg restauriert, in Haldungen unter anderem der innere Zwinger. Restaurierungsarbeiten an der Burg Querfurt weiter, die als „größte und älteste Feudalburg Deutschlands“ gilt. Burgenanlagen mittlerer Größe sollen nach Möglichkeit „für das kulturelle Leben auf dem Lande“ erschlossen werden, wie die Westenburg aus dem 11.-14. Jahrhundert im Harz. Das Schloß von Schkopau bei Merseburg mit romanischem Bergfried und Wohngebäuden des 16. Jahrhunderts wird als Gästehaus des VEB Chemische Werke Buna in Schkopau und Anhalt des Rates der Gemeinde ausgebaut.

Nutzungsvorschläge für die in Thüringen besonders zahlreichen Burgen und Schlösser sind bereits 1964 gemacht worden. Leider wird nicht gesagt, ob inzwischen auch

JOURNAL

Napoleons Flaggschiff „L'Orient“ gefunden

Bei der Suche nach der 1798 vor der ägyptischen Küste vom englischen Admiral Nelson versenkten Flotte Napoleons haben französische Forscher das Flaggschiff des Flottenverbandes, „L'Orient“ gefunden. Wie der Arbeiterleutende Jacques Dumas erklärte, herrsche kein Zweifel mehr, daß die vor der Küste bei Aboukir in geringer Tiefe entdeckten Wrackteile von dem Flaggschiff General Bonapartes stammen. Wichtigstes Indiz sei ein 14 Meter langer Mastteil von einem Durchmesser von 1,5 Meter. Lediglich die „L'Orient“ sei mit solchen Masten bestückt gewesen und nicht die begleitenden Fregatten. Darüberhinaus seien die Überreste an genau der Stelle gefunden worden, wo laut den überlieferten Angaben die „L'Orient“ versenkt worden sei, erläuterte Dumas. Die „L'Orient“ war das größte Kriegsschiff seiner Zeit. Es verfügte über drei Kanonen und war mit 120 Kanonen bestückt. Neben den Wrackteilen entdeckten die Archäologen einige der riesigen Anker des Schiffs, sechs Kanonen und zahlreiche Kanonenkugeln sowie Kübengerät und 1,5 Meter lange Kupfernägel, welche die Wandung sicherten.

Bayerische Akademie ehrt Tankred Dorst

Der mit 10 000 Mark dotierte Literaturpreis 1983 der Bayerischen Akademie der Schönen Künste geht an den Schriftsteller Tankred Dorst. Daraus Thüringen stammende Dorst („Eissei“, „Merlin“) erhielt die Auszeichnung am 7. Juli bei der öffentlichen Jahressitzung der Akademie. Ehrengaben werden an Franco Biondi und Aras Ören verliehen.

Vom Naheimer Speicher ins Gießener Schloß

Eine 1981 in Bad Nauheim wiederentdeckte kostbare Gemäldesammlung aus dem 18. Jahrhundert hat einen neuen Heimort erhalten: Die 22 Gemälde, darunter ein Leinwand-Porträt und ein Spitzweg-Gemälde, hängen seit Dienstag als Leihgabe der Stadt Bad Nauheim im Alten Schloß in Gießen. Die Gemäldesammlung gehörte ursprünglich dem Arzi Franz Groedel, der 1933 in die USA emigriert war und die Bilder seiner Heimatstadt nach seinem Tode vermachte hatte. Sie wurden 1955 von Angehörigen Groedels der Stadt übergeben, die aber wegen eines fehlenden Museums die Gemälde auf dem Rathaus-Speicher bringen ließ, wo sie in Vergessenheit gerieten.

Gipfeltreffen deutscher PEN-Chefs

Die Präsidenten und Generalsekretäre der beiden deutschen PEN-Zentren, Martin Gregor-Delín und Hans Werner Schwabe (West) sowie Heinz Kammitz und Henryk Kisch (Ost), sind in Ost-Berlin zusammengekommen. Gegenstand des Gesprächs seien unter anderem die in letzter Zeit zwischen ihnen aufgetretenen Mißverständnisse gewesen, teilte Schwabe mit. Dies dürfte sich auf die Beschwerde des „DDR“-PEN-Zentrums über einen Artikel Joachim Seppels in der WELT vom 31. März beziehen, der Angriffe gegen die „DDR“-Autoren Hermann Krenz und Stephan Hermlin enthielt. Der Präsident des bundesdeutschen Zentrums hatte eine vom „DDR“-PEN verlangte öffentliche Distanzierung unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, es versande keine „Abmahnungen oder Distanzierungen“. Bei dem Gespräch in Ost-Berlin hätten jetzt beide Seiten ihren Willen bekundet, „in Zukunft ein Höchstmaß an gegenseitiger Verständigung anzustreben“, erklärte Schwabe im Namen aller Beteiligten.

DW/dpa, Berlin

Die Präsidenten und Generalsekretäre der beiden deutschen PEN-Zentren, Martin Gregor-Delín und Hans Werner Schwabe (West) sowie Heinz Kammitz und Henryk Kisch (Ost), sind in Ost-Berlin zusammengekommen. Gegenstand des Gesprächs seien unter anderem die in letzter Zeit zwischen ihnen aufgetretenen Mißverständnisse gewesen, teilte Schwabe mit. Dies dürfte sich auf die Beschwerde des „DDR“-PEN-Zentrums über einen Artikel Joachim Seppels in der WELT vom 31. März beziehen, der Angriffe gegen die „DDR“-Autoren Hermann Krenz und Stephan Hermlin enthielt. Der Präsident des bundesdeutschen Zentrums hatte eine vom „DDR“-PEN verlangte öffentliche Distanzierung unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, es versande keine „Abmahnungen oder Distanzierungen“. Bei dem Gespräch in Ost-Berlin hätten jetzt beide Seiten ihren Willen bekundet, „in Zukunft ein Höchstmaß an gegenseitiger Verständigung anzustreben“, erklärte Schwabe im Namen aller Beteiligten.

EBERHARD NITSCHKE

Neue Horizonte im Kampf gegen den Krebs

„Monoklonale Antikörper“ heißt das jüngste Zauberwort

JOCHEN AUMILLER, Bonn

Das neueste Zauberwort in der Krebsforschung heißt „monoklonale Antikörper“. Mit diesen immunologischen Präzisionsgeschossen soll künftig die Erkennung wie auch die Behandlung von Krebserkrankungen wesentlich verbessert werden. Die Zauberkugel der nächsten fünf Jahre, kommentiert Professor Dr. H. Koprowski, Leiter des berühmten Wistar-Instituts in Philadelphia, das diese neue, vielversprechende Entwicklung stark vorangetrieben hat. Koprowski kam mit zahlreichen weiteren Krebsforschern zum IV. Expertenforum, das die Dr. Mildred Scheel Stiftung zusammen mit der Deutschen Stiftung für Krebsforschung in Bonn veranstaltet hat.

Einer der Tagungsleiter, der Münchener Immunologe Professor G. Riethmüller, verglich gestern die monoklonalen Antikörper mit Schießwaffen, die bisher unbekannte Zellgeschosse im Dunkel des Körpers erkennen können. Sie erreichen dabei nur einen winzigen Teil der Zelloberfläche. Deshalb wird angestrebt, mehrere solche Antikörper einzusetzen, „um erkennen zu können, ob es sich um einen Elefanten, ein Nashorn oder Nilpferd handelt“. Gemeint sind natürlich die Krebszellen, deren Oberflächenstrukturen von den Antikörpern erkannt werden sollen. Für einige Krebsformen gibt es bereits dieses neue immunologische „Waffensystem“, und zwar für Krebs des Verdauungstraktes von Magen bis Dickdarm. Man kennt einige Gemeinsamkeiten der Zelloberflächen dieser Tumoren und hat dagegen einen gezielten Gegenstoff, einen monoklonalen Antikörper, produzieren können. Das Herstellungsverfahren solcher Antikörper ist erst 1974 beschrieben worden. Nach Ansicht der Experten ist es dieser Technik zu verdanken, wenn sich in der Krebsforschung, nach zwanzig Jahren Resignation, neue Horizonte aufgetan haben.

Was sicher nicht zu erwarten ist: ein Antikörper gegen alle Krebsformen. Jeder Krebstyp fällt durch

ein eigenes Profil auf. Es ist ohnehin schon überraschend, daß für die Wucherungen des Verdauungstraktes eine gemeinsame „Nase“ gefunden wurde, gegen die Antikörper gebildet werden können. Das Geniale an diesem Gegenstoff: Sie können sowohl als „Schnellwaffe“, also als Diagnostikum, verwendet werden als auch als Zielgericht, an das andere Stoffe gekoppelt werden können. Damit ist gewährleistet, daß die eventuell verwendeten Zellen nur an die Krebszellen transportiert werden und dort ihr Zerstörungswerk vollenden, nämlich die Krebszelle zu vernichten. Erste Versuche mit dem Zellgift Rizin, das mit einem Antikörper chemisch geknüpft wurde, liegen vor. Die texanische Wissenschaftlerin Ellen Vitetta hat darüber in Bonn berichtet. Sie hat freilich bisher nur am Mausmodell gearbeitet. Es zeigte sich jedoch, daß der eingeschlagene Weg richtig ist.

Inzwischen sind bereits einige monoklonale Antikörper auf dem Markt. Mit großem Raffinement wird derzeit daran gearbeitet, die Antikörper mit Radioisotopen zu koppeln, um damit Krebsgeschwülste und ihre Absiedlungen gezielt zu zerstören. Professor J. P. March vom Ludwig-Institut für Krebsforschung in Epalinges/Schweiz führte auf der Krebs-Hilfe-Tagung bereits einige spektakuläre Beispiele vor. Es gelang, Dickdarm- und seine Absiedlungen mit solchen Immunisintigrammen darzustellen.

Als wichtige neue Erkenntnis stellte Mildred Scheel in ihrer Abschlusssprache die Entdeckung von tumorspezifischen Gendefekten heraus. Diese sogenannten Onkogene sind im Erbmaterialeigenen Menschen vorhanden. Scheel: „Trotzdem sind etwa drei Viertel aller Menschen verhältnismäßig resistent gegen eine Krebserkrankung. Bei dem verbleibenden Viertel weisen nun verschiedene Indizes darauf hin, daß ihre Anfälligkeit gegen Krebs genetisch vorgegeben und damit als erbliche Prädisposition im Erbgut verankert ist.“

Monsieur Burgalat und die Fußstapfen des alten Roms

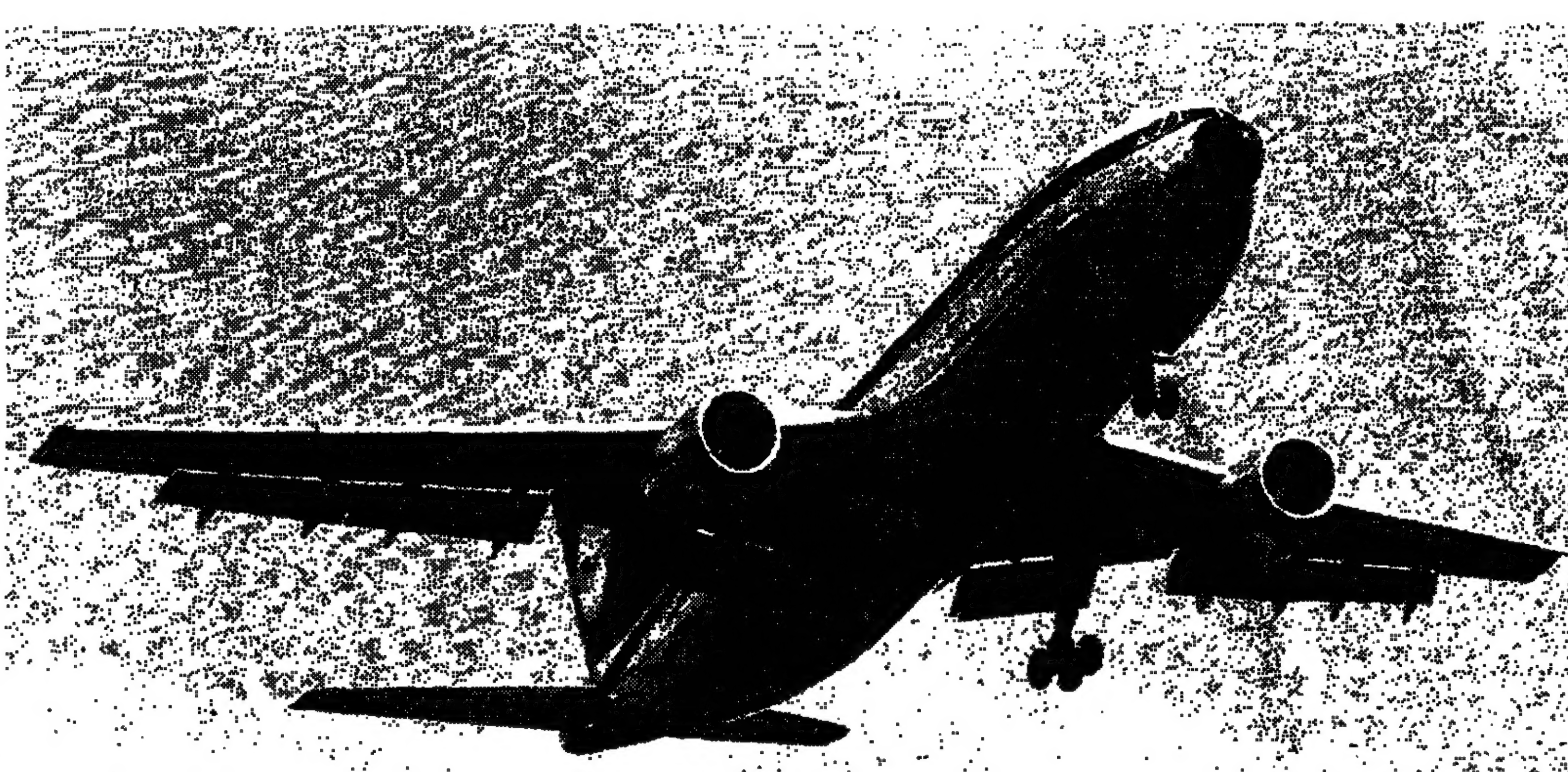
A. GRAF KAGENECK, Paris

Marcus Vipsanius Agrippa, Feldherr, Kartograph und Straßenbauer des römischen Imperiums kurz vor der Zeitenwende, hatte unweit davon schon einmal den steinigen Boden des Plateaus von Langres bearbeitet lassen, um ihm eine Trasse für die letzte Teilstrecke der Heerstraße von Arles nach Trier aufzutragen. 2000 Jahre später fühlte sich Yves-Bertrand Burgalat, Präsident der französischen Autobahn-Gesellschaft „Paris-Rhein-Rhône“ und in seinem aquilinen Profil dem Römer nicht unähnlich, veranlaßt, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten und den großartigen Straßenbau für die moderne Welt nachzuholen. In Gegenwart des Innenministers Gaston Defferre übergab der ehemalige Kavallerie-Offizier und Regions-Präsident ein 71,5 Kilometer langes neues Teilstück der Autobahn Lothringen-Burgund zwischen Montigny-Le-Roi in der Champagne und Til-Châtel in Burgund dem Verkehr.

Einem Verkehr, der lange und immer ungeduldiger auf dieses Ereignis gewartet hatte. Denn die Achse Lothringen-Burgund ist eine der am dichtesten befahrenen in Europa, plattförmig die Touristenstraße, nachdem sie jahrhundertlang die Einfallschneise für Heere aus dem Osten war. Alles, was von Skandinavien, den Niederlanden, den Deutschen Landen an Rhein und Weser nach Süden, zur Sonne und zu den Fleischbögen Navarres und Cataloniens anging, mußte bisher den kostspieligen Umweg über Paris machen oder sich von Nancy aus, wo das europäische Autonetze endete, auf den abenteuerlichen, zeitfressenden Weg über en-

ge und kurvenreiche Nationalstraßen bis Dijon in Burgund machen. Denn wird zwar ein paar Jahre lang streckenweise hin noch weiter so sein, aber mit der Eröffnung dieses ersten durchgehenden Autobahnstücks im südlichen Teil der Gesamtstrecke ist schon vieles leichter und kürzer geworden, ist die beschwerliche Kurvenfahrt über die Nationalstraße 74 durch das obere Maasstal und über die kalten Karste des Plateaus von Langres nur noch böse Erinnerung. Wenn im Juni 1984 das jetzt bestehende Autobahnstück nach Norden bis Toul verlängert und damit an die große Ader Kältn-Luxemburg-Metz-Paris angeschlossen wird, bleibt nur ein allerletztes Loch zwischen Til-Châtel und Dijon von 30 km Länge. Bisher konnte es aus „politischen Gründen“ nicht geschlossen werden, da sich sozialistische Regierungsmehrheit und bürgerliche Opposition nicht über die Verteilung der Kredite in Gemeinde- und Generalräten einigen konnten. Nach neuesten Nachrichten ist auch das geschafft, so daß die agrippinische Heerstraße in ihrer Neuauflage des 20. Jahrhunderts etwa ab 1996 voll und ganz befahrbar sein wird.

Reisenden, die mit Weile eilen wollen, bietet sich vom kommenden Herbst an eine besondere Attraktion: Auf einem Rastplatz hart nördlich des Städtchens Til-Châtel können sie die Überreste einer gallorömischen galloromanischen Villa aus dem ersten Jahrhundert besichtigen, die bei der Vorbereitung der Autobahntrasse durch Luftaufnahmen entdeckt wurden. Die ursprünglich geplante Linienführung der Bahn wurde eigens des Fundes wegen umgeleitet.



Stellung in die Popelart: Zusammen mit der skandinavischen SAS hält Lufthansa weltweit den Pünktlichkeitsrekord.

FOTO: MANFRED GROHE

Lufthansa segelt am „Paxen-Ärger“ vorbei

Trotz der Haftungsverschärfung ist die Fluggesellschaft noch in kein einziges Regreßverfahren verwickelt worden

H.-H. KANNENBERG, Köln

Das Gewittergebiet war riesig in der Ausdehnung. Vor der Fernost-Chartermaschine lag eine gigantische Wolkenbarriere. Um seinen Fluggästen, größtenteils Urlaubern, das riskante Abenteuer eines Gewitterfluges zu ersparen, entschloß sich der Pilot zu einer Zwischenlandung in der Golfregion. Seitdem liegt seine Fluggesellschaft mit einem der gescheiterten „Paxen“ (Kabinenlang für Passagiere) in juristischem Clinch. Der Fluggast will 20 000 Mark Schadenersatz. Die Zwischenlandung, so argumentiert er, sei unnötig gewesen.

Seit Januar dieses Jahres ist bei allen Fluglinien, die deutsche Flughäfen anfliegen, „Paxen-Ärger“ üblicher. Ein Programm, im Winter erklärte der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe ein Urteil des Oberlandesgerichts Köln für verbindlich, wonach die bis dahin gültigen „Allgemeinen Beförderungsbedingungen“ (ABB) und die „Besonderen Beförderungsbedingungen“ (BBB) der Deutschen Lufthansa (LH) gegen das 1977 erlassene Verbraucherschutzgesetz verstießen. Damit wurden die bis dato nahezu allgegenwärtigen Fluggesellschaften, die auf deutschen Flughäfen starten

oder landen, in Sachen Haftung an die kurze Leine genommen.

Seit sechs Monaten fliegen die deutschen Passagiere nun unter Haftungsbedingungen, wie sie auch für jeden Taxi- oder Busunternehmer gelten. Doch die verbraucherfreundliche Revision der „skandalösen“ (Expertenurteil) LH-Beförderungsbedingungen hat in der Praxis bei der Lufthansa seither nicht die kleinste Welle geschlagen.

Wer zu Beginn der Urlaubsaison '93 einen LH-Flugschein bucht, liest beigefügt freilich noch die alten Beförderungsbedingungen. Dort heißt es: „Der Luftfrachtführer ist nach besten Kräften bemüht, Flugzeit und Gepäck möglichst pünktlich zu befördern. In Flugplänen oder anderen angegebenen Verkehrszeiten sind jedoch nicht garantiert.“

Umgekehrte Beweispflicht

Nirgendwo erwähnt der Flugschein, daß dieser allgemeine Haftungsausschluss juristisch Schnee „von gestern“ ist. Im neuen Text, der erst in Druck geht, wird stehen, daß alle obengenannten Fälle dann Haftung nach sich ziehen, wenn der Flugscheinbesitzer oder Fahrgast schuldhaft anwesend ist. Die Beweislast wurde vom BGH

umgekehrt: Nicht der Passagier (Kläger) muß der Fluglinie (Vorsatz oder Fahrlässigkeit) nachweisen, die Gesellschaft muß vielmehr ihre Schuldlosigkeit unter Beweis stellen.

Daß die von Juristen geschätzte Haftungsbedingung nach sechs Monaten auf LH-Terrain noch keinen einzigen Schadenersatzkrater gerissen hat, ist für die Lufthansa nicht erstaunlich. „Meist geht es bei Regreßforderungen um Unpünktlichkeit. Doch hier haben wir uns nichts vorzuwerfen“, Lufthansa-Sprecherin haken mit der skandinavischen SAS weltweit den Pünktlichkeitsrekord. Die Aprilzahlen: 97,4 Prozent aller LH-Flüge im Deutschlandverkehr kamen pünktlich an, im Europaverkehr 96,3 Prozent, im Interkontinentalverkehr 89,2 Prozent.

Auch die vom BGH beschlossene Willkür beim kurzfristigen Wechsel von einem Flugzeugtyp auf einen anderen oder die Inanspruchnahme anderer Fluggesellschaften in Notfällen hat nach einem halben Jahr novellierter Vorschriften noch keinen Prozentsatz gebracht. In den vergangenen Jahren hatten erfahrene Fluggastpassagiere besonders dann sauer reagiert, wenn sie bei einem „Aircraft-Change“ unvermittelt auf einer – eine Zeitung aus Gerdie gekommenen – DC-10 landeten. Keinen „Paxen-Ärger“

gibt's dagegen, wenn eine Boeing 727 gegen eine 737 oder einen Airbus ausgetauscht werden muß. Die Lufthansa: Wir wissen, daß das Vertrauen der Passagiere mit dem verwendeten Fluggerät gekoppelt ist und respektieren das. Deshalb werden wir auch niemals nur deshalb eine kleinere Maschine einsetzen, weil die vorgesehene große nicht ausgebuht ist!

Gerichtsbilanz im Herbst

Daß bei der an sich passagierfreundlichen Flugpraxis der Lufthansa verbraucherfeindliche Beförderungsbedingungen die wie die „fliegste passagiere“ überhaupt notwendig waren, wird von der LH-Spitze mit internationalem IATA-Brauch begründet: „Unsere Beförderungsbedingungen gleichen den Vorschriften aller IATA-Mitglieder. Das BGH-Urteil hat nun zweierlei Recht geschaffen. Im Ausland fliegen wir nach den alten Beförderungsbedingungen.“

Die Lufthansa aber und alle in der Bundesrepublik arbeitenden Konkurrenten (Linie oder Charter) stehen derzeit mit neuen, verbraucherfreundlichen Haftungsregeln in ihrer ersten großen Bewährungsprobe: der sommerlichen Urlaubsflugaison 1993. Im Herbst wird Gerichtsbilanz gemacht!

Zulauf im „Hotel zur feuchten Windel“

Pol. Wien

Im „Baby-Hotel“, das dieser Tag in Trebesing im Kärntner Liesertal seine Pforten öffnete, laufen die Uhren anders: in dieser exklusiven Herberge, vom Volksmund bereits „Hotel zur feuchten Windel“ genannt, wird schon der „Frühstücksdienst“ nicht nur in einer bruchstücker Flasche mit Schnuller, sondern auch gleich in einem Warmhalbteller serviert. Dann wird dorthin schlaftrunkene Klein-Gast entkleidet, gebadet, gesäubert, mit Puder eingestupft und zuletzt in blütenweiße Windeln verpackt. Mit diesem Luxuservice beginnt der Urlaubstag in diesem Baby-Resort. Im Speisesaal schließen jeden Tag aus. Die Nacht, die nach den 80 Zimmern ist entsprechend groß, seitdem sich der Werbebelegat „Babys willkommen“ herumgesprochen hat. Die Babys wohnen gratis. Für jedes wird zudem eine Fichteläule „Lebensbaum“ gepflanzt und damit noch zum Umweltschutz beigetragen.

Und wieder „weinen“ die Gummibäume

Brasilien hat seine Kautschuk-Produktion neu entdeckt / Exportpläne für 1990

dpa, Belem

Im Amazonasgebiet „weinen“ die Gummibäume wieder. Brasilien, knapp an Devisen, hat ein Heer von „Serenguerios“, Kautschukpflanzern, aktiviert, die diesen wichtigen Rohstoff aus dem Urwald holen. In den Siedlungen und Anplantungen zwischen Benjamin Constant an der peruanischen Grenze und Belem im Amazonasdelta nehmen die Fußtrichter der weißgrauen Gummisamen wieder häufiger an Bord. Außer den wild ausgebeuteten Gummibäumen, „Hevea Brasiliensis“ genannt, findet man im Dschungel inzwischen auch planmäßig angelegte Plantagen mit hohen Erträgen. In der Kautschukwirtschaft hatte Brasilien 1981 eine Milliarde Mark investiert, um von Importen unabhängig zu werden.

Brasilien, das um die Jahrhundertwende das Weltmarkt beherrschte, mußte Ende der 70er Jahre gut zwei Drittel seines eigenen Bedarfs einführen und gab dafür jährlich an die 100 Millionen Dollar aus. 1982 sah das Ergebnis bereits erfreulich aus: Die Produktion erreichte 32 000 Tonnen Naturgummi und war die höchste seit Ende des glanzvollen Kautschukbooms im Jahr 1912. Sie lag auch

neun Prozent über der 1981 erzeugten Menge und erlaubte damit eine Reduzierung der Importe von 44 000 Tonnen im Jahr 1981 auf 36 000 Tonnen im Vorjahr. Bis 1990 will Brasilien wieder von Naturgummieinführen unabhängig sein und sogar mit Exporten beginnen.

Die Hauptarbeit leisten auch heute noch die Kautschukpflanzler im Dschungel, die den gewonnenen Latex nach primitiven Methoden über befeudenden und die Atemwege angreifenden Nusschalenfeuern zur Rohkautschuk schmelzen.

Kautschuk – der Name bedeutet in der Indiensprache „weinender Baum“ – wurde schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts im Amazonas gewonnen. Doch die eigentliche Bedeutung bekam der Rohstoff erst nach der Entdeckung des Vulkanisierungsprozesses durch Charles Goodyear im Jahr 1844. Wenig später setzte der Gummiboom ein. Allein in Manaus wuchs die Bevölkerung in kurzer Zeit von 20 000 auf mehr als 70 000 Menschen an.

Der Boom dauerte von 1880 bis 1912, als Brasilien das Monopol besaß und aufgrund der nicht zu erfüllenden Nachfrage die Preise in schwindende Höhen stiegen. Die

Reichen in Manaus und Belem lebten in unvorstellbarem Luxus. So ließen sie das Zollgebäude, das heute noch steht, Stein für Stein aus England importieren und bauten sich nach Pariser Vorbild ein aufwendiges Opernhaus, in das sie dann auch Spitzenkräfte wie Enrico Caruso verpflichteten. Die Geschäfte boten die besten Waren aus der alten Welt an.

Der rapide Verfall Amerikas als Kautschuklieferant setzte nach 1912 ein, als die Plantagen in Malaysia den Rohstoff billiger produzierten. 1976 hatte der Engländer Henry Wickham Samenkerne der „Hevea Brasiliensis“ aus Brasilien geschmuggelt und damit den Bruch des Monopols eingeleitet. 1914 besaß Brasilien noch 40 Prozent des Weltmarktes, der bis 1930 auf kümmerliche zwei Prozent sank.

Mit dem Vormarsch der Japaner in Südostasien wurde Brasilien als Lieferant für Naturkautschuk für die Alliierten wieder interessant. Die Amerikaner setzten Flugzeuge ein, um den Rohstoff aus dem Amazonas zu holen. Doch diese vorübergehende Blüte führte zu keinem Boom. Die Kautschukbäume vernarrten wieder in den alten Rhythmus. (HORST H. GRIMM)

„UdSSR“ stand auf Moskaus Spionageboje

AP, Bellevue

Eine von elfjährigen Pfadfindern an der Küste des US-Bundesstaates Washington gefundene seltsame Boje hat sich als sowjetisches Spionagerüst entpuppt. Der Leiter der Pfadfindergruppe, Mark Carrington, erklärte jetzt in Bellevue, amerikanische Marineexperten hätten inzwischen bestätigt, daß die sowjetische Boje im Meer ausgesetzt worden war, um die Bewegungen der amerikanischen Trident-Unterseeboote aufzuzeichnen. Die Jungens hatten die orange-weiße Boje im vergangenen September während ihres ersten größeren Pfadfinder-Lagers an einem Strand entdeckt und angesichts der Aufschrift „UdSSR“ angenommen, es handle sich um ein Spionagerüst. Sie informierten die Küstenwache. Am vergangenen Freitag hatte Verteidigungsminister Casper Weinberger eine sowjetische Spionageboje erwähnt. Wie Marinebehörden inzwischen bestätigten, hatte Weinberger die von den Kindern entdeckte Boje gemeint. Die Boje wurde in dem Gebiet gefunden, in dem im Sommer 82 das sowjetische Aufklärungsschiff „Awritsarschew“ gesichtet worden war.

Lebenslange Haft

dpa, Colombo

Der Luftpirat Sepala Ekanyake (30) aus Sri Lanka, der 1982 mit der Entführung einer Verkehrsmaschine der Fluggesellschaft „Alitalia“ weltweites Aufsehen erregte, ist gestern in Colombo zu lebenslanger Haft verurteilt worden, darunter drei Jahre Haft unter verschärften Bedingungen, weil er 280 700 Dollar an gestohlenen Vermögen „behalten habe“.

Neuer Trick

dpa, Paris

Besonders dreiste Trickdiebe haben einer 94-jährigen Frau in Paris Schmuck und Goldbarren im Wert von 825 000 Mark gestohlen. Sie präsentierten sich mit einem falschen Polizeiausweis an der Wohnung der reichen Witwe und brachten einen Komplex in Handschellen mit. Der Gefesselte sei in dem Wohnhaus gefesselt worden, erklärten die Männer. Man müsse in der Bank der alten Dame überprüfen, ob Schmuck und Gold noch vollständig seien.

Mehr als 1000 Tote

AP, New-Delhi

In dem von Überschwemmungen heimgesuchten indischen Bundesland Gudacharat sind nach offiziellen Angaben mehr als 1000 Menschen ums Leben gekommen. Bislang wurden rund 450 Leichen von Rettungsmannschaften geborgen. Zehntausende von Indem sind in ihren Dörfern von der Umwelt abgeschnitten.

Wieder Giftanschlag

dpa, München

Erneut ist ein Giftanschlag mit einem Kräuterlikör verübt worden. Ein 73-jähriger Rentner aus München überlebte nur, weil er beim ersten Schluck den üblen Geruch und die ätzende Wirkung des Magentablets bemerkte und sofort in ein Krankenhaus fuhr.

Feuriger Greis

rt, Hongkong

In dem Glauben, seine 88-jährige Frau Zee Ying habe einen Liebsbater, hat der 93-Jährige Sun Zui seine Frau aus dem Bett gezogen und getötet. Der Mann wurde jetzt gegen Kaution entlassen. „Sie sollen in Zukunft nicht so eifersüchtig sein“, rief der Untersuchungsrichter dem feurigen Greis.

Anzeige

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Schuld innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) gegen Rückzahlung zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 305830, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 305830, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis zu weiteren 12 WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,- (Ausland 35,-). Liefertversand auf Anfrage. Anstelle Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung binnen 7 Tagen (Abend-Datum) gegen Rückzahlung zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 305830, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift: _____

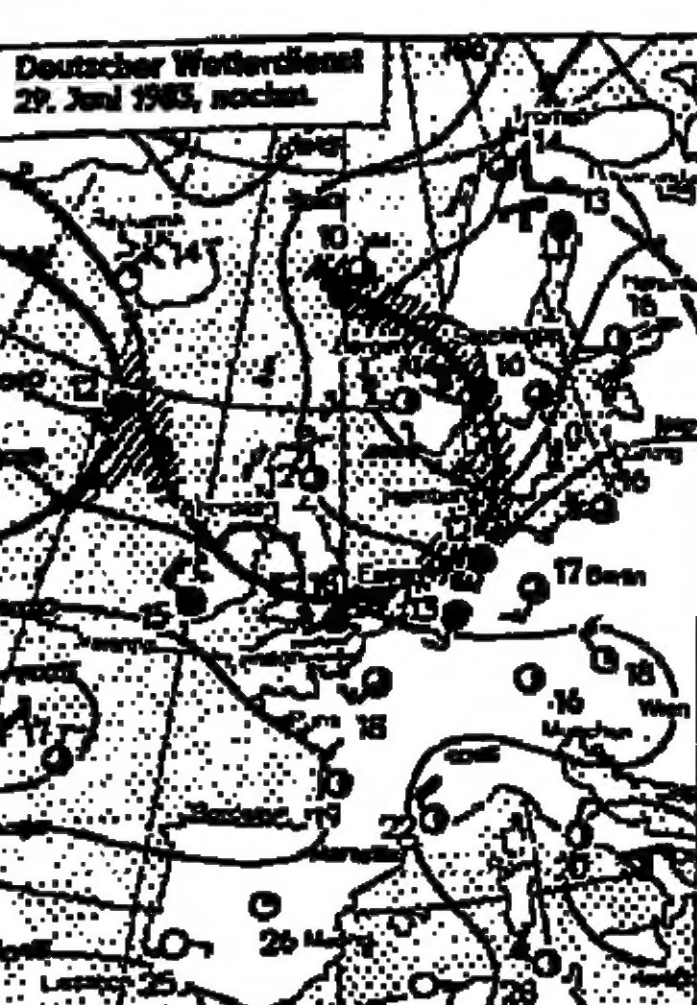
Kleinen Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Frankfurter Allgemeine Zeitung bei.

ZU GUTER LETZT

Zahnlose Großmutter: „Fluor“ bis Trinkwasser: „Fluor“ dient dem Schutz der Zähne. Meldung der dpa

WETTER: Kühl und wechselhaft

Wetterlage: Die Kaltfront eines Tiefs über Schweden und Norwegen überquert heute den größten Teil Deutschlands, dahinter fließt kühle Meeresluft ein.



Vorhersage für Donnerstag, 30. Juni 1993: In Südosten zunächst noch aufgetaut und kaum Niederschlag, sonst meist stark bewölkt. Im Tagesverlauf von Nordwesten Bewölkungsauflockerung, aber weiterhin Schauer- und Regengefälle. In der Nacht im Südosten bis 15 Grad. Tiefwerte in der Nacht zum Freitag 8 bis 14 Grad. Im Norden frischer, sonst mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Norden und Westen zögernde Wetterberuhigung, sonst unbeständig.

Temperaturen am Mittwoch, 23. Juni:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	15°	Kopenhagen	15°
Dresden	15°	Las Palmas	21°
Essen	15°	London	15°
Frankfurt	17°	Madrid	28°
Hamburg	15°	Mailand	24°
Lissabon	15°	Mallorca	24°
München	16°	Moskau	28°
Stuttgart	17°	Nizza	24°
Algier	26°	Oslo	14°
Amsterdam	15°	Paris	18°
Athen	27°	Prag	17°
Barcelona	24°	Rom	26°
Briand	18°	Stockholm	18°
Budapest	20°	Tel Aviv	30°
Bukarest	22°	Tunis	28°
Helsinki	16°	Wien	18°
Istanbul	27°	Zürich	19°

Sonnenanlauf am Freitag, 30. Juni: 5.00 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr, Mondaufgang: 1.00 Uhr, Untergang: 11.04 Uhr. In MEZ, zentraler Ort Kassel

Verspätung der Erde zwingt zur Schaltsekunde

KLAUS BRUNS, Hamburg

Es ist wieder einmal soweit: Mutter Erde hat sich etwas Zeit gelassen und ist der supergenauen Kunstzeit, die unsere modernen Atomuhren produzieren, ein wenig hinterhergefallen. Und da sich unser schlingender Planet nicht auf die Tugend absoluter Pünktlichkeit verpflichten läßt, müssen die „Zeitmacher“ tun, was ihnen eigentlich zutiefst widerstrebt: Heute abend um 24.00 Uhr Greenwich-Zeit (bei uns ist es dann 2.00 Uhr früh) halten sie für eine Sekunde ihre Uhren an, um der Erde die Chance zu geben aufzuholen. Danach, so schätzen die Experten, werden Kunstzeit und astronomische Zeit wenigstens für ein halbes Jahr wieder einigermaßen synchron laufen. Dann, vielleicht zur Jahreswende, wird eine neue „Schaltsekunde“ fällig werden.

Das ganze „Übel“ begann im Jahr 1933. Damals entwickelten die Physiker Scheibe und Adelberger von der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt die erste Quarzuhr, deren „Unruh“ ein elektromechanisch schwingender Quarzkristall war. So gleichmäßig „maß“ diese Uhr die Zeit, daß ein Vergleich mit der bis dahin „maßgebenden“ Sonnenzeit sehr bald ergab: Die Erde eiert. Anders ausgedrückt: Die Er-

de, deren Rotation bis dahin den Takt aller Uhren an Präzision übertraf, wurde plötzlich von einer künstlichen Uhr der Ungenauigkeit überführt.

Hatte man bis dahin den 86 400sten Teil des Erdentages zur Sekunde erhoben, so mußte man jetzt erkennen, daß diese Sekunde wegen der nun festgestellten ungleichmäßigen Länge des Tages gar nicht mehr recht definiert war. Oder: Die Sekunde war ungenauer definiert, als es die neue Quarzuhr erlaubte.

Die Physiker, mit dieser Ungenauigkeit ebenso unzufrieden wie die Astronomen, sahen auf Abhilfe. Sie legten den Erdtag – oder Sonnenzeit, wie man ihn in der vorerwähnten Form nannte – ad acta und schufen die „Ephemeridenzeit“. Diese Zeit basiert nicht mehr auf der Drehung der Erde um sich selbst, sondern auf der periodischen Bewegung der Erde um die Sonne. Zwar hatte man damit wieder eine nach menschlichen Maßstäben sehr stabile kosmische Grundlage entdeckt, auf der sich durch entsprechende Teilung die Sekunde genauer definieren ließ als zuvor; doch hatte dieser Vorteil den Preis von zwei Nachteilen: Einmal läßt sich die ziemlich syn-

thetische „Ephemeridenzeit“ in der Praxis nur mit sehr viel Aufwand realisieren. Jahrelange astronomische Vergleichsmessungen sind erforderlich, um auf dieser Basis die Sekunde bis auf das Höchstmaß der Genauigkeit zu definieren. Zum andern gibt es keinen theoretisch fundierten Zusammenhang zwischen der Erdrotation und dem Sonnenlauf der Erde. Das bedeutet aber, daß eine an der einmal festgelegten Ephemeridenzeit gezielte Uhr nicht unbedingt für alle Zeit synchron läuft mit dem Tag-Nacht-Rhythmus auf der Erde.

Mit Jahresbeginn 1972 ist dieses Problem im weltweiten Konsens gelöst. Man hatte inzwischen die noch exakter gehenden Atomuhren zur Perfektion entwickelt und ihren Gang – ohne Rücksicht auf die Astronomie, aber natürlich in Anlehnung an die Ephemeridenzeit – zur Definitionsgrundlage der Sekunde gemacht. Die Uhr bezieht ihr Zeitnormal aus der absolut konstanten Schwingung von Cäsiumatomen. Dieser technisch-physikalisch zwar komplizierte, aber überall auf der Welt nachvollziehbare Vorgang liefert eine Sekunde von so unvorstellbarer Genauigkeit, daß die „Zeiger“ zweier nicht miteinander gekoppelter

Atomuhren erst nach vielleicht 100 000 Jahren eine Sekunde auseinanderklaffen würden.

Die Atomuhr mißt also die Sekunde so genau, wie es sich Physiker, Erdvermesser, Navigatoren in See, Luft- und Raumfahrt nur wünschen können. Der Lauf der Erde ist dadurch aber nicht genauer geworden. Im Gegenteil, die durch Gezeiten, Klimageschehen, Meeresströmungen, Vegetationsvorgänge und sonstige „Massenbewegungen“ auf und in der Erde ausgelassenen ungleichmäßigen Rotationsschwankungen sind nur noch auffälliger geworden.

Generell beobachten die „Zeitmacher“, daß die Erde jedes Jahr bis zu zwei Sekunden hinter der von der Atomuhr diktierten „Kunstzeit“ zurückbleibt. Das wahre Jahr ist immer ein wenig länger, als es unsere Uhren wahrhaben wollen. Ein- bis zweimal jährlich, in der Nacht zum 1. Juli und in der Neujahrsnacht, gleicht die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Braunschweig diesen unabweisbaren „Synchronisationsfehler“ aus: Sie fügt eine zusätzliche Sekunde ein und verhindert so, daß irgendwann in zehnmillionen Jahren unsere Uhren auf Mitternacht zeigen, während die Sonne im Zenit steht...